



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Generaldirektion
Bildung und Kultur

Socrates

SOCRATES-PROGRAMM

PROJEKTE ZUR LÄNDERÜBERGREIFENDEN ZUSAMMENARBEIT

Grundtvig 1

Politische Partizipation durch gesellschaftliche Kompetenz: Curriculumentwicklung für die politische Grundbildung

Ökonomische Kompetenz

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung (Mitteilung) trägt allein der Verfasser; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.

Autorinnen und Autoren:

Adolf Brock

Robert Haussmann

Gerhard Leithäuser

Christine Zeuner

Druck: Universität Flensburg 2005

INHALTSVERZEICHNIS

I GESELLSCHAFTLICHE KOMPETENZEN ALS INHALTE DER POLITISCHEN BILDUNG	1
VORREDE	1
1.1 HINWEISE ZUR NUTZUNG DER STUDIENBÜCHER.....	3
1.1.1 <i>Didaktisch-methodischer Ansatz</i>	3
1.1.2 <i>Aufbau der Studienhefte</i>	4
1.2 ZUM ZUSAMMENHANG UND ZUR FUNKTION GESELLSCHAFTLICHER KOMPETENZEN IN DER POLITISCHEN BILDUNG	6
1.3 SCHLÜSSELQUALIFIKATIONEN – KOMPETENZEN – GESELLSCHAFTLICHE KOMPETENZEN: IHRE ENTWICKLUNG UND DISKUSSION IN DEN AM PROJEKT BETEILIGTEN LÄNDERN EUROPAS 9	
1.3.1 <i>Deutschland</i>	10
1.3.2 <i>Dänemark</i>	12
1.3.3 <i>Lettland</i>	15
1.3.4 <i>Österreich</i>	16
1.3.5 <i>Polen</i>	18
1.4 LITERATUR	21
II ÖKONOMISCHE KOMPETENZ.....	23
2.1 ÖKONOMISCHE KOMPETENZ - SEHEN	23
2.1.1 <i>“Ökonomische Kompetenz” – was könnte das sein?</i>	23
2.1.2 <i>Einstieg: Fallbeispiel ALDI</i>	25
Zur Organisation des Handelshauses ALDI	26
Beschäftigte bei ALDI	27
ALDIs Sonderstellung	28
2.2 ÖKONOMISCHE KOMPETENZ – URTEILEN	30
2.2.1 <i>Händler, Produzenten, Verbraucher</i>	30
2.2.2 <i>Ökonomische Zusammenhänge: Händler und Verbraucher</i>	31
Die Interessen von ALDI	31
Vorteile und Nachteile beim Kauf	31
Ware – Geld – Ware	32
Der Kreislauf von Waren und die Geldspirale	33
Geld des privaten Haushalts/der Käufer	33
Kosten der Firma Aldi und die Zirkulation	34
Konkurrenz der Verkäufer	35
Nachfrage der privaten Haushalte und ihre Stellung am Markt	36
Von welchem Wirtschaftssystem sprechen wir?	37
Angebot und Nachfrage regeln den Preis	38
2.2.3 <i>Ökonomische Zusammenhänge – Der Gesamtkreislauf der Wirtschaft</i>	38
Natürliche Evolution und Wirtschaft	38
Allgemeines Gleichgewicht und Kapitalkreisläufe als Abbildungen von gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen	40

Interessen und allgemeines Gleichgewicht	41
Kapitalkreisläufe	41
Was ist Geld?	43
Wachstum und Reproduktion der Wirtschaft	46
2.3 ÖKONOMISCHE KOMPETENZ – HANDELN	49
2.3.1 <i>Ökonomische Kompetenz</i>	49
2.3.2 <i>Handeln: „Eine bessere Welt ist möglich“</i>	51
2.3.2.1 Handeln im Familienzusammenhang	52
2.3.2.2 Handeln auf dem Arbeitsmarkt	53
2.3.3 <i>Zur Verbindung von Theorie und Praxis</i>	55
III ARBEITSMATERIALIEN ZUM TEXT UND VERWENDETE LITERATUR	57
3.1 ARBEITSMATERIALIEN ZUM TEXT	57
3.1.1 <i>Karl Albrecht: „Kalkulation und Preise bei ALDI“ (1953)</i>	57
3.1.2 <i>Gerhard Leithäuser „Geheimnisse des ALDI-Erfolgs“, kritisch kommentiert</i>	59
3.1.3 <i>Verdienste der ALDI-Mitarbeiter(innen) (2002)</i>	61
3.1.4 <i>Wolfgang Fritz „Die Aldisierung der Gesellschaft wird sich fortsetzen“</i>	62
3.2 LITERATUR	63
3.2.1 <i>Verwendete Literatur</i>	63
3.2.2 <i>Weiterführende Literatur</i>	64
Fachliteratur	64
Statistisches Material, Deutschland	65
Reporte/Berichte/Deklarationen	65
Zeitschriften	66
Zeitungsartikel	66
Lexika	66
IV LERN- UND ANEIGNUNGSSTRATEGIEN – LERNEN ZU LERNEN	67
EINLEITUNG	67
4.1 WAS IST LERNEN?	67
4.2 WARUM LERNEN WIR?	69
4.3 WAS LERNEN WIR?	70
4.4 WIE LERNEN WIR?	71
4.5 SAMMELN VON INFORMATIONEN	72
4.5.1 <i>Umgang mit dem Internet</i>	72
4.5.2 <i>Umgang mit Bibliotheken</i>	72
4.6 UMGANG MIT TEXTEN UND LESEFÄHIGKEIT	74
4.6.1 <i>Lesen als Prozess</i>	74
4.6.2 <i>Methodische Vorschläge zur Interpretation von Texten</i>	75
4.6.3 <i>Lesen als Aneignung von Wissen</i>	76
4.6.3.1 Exzerpieren	76
4.6.3.2 Thesenpapier zu einem Text	77
4.6.3.3 Mind-mapping	77
4.7 GESTALTUNG OFFENER / SELBSTGESTEUERTER LERNPROZESSE	79
4.8 WELCHE PROBLEME KÖNNEN BEIM LERNEN AUFTAUCHEN?	80

4.9 LITERATUR.....	81
Allgemeine Literatur	81
Methoden des wissenschaftlichen Arbeitens:	81
Selbstgesteuertes Lernen/Lernstrategien	81
Lehren/Kursgestaltung	82
Lerntheorien	82
V WEITERE ARBEITS- UND INFORMATIONSHINWEISE.....	83
5.1 WEITERE ARBEITSMATERIALIEN	83
5.1.1 <i>Gerhard Leithäuser „Ein kurzer Blick auf den gegenwärtigen Zustand der Wirtschaftswissenschaft“</i>	83
5.1.2 <i>Adolf Brock „Zum Kampf um die zweite Ökonomie“</i>	86
Die erste Ökonomie	87
Die zweite Ökonomie	90
5.2 INFORMATIONEN ZU INTERNETADRESSEN UND VIDEO-/AUDIOMATERIAL	93
Videos / Filme	93
Deutsche Internetadressen	93
Internationale Internetadressen	93
VI. GLOSSAR.....	94

I GESELLSCHAFTLICHE KOMPETENZEN ALS INHALTE DER POLITISCHEN BILDUNG

VORREDE

Die Studienhefte zu gesellschaftskritischen Grundkompetenzen, die wir hier als Lehr- und Lernmaterialien für die politische Bildung und zum Selbststudium vorlegen, sind das Ergebnis der Arbeit eines internationalen Projektes im Rahmen des Grundtvig-Programms der EU.¹

Im Mittelpunkt der Projektarbeit stand die Entwicklung von Studienheften, die Lernende dabei unterstützen sollen, sich Grundkompetenzen anzueignen, über die jeder demokratische Bürger verfügen sollte, um über gesellschaftliche Zusammenhänge urteilen zu können und aktiv, kritisch gestaltend, allein oder im jeweiligen Lebens- und Arbeitszusammenhang, tätig werden zu können.

Die Grundkompetenzen sind:

- Identitätskompetenz
- Technologische Kompetenz
- Gerechtigkeitskompetenz
- Ökologische Kompetenz
- Historische Kompetenz
- Ökonomische Kompetenz

Diese „Kompetenzen“ wurden nicht vom Projektteam gesetzt, sondern sind vor dem Hintergrund der Debatte zur Verbesserung der beruflichen Bildung/betrieblichen Weiterbildung zu Beginn der 1980er Jahre erarbeitet worden. 1986 entwickelte der Soziologe Oskar Negt als Erweiterung der Konzeption „Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen“, nach der in der Weiterbildung und allgemeinen politischen Bildung gearbeitet wurde, ein erstes Ensemble der gesellschaftlichen Grundkompetenzen. In den folgenden Jahren wurden die Kompetenzen diskutiert und leicht erweitert, aber die ursprüngliche Intention blieb bestehen. Trotz der Verbreiterung der Debatte um die Kompetenzen und ihre Aufnahme in die politische Erwachsenenbildung und einzelne Umsetzungsversuche in Seminaren fehlten bisher Lehr- und Lernmaterialien zum Thema für eine breitere Aneignung.

Die Kompetenzen bilden einen inneren Zusammenhang und sollten auch als Ensemble schrittweise angeeignet werden. Nur als „Ganzes“ können sie in der

¹ Das Projekt wurde getragen von 20 Wissenschaftlern und Bildungspraktikern aus Dänemark, Deutschland, Lettland, Österreich und Polen. Beteiligt waren die folgenden Institutionen: Universität Flensburg, Institut für Allgemeine Pädagogik und Erwachsenenbildung/Weiterbildung (koordinierende Einrichtung) (D); Universität Roskilde, Institut for Uddannelsesforskning (DK); Akademie für Arbeit und Politik an der Universität Bremen (D); Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holstein (D); Oswald-von-Nell-Breuning-Haus Herzogenrath (D); Universität Klagenfurt, Institut für Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung, Abt. Erwachsenenbildung und Berufsbildung (AT); Universität Wien, Institut für Politikwissenschaft (AT); Bildungshaus des Landes Steiermark, Schloß Retzhof (AT); Latvijas Pieauguso izglītības apvienība (Verband der Erwachsenenbildungseinrichtungen in Lettland) (LV); Fundacja „Krzyszowa“ dla Porozumienia Europejskiego (Stiftung Kreisau für europäische Verständigung) (PL); weitere Kooperationsmitglieder, vor allem Gewerkschaften. (Fördernummer des Projekts: 110622-CP1-2003-1-DE-Grundtvig-G1).

gesellschaftspolitischen Praxis ihre volle Wirkung erzielen. Aus darstellungsökonomischen und darstellungstechnischen Gründen wurde für jede Kompetenz ein eigenes Studienheft erarbeitet, dem jeweils die folgende Gliederung zu Grunde liegt:

1. Einleitungstext
2. Grundlagentext: Darstellung der jeweiligen Kompetenz
3. Arbeitsmaterialien
4. Lernen lernen
5. Literatur und Anregungen zum weiterführenden Lesen/Aneignen.²

In dem vorliegenden Studienheft behandeln wir die **ökonomische Kompetenz**.

Ziel ist es, ökonomische Zusammenhänge in nationaler und internationaler Perspektive zu erklären. Die Grundlagen und Formen der Ökonomie darzustellen und Widersprüche zwischen subjektiven Bedürfnissen und Interessen sowie objektiven gesellschaftlichen Ansprüchen und Regelungen darzulegen und zu zeigen, wie diese Widersprüche durch demokratische Alternativen und Strategien aufgehoben oder überwunden werden können.

² Anmerkung zum Gebrauch des folgenden Kapitels: Leser, die sich vor allem für eine methodische Grundeinführung interessieren, sollten zunächst Kapitel 1.1 lesen, um den Aufbau der Lern- und Arbeitsbücher nachzuvollziehen; Kapitel 1.2 um einen inhaltlichen Überblick zu bekommen. Kapitel 2 vertieft den inhaltlichen Aspekt und ordnet ihn in einen erwachsenen- und berufspädagogischen Diskurs ein. Kapitel 3 stellt die Entwicklung der Debatte um Kompetenzen in den am Projekt beteiligten Ländern dar.

1.1 HINWEISE ZUR NUTZUNG DER STUDIENBÜCHER

1.1.1 Didaktisch-methodischer Ansatz

Die Lern- und Arbeitsbücher orientieren sich an Prinzipien des Erfahrungslernens, wie es in Deutschland von Pädagogen von Wolfgang Klafki und Martin Wagenschein in den 1950er und 1960er Jahren zunächst für den Schulunterricht entwickelt wurde (vgl. Klafki 1985).

Dieser didaktische Ansatz geht davon aus, dass Lernende sich an einem Beispiel (dem „Exemplum“) wesentliche Strukturen, Aussagen, Beziehungen usw. eines thematischen Bereichs aneignen und auf andere übertragen können. In diesem Zusammenhang entwickelte Klafki die sogenannte „didaktische Analyse“, die zur Vorbereitung eines Themas dient. Er stellt fünf Grundfragen, die positiv beantwortet werden sollten, bevor ein Thema behandelt wird:

1. Gegenwartsbedeutung:

In welchem Zusammenhang steht das Thema mit den bisherigen Erfahrungen der Lernenden?

2. Zukunftsbedeutung:

Hat das Thema Relevanz für die Zukunft der Menschen?

3. Sachstruktur:

In welchem größeren Zusammenhang steht ein Thema (auch in Bezug auf die Gegenwarts- und Zukunftsbedeutung)? Welche Teilbereiche deckt ein Thema inhaltlich ab? Gibt es verschiedene Bedeutungsebenen des Themas? Was könnte den Lernenden den Zugang zum Thema erschweren?

4. Exemplarische Bedeutung:

Welcher allgemeine Sachverhalt, welches allgemeine Problem kann durch das Thema/das Beispiel erschlossen werden? D.h. sind die gewonnenen Erkenntnisse auf andere Sachverhalte übertragbar?

5. Zugänglichkeit:

Welche Probleme können bei der Beschäftigung mit dem Thema auftauchen? Wie könnte das Thema für die Lernenden interessant, „begreifbar“ aufbereitet werden?³

An diesem Prinzip des Lernens an Beispielen hat sich Oskar Negt in den 1960er Jahren orientiert und in seinem Konzept der „soziologischen Phantasie“ und des „exemplarischen Lernens“ angewandt. Im Mittelpunkt des Konzepts steht der Begriff des Exemplarischen, das, abgeleitet aus der Erfahrung der Lernenden, oder bezogen auf ihre Erfahrung, als wichtiger Ansatzpunkt für Lernprozesse gilt:

„Der exemplarische Bildungswert der Unterrichtsgegenstände wird durch drei Faktoren bestimmt: ihre Nähe zu den individuellen Interessen, den inhaltlich über die unmittelbaren Interessen hinausweisenden Elementen des Arbeiterbewußtseins, die allgemeinere gesellschaftliche Zusammenhänge betreffen und schließlich die Bedeutung, die den Bildungsgehalten für die Emanzipation des Arbeiters zukommt.“ (Negt 1975, S. 97).

Wir haben das exemplarische Prinzip in unseren Studienheften wieder aufgenommen und stellen den einzelnen Kompetenzen jeweils Situationen/Probleme/Konflikte voran, über die die Lernenden ein Bewusstsein für die Ziele und Reichweite der jeweiligen Kompetenz entwickeln können. Wir lehnen uns damit an das exemplarische Prinzip

³ Zur genaueren Darstellung der didaktischen Analyse nach Klafki vgl. Jank u.a. 1994³, S. 132 - 137 und Kap. 5.4 und 5.5.

Klafkis (s.o.) an, nach dem das Exemplarische geeignet ist, Menschen allgemeine Prinzipien und Strukturen mit Hilfe eines Beispiels zu erklären. Mit Hilfe dieser neuen Kenntnisse/des neuen Wissens werden sie befähigt, zu Erkenntnissen zu gelangen, die auch auf andere Situationen übertragbar sind und in (politisches/gesellschaftliches) Handeln umgesetzt werden können.

Wir verstehen im Zusammenhang der Studienhefte Lernen also nicht primär als individuelle Aneignung von Wissen (womit sein instrumenteller Charakter betont würde), sondern als Weg zur individuellen und kollektiven Selbstbestimmung und Emanzipation (womit sein politischer Charakter hervorgehoben wird).

1.1.2 Aufbau der Studienhefte

Die Studienhefte sind im Prinzip annähernd gleich gegliedert: Ihre Struktur folgt dem Grundsatz, dass sie sowohl in Lernkursen, in Studienzirkeln als auch im Selbststudium als Lehr- und Lerngrundlage genutzt werden können.

1. Einleitungstext

Ziel des Einleitungstextes ist es, den Lernenden und „Lehrenden“ einen Einblick in den Entstehungszusammenhang der gesellschaftlichen Kompetenzen zu geben, ihren gegenseitigen inhaltlichen Bezug darzustellen und die Zielsetzung der Curricula zu verdeutlichen. Gleichzeitig soll die Einleitung den Aufbau, die Struktur und die Arbeitsweise der Studienhefte erklären.

2. Grundlagentext: Darstellung der jeweiligen Kompetenz

Der zentrale Grundlagentext wird in jedem Heft eine der Kompetenzen in ihren inhaltlichen, individuellen und gesellschaftlichen Konsequenzen darstellen. Zusätzlich werden Arbeitsfragen/Arbeitsaufgaben entwickelt, die mit Hilfe der im dritten Teil bereitgestellten Materialien erarbeitet werden können. Ausgangspunkt der Darstellung der Kompetenzen sind Beispiele oder auch „Situationen“, die den Problemhorizont/ die Dimension einer Kompetenz zunächst allgemein vorstellen. Aus ihnen wird dann das weitere Material entwickelt bzw. abgeleitet (vgl. dazu Kap. 1.1, die Frage des methodischen und didaktischen Ansatzes).

3. Arbeitsmaterialien

Dieser Teil erhöht auf der Grundlage unterschiedlichster Materialien das Verständnis für die Problematik der Kompetenzen und regt selbständige Lernprozesse an. Unterschiedliche Materialien ermöglichen eine multiperspektivische Aneignung. Länderspezifische Materialien ermöglichen Diskussionen über bestimmte Probleme/ Aspekte aus der Perspektive der jeweiligen individuellen und/oder gesellschaftlichen Erfahrung. Länderübergreifende Materialien fördern die internationale/interkulturelle Perspektive.

4. Lernen zu lernen

Das Kapitel soll die Adressaten und Moderatoren in der Art eines Propädeutikums in der Erweiterung ihrer Lern-, Aneignungs- und Lehrkompetenzen unterstützen. Dabei geht es um die Anregungen für Lern- und Arbeitstechniken (Lesefähigkeit; Umgang mit Texten; Gestaltung offener Lernprozesse; Erlangung von Informationen) sowie zur eigenständigen Materialsuche.

5. Literatur und Anregungen zum weiterführenden Lesen/Aneignen

Jedes Lern- und Arbeitsbuch wird ergänzt durch ein inhaltlich spezifisches Literaturverzeichnis, das einerseits die verwendete Literatur nachweist und andererseits weiterführende Literatur benennt (Literatur /Datenbanken/ Audio-/Videomaterial). Hier wird, ähnlich wie in Kapitel 3, zudem jeweils ein landesspezifischer Teil angefügt.

Die Arbeit mit den Heften sollte sich an den eigenen inhaltlichen Interessen orientieren. Zu unterscheiden ist zwischen Lernenden, die die Hefte als

Selbststudienmaterialien verwenden, und dem Einsatz der Hefte in organisierten Veranstaltungen der Erwachsenenbildung/ politischen Bildung.

Werden die Hefte als **Selbststudienmaterialien** verwendet, schlagen wir vor, dass sich die Lernenden in der Einführung zunächst Abschnitt 2 („Zum Zusammenhang und zur Funktion gesellschaftlicher Kompetenzen in der politischen Bildung“) erarbeiten, um einen Überblick über den Inhalt und den Gesamtzusammenhang der Kompetenzen zu gewinnen. Abschnitt 3 widmet sich theoretischen Hintergrundinformationen zum thematischen Bereich der Schlüsselqualifikationen und Kompetenzen. Er ist keine zwingende Voraussetzung zum Verständnis der Hefte.

Zur Einführung empfohlen ist auch das Kapitel „Lernen zu lernen“, in dem Hinweise/Vorschläge zu Lernstrategien und Lernmethoden gegeben werden.

Bei den einzelnen Studienbüchern sollten zunächst die Einleitungen gelesen werden (Kapitel 2), in denen jeweils die Kompetenzen mit der Hilfe von Beispielen vorgestellt und definiert werden.

Danach kann man sich entweder durch die gesamten Texte „durcharbeiten“ oder auch nach dem Inhaltsverzeichnis die Abschnitte, die einen besonders interessieren, lesen.

In den Materialkapiteln (Kapitel 3) werden die Kompetenzen durch zusätzliche Texte und Informationen veranschaulicht. Hierzu gibt es konkrete Hinweise in den Kompetenzkapiteln selbst. Ebenso verhält es sich mit dem Kapitel 5. Die Literaturhinweise sollen das Weiterlernen und Weitersuchen erleichtern und unterstützen.

Werden die Studienhefte in **organisierten Unterrichtsformen** eingesetzt, sollten die Dozenten/Moderatoren als Vorbereitung zunächst vorgehen wie oben vorgeschlagen. Dann kann eine inhaltliche Auswahl getroffen werden, die abhängig ist von den Vorkenntnissen und Interessen der Teilnehmer, ihrer Lernbereitschaft und -fähigkeit, und unter Berücksichtigung des Zeitrahmens, der dem jeweiligen Kurs zur Verfügung steht.

1.2 ZUM ZUSAMMENHANG UND ZUR FUNKTION GESELLSCHAFTLICHER KOMPETENZEN IN DER POLITISCHEN BILDUNG

Ausgangspunkt der Studienbücher sind Überlegungen des Soziologen und Philosophen Oskar Negt. Er schlug Mitte der 1980er Jahre vor dem Hintergrund politischer, sozialer und ökonomischer Entwicklungen die in Deutschland, aber auch in Europa und der Welt, zu größerer Unübersichtlichkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse führte, ein Konzept zu sogenannten „gesellschaftlichen“ Kompetenzen vor. Sie sollen die Menschen unterstützen, sich in einer immer komplizierter werdenden Umwelt zurechtzufinden, indem sie befähigt werden,

„Wesenszusammenhänge der heutigen Welt zu erkennen und die bestehende Wirklichkeit unter dem Gesichtspunkt ihrer notwendigen Umgestaltung der praktischen Kritik zu unterziehen“ (Negt 1993, S. 662).

Die Aneignung von gesellschaftlichen Kompetenzen verfolgt also verschiedene Ziele:

- Das Erkennen und Erklären der gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen wir leben.
- Verständnis über Zusammenhänge zwischen persönlichen und politischen, gesellschaftlichen und sozialen Ereignissen und Entwicklungen.
- Die Befähigung zur Kritik an diesen Verhältnissen auf Grund eines erweiterten Urteilsvermögens.
- Die Entwicklung von Alternativkonzepten zur Umgestaltung von Gesellschaft im Sinne von Demokratisierung: Dieses wird auch als die Entwicklung von „Utopiefähigkeit“ bezeichnet.

Diese Zielsetzungen beruhen auf dem Grundgedanken, den Menschen die Entwicklung zu Mündigkeit und Emanzipation zu ermöglichen.

Die „gesellschaftlichen Kompetenzen“ sind eine Weiterentwicklung des Konzepts „soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen“, das Negt Anfang der 1960er Jahre mit Wissenschaftlern, Erwachsenenbildnern, Arbeiterbildnern, Gewerkschaftern und Betriebsräten diskutiert hat. Es galt zunächst als ein methodisches Prinzip für die Arbeiterbildung, wozu didaktische Ansätze in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit entwickelt und praktiziert wurden.⁴

Lernen wird hier nicht primär als Aneignung von Wissen verstanden, sondern als Weg zur individuellen und kollektiven Selbstbestimmung und Emanzipation. Lernen als sozialer Prozess beruht dann auf Kommunikation, Austausch und gegenseitiger Verständigung. Lernende sind nicht Objekt und Ziel von Belehrungsprozessen, sondern Subjekte ihrer eigenen Lernprozesse, indem sie ihre Lerninteressen definieren, sich das notwendige Wissen aneignen, dieses reflektieren und in der Praxis anwenden.

Anknüpfend an die Prämissen, Menschen durch Bildung Wege zu Selbstbestimmung, Mündigkeit und Emanzipation zu eröffnen, werden Kompetenzen definiert, die entsprechende

⁴ Zu den historischen Voraussetzungen zur Entwicklung des Konzepts vgl. Adolf Brock 1999, S. 461 - 473.

niert, die entsprechende Lernprozesse ermöglichen. Dabei geht es nicht darum, einen Wissenskanon festzusetzen. Vielmehr sollen die Lernenden dabei unterstützt werden, sich Fähigkeiten und Einsichten anzueignen, mit deren Hilfe sie sich selbst, ihre Umwelt, die Gesellschaft und die Politik in ihrem Zusammenhang und ihrer gegenseitigen Abhängigkeit erkennen, um als mündige Person im weitesten Sinne persönliche und gesellschaftliche Gestaltungskraft zu erwerben:⁵

„Zunächst einmal muß ein neuer Lernbegriff formuliert werden, für den zwei Merkmale heute entscheidende Bedeutung haben: Orientierung und Kompetenz. Bildung, Selbstbildung, Persönlichkeitsbildung, Lernen des Lernens, Gleichgewichtigkeit im Lernen und Erwerben kognitiver, sozialer und emotionaler Kompetenzen, Befreiung durch Bildung – das sind Schlüsselwörter für die Orientierung des einzelnen, für das individuelle Selbstverständnis“ (Negt 1998, S. 58).

Das Konzept zu den gesellschaftlichen Kompetenzen wurde über mehrere Jahre entwickelt. 1986 ging es Negt zunächst um eine „Kompetenzverfügung“ der Menschen (Negt 1986, S. 35). 1990 bezeichnete er sie als „gesellschaftliche Schlüsselqualifikationen“ in Abgrenzung zu dem Aspekt der instrumentellen Verengung, unter dem die Schlüsselqualifikationen in der Berufsbildung und beruflichen Weiterbildung diskutiert wurden (Negt 1990). Mit der Erweiterung, die die Schlüsselqualifika-

tionen im Begriff „Kompetenzen“ in diesem Bereich erfuhren, prägte Negt 1990 den Begriff der „gesellschaftlichen Kompetenzen“.

Die Kompetenzen wurden im Laufe der Jahre erweitert, wir stellen in unseren Lern- und Arbeitsbüchern die folgenden Kompetenzen vor:

1. Identitätskompetenz / interkulturelle Kompetenz:

Auch bezeichnet als eine Kompetenz der Selbst- und Fremdwahrnehmung, die befähigt, grundlegende Veränderungen der Gesellschaft, die teilweise die Auflösung traditioneller Strukturen in Gesellschaft, Familie und Arbeitswelt zur Folge haben, zu erkennen und zu verstehen. Der Zwang, sich auf neue Realitäten einzulassen, fordert von den Menschen in erhöhtem Maß die Fähigkeit, sich mit bedrohter oder gebrochener Identität aufgeklärt auseinander zu setzen. Die Entwicklung neuer, individueller wie gesellschaftlicher Wertmaßstäbe gehört zu einem zukunftsbezogenen Lernprozess.

2. Technologische Kompetenz:

Hierbei geht es nicht nur um die individuelle Anwendbarkeit technologischer Entwicklungen im Sinne von Fertigkeit, sondern auch um die Fähigkeit, die gesellschaftlichen Folgen technologischer Entwicklungen – positive wie negative – abschätzen zu können, damit Technik als ein „gesellschaftliches Projekt“ verstanden wird.

3. Gerechtigkeitskompetenz:

In einer modernen Gesellschaft werden Menschen oft mit dem Verlust individueller Rechte konfrontiert. Um diese „Enteignung“ sichtbar und begreiflich zu machen und das natürliche Rechtsbewusstsein der Menschen zu stärken, muss vor allem die Fähigkeit erlernt werden, Recht und Unrecht, Gleichheit und Ungleichheit wahrzunehmen, sowie die jeweils dahinter stehenden Interessen.

⁵ Z. B. in dem Aufsatz „Wir brauchen eine zweite, gesamtdeutsche Bildungsreform.“ In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* (1993/11). S. 657 - 668.

4. Ökologische Kompetenz:

Die Naturgrundlagen der menschlichen Existenz und der übrigen Lebewesen sollen erkannt, gepflegt und erhalten werden. Es geht nicht nur um das Erkennen von äußerer Umweltzerstörung und ihrer Verhinderung, sondern um die Erkenntnis der „inneren Natur“, der internen Strukturen von Subjekten und deren menschlicher Gestaltung und den pflegerischen Umgang mit den Menschen, den Dingen und der Natur.

5. Historische Kompetenz:

Die Erinnerungsfähigkeit der Menschen und einer Gesellschaft bestimmt auch ihre Zukunft. Diese Kompetenz schließt die Entwicklung von „Utopiefähigkeit“ mit ein, die es den Menschen ermöglicht, in Alternativen zu denken, Phantasie zu entwickeln, um gesellschaftliche Veränderungen anzustreben und umzusetzen.

6. Ökonomische Kompetenz:

Menschen sollen sich befähigen, ökonomische Zusammenhänge, Abhängigkeiten und Entwicklungen zu erkennen und zu erklären. Damit soll die Entwicklung eines begründeten Standpunkts möglich werden. Ziel ist zudem die Bewusstmachung des Zusammenhangs zwischen subjektiven Bedürfnissen und Interessen und der sie umgebenden Objektwelt, also der Ökonomie.

Die Kompetenzen betreffen also die eigene Person (Identitätskompetenz) in ihrem Verhältnis zu ihrer gesellschaftlich geprägten Kultur und Tradition (Historische Kompetenz; Gerechtigkeitskompetenz), zu ihrer Umwelt (ökologische und technologische Kompetenz) und zu gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen (ökonomische Kompetenz). Somit sind die sechs Kompetenzen eigentlich nicht voneinander zu trennen, da sie jeweils Teile eines Ganzen, nämlich unsere Lebenswelt und unsere Umwelt im weitesten Sinne, ausmachen.

Wenn wir sie in den Studienhefte trotzdem einzeln bearbeiten, liegt dies vor allem daran, dass es schwierig ist, sich die jeweils relevanten Kenntnisse zu

den einzelnen Kompetenzen gleichzeitig anzueignen. Ideal wäre, sich alle sechs Studienhefte nach und nach zu erarbeiten. Wir werden aber jeweils Verweise auf die anderen Kompetenzen einfügen, um ihren inneren Zusammenhang zu verdeutlichen.

Für Oskar Negt ist die Stiftung sachbezogener Zusammenhänge zwischen den Kompetenzen von besonderer Bedeutung:

„Allgemeine Regeln für „Zusammenhang“ gibt es nicht. Da der Zusammenhang in dem von mir verstandenen Sinne nicht in einer formalen Kombinationstechnik von Einzelmerkmalen besteht, ist diese Kompetenz eher als eine spezifische Denkweise zu bezeichnen, eine ausgeprägte theoretische Sensibilität, die sich auf die lebendige Entwicklung von Unterscheidungsvermögen gründet. Nicht Zusammengehöriges trennen, den suggestiven Schein des Unmittelbaren durchbrechen und als Vermitteltes nachweisen, oder, in begrifflichen Zusammenhängen, Grund und Begründetes entzerren – das wären konkrete Arbeitsregeln der Überprüfung des Gegebenen, was ja nichts anderes als Kritik bedeutet; die andere Seite dieses entwickelten Unterscheidungsvermögens wäre Urteilskraft im Sinne der Neubestimmung von Zusammenhängen. [...] Geht in Lernprozessen diese theoretische Sensibilität für Zusammenhang vollständig verloren, sind alle übrigen gesellschaftlichen Schlüsselqualifikationen unvermeidlich auf instrumentelle Abstraktionen reduziert, also in Herrschaftszwecken bereits integriert und aufbewahrt“ (Negt 1990, S. 19).

„Zusammenhang stiften“ kann demnach als „Metakompetenz“ interpretiert werden, die für das Verständnis und die

Entwicklung der übrigen gesellschaftlichen Kompetenzen notwendig ist. Sie beinhaltet situationsunabhängige Erkenntnisse und kann nicht isoliert stehen: „Ist aber ‚Zusammenhang‘ eigentümlicher Zweck des Lernens, dann ist

dialektisches Denken, d. h. die lebendige Bewegung in Widersprüchen, die sich weder aufheben noch umgehen lassen, von äußerster Aktualität“ (Negt 1993, S. 661).

1.3 SCHLÜSSELQUALIFIKATIONEN – KOMPETENZEN – GESELLSCHAFTLICHE KOMPETENZEN: IHRE ENTWICKLUNG UND DISKUSSION IN DEN AM PROJEKT BETEILIGTEN LÄNDERN EUROPAS

Schlüsselqualifikationen und Kompetenzen werden als Begriffe im Bildungs- und Ausbildungsbereich in den an unserem Projekt beteiligten Ländern schon seit langer Zeit diskutiert. Ausgangspunkt war in den meisten Ländern Modernisierung und technologische Entwicklung in den 1970er Jahren, die ökonomischen Aufschwung und Veränderungen der Wirtschaftsstruktur nach sich zogen. Die Bewältigung dieser Veränderungen sowohl durch den Einzelnen als auch die Wirtschaftssysteme insgesamt (z. B. die Entwicklung von Industrie- zu Dienstleistungsgesellschaften) forderte die Wirtschafts- wie die Bildungssysteme heraus und man suchte nach neuen Qualifizierungswegen, die auf diese ständigen Veränderungen antizipativ reagieren könnten. Bildungspolitische und bildungsökonomische Diskussionen orientierten sich sowohl an Konzepten der traditionellen als auch der marxistischen Ökonomie. „Bildung“ im traditionellen Sinn wurde mit dem Konzept der „Qualifikation“ konfrontiert, das auf eine enge Verbindung zwischen

Ausbildung, Arbeit und Ökonomie hinweist.

Die Entwicklungen von Konzepten zu Schlüsselqualifikationen und Kompetenzen müssen in diesem historischen und ökonomischen Kontext diskutiert werden. Bereits in den 1970er Jahren zeigte sich, dass die wirtschaftlichen Veränderungen langfristig auch neue berufliche Aus- und Weiterbildungskonzepte erfordern würden. Bildungspolitisch wurden die „Schlüsselqualifikationen“ als eine mögliche Antwort diskutiert.

In allen Ländern – ob sie zu den westlichen Staaten wie Dänemark, Deutschland oder Österreich gehören oder zu den Transformationsstaaten des ehemaligen Ostblocks wie Lettland und Polen – haben instrumentell orientierte Schlüsselqualifikationen mit ihrem Schwerpunkt auf Unterstützung der „Beschäftigungsfähigkeit“ einen großen Stellenwert. Viele europäische Ländern, die neoliberale Wirtschaftskonzepte verfolgen, deren Konsequenzen Deregulierung der Märkte, Individualisierung, Veränderung von Berufsprofilen, Abbau

von Sozialstaatlichkeit sind, favorisieren zur Zeit entsprechende Qualifikationskonzepte.

Gesellschaftliche Kompetenzen im Sinn Negts werden – nicht sehr überraschend – in Polen und Lettland als den Staaten unseres Projektteams, die in den 1990er Jahren einen Demokratisierungsprozess erfuhren, in Bezug auf aktive politische Teilhabe und demokratische Handlungsfähigkeit der Bevölkerung intensiver diskutiert und bildungspolitisch eher aufgenommen als in Dänemark, Deutschland und Österreich.

1.3.1 Deutschland

Über die Bedeutung und Entwicklung von „Schlüsselqualifikationen“ und „Kompetenzen“ wird seit den 1970er Jahren in (West-)Deutschland intensiv diskutiert und teilweise werden Konzepte auch in der Bildungsarbeit umgesetzt. Begonnen hatte diese Debatte in der beruflichen Bildung, sie wurde in der betrieblichen Weiterbildung und in der politischen Bildung umfassend weitergeführt.

Im Kern ging und geht es um die Frage, wie die Menschen unter den Bedingungen eines beschleunigten technologischen Wandels, der Ausweitung wissenschaftlichen Wissens, der sich durchsetzenden Internationalisierung der Ökonomie und Politik (Globalisierung) und den sich auf diesem Hintergrund ändernden Inhalten der Berufs- und Arbeitsstrukturen in ihrem Arbeits- und Lebenszusammenhang Schritt halten können, ohne von den sozialen und politisch-ökonomischen Verhältnissen überwältigt oder an den Rand gedrängt zu werden.

Erstmals veröffentlicht wurde ein Konzept zu Schlüsselqualifikationen 1974 von dem Ökonomen Dieter Mertens. Ausgangspunkt war für ihn die Frage, welche Fähigkeiten und Kenntnisse ein Mensch brauche, um gesellschaftlich, im Lebens- wie im Arbeitszusammenhang handlungsfähig zu werden. Voraussetzung ist für ihn die Fähigkeit der Menschen, Handlungen auf der Grundlage von Denkleistungen (Kognition) durchzuführen. Menschliches Handeln, das auf Erkenntnissen, Urteils-, Problemlösungs- und Kritikfähigkeit und Reflexivität beruht, soll durch allgemeine Einsichten und Gesetzes- und Regelwissen unterstützt werden. So kann eine Beziehung zwischen dem angestrebten Handlungszweck und den gegebenen Handlungsumständen hergestellt werden (Kaiser 1992, S. 20).

Mertens bezeichnet als Schlüsselqualifikationen „... solche Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten, welche nicht unmittelbaren und begrenzten Bezug zu bestimmten disparaten praktischen Tätigkeiten erbringen ...“ (Mertens 1974, S. 39). Konkret benennt er vier Typen von Schlüsselqualifikationen, deren übergreifendes Ziel es ist, Zusammenhänge zu erkennen und dadurch Veränderungen bewusst handelnd bewältigen zu können.

1. Basisqualifikationen:

Bezeichnen grundlegende Denkopoperationen, die Voraussetzung für die kognitive Bewältigung unterschiedlichster Situationen und Anforderungen sind. Dazu gehören logisches, analytisches, kritisches, strukturierendes, dispositives, kooperatives Denken.

2. Horizontalqualifikationen:

Beziehen sich ebenfalls auf kognitive Fähigkeiten. Es geht um das Vermögen des Menschen, Informationen zu gewinnen, zu verstehen, zu verarbeiten und Einsicht in ihre spezifische Eigenart zu erlangen.

3. Breiterelemente:

Es handelt sich um übergreifendes Wissen, dass sowohl tätigkeitsbezogen sein kann (z.B. Arbeitsschutz, Messtechnik, Anlagenwartung) als auch fundamentale Kulturtechniken beinhaltet (z.B. Grundrechenarten).

4. Vintage-Faktoren (Vintage = Weinlese, Weinjahrgang)

Diese Faktoren beziehen sich auf Kenntnisse, die intergenerationell vermittelt werden müssen, wie z.B. Kenntnisse der Mengenlehre, Verfassungsrecht, jüngere Geschichte, Literatur, Anwendung von Computern, digitale Technik (vgl. Mertens 1974, S. 40 - 42).

Erste Ansätze zur Umsetzung der Schlüsselqualifikationen in konkrete Lernkonzeptionen wurden in den 1980er Jahren entwickelt, als strukturelle Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt auch unmittelbare Folgen für die Arbeitsplätze hatten und Anpassungsleistungen der Arbeitnehmer in erhöhtem Maße erforderlich wurden.

Aus einer Kritik an dem Konzept der Schlüsselqualifikationen, die sich vor allem auf ihre Aneignung mit Hilfe kognitiver Fähigkeiten bezog, wurde in den 1990er Jahren als weiterer Vorschlag der Begriff der „Kompetenz“ zur Diskussion gestellt. Ähnlich wie bei den Schlüsselqualifikationen gibt es auch hier verschiedene Ansätze und theoretische Zugangsweisen, die sich einerseits – wie die Schlüsselqualifikationen – auf bildungsökonomische Grundlagen zuspitzen lassen und andererseits – eher in der Erwachsenenbildung diskutiert – bildungstheoretisch begründet werden.

In Abgrenzung zum Begriff der Schlüsselqualifikationen geht es bei Kompe-

tenzen um Fähigkeiten und Kenntnisse der Menschen, die zum einen nicht unbedingt – wie Qualifikationen – zertifizierbar sind und damit auf nachweisbare Inhalte rekurrieren. Es kann sich auch um informell erworbene Kenntnisse handeln. Zum anderen geht es um personale und soziale Kompetenzen. Weinberg definiert Kompetenzen folgendermaßen:

„Unter Kompetenz werden alle Fähigkeiten, Wissensbestände und Denkmethode verstanden, die ein Mensch in seinem Leben erwirbt und betätigt. Gleichgültig, wann, wo und wie Kompetenzen erworben werden, fest steht, sie ermöglichen es dem Menschen, sein Leben selbstbestimmt und in Eigenverantwortung zu führen. Mit dem Kompetenzbegriff werden diejenigen Fähigkeiten bezeichnet, die den Menschen sowohl in vertrauten als auch fremdartigen Situationen handlungsfähig machen“ (Weinberg 1996, S. 213).

Begründet wird die Abkehr von den Schlüsselqualifikationen zu einem Konzept von Kompetenzen mit dem Strukturwandel Anfang der 1990er Jahre. Denn spätestens seit dem Ende der DDR erfuhren die Menschen in den neuen Bundesländern einen Wandel der Arbeitsmarktstrukturen. Dieser Kontinuitätsbruch traf große Bevölkerungsgruppen, die nicht nur ihre Arbeit verloren, sondern es wurde ihre bisherige Identität – und damit ihre Person – in Frage gestellt. Um diesen Umbrüchen mit ihren Widersprüchen, Verlusten, Neuerungen begegnen und sie erfolgreich meistern zu können, brauchen die Menschen mehr als zertifizierbare Qualifikationen. So wurde ein Ensemble von Kompetenzen definiert, deren Besitz

den Menschen Arbeit und Identität sichern sollte. Diese Ideen wurden sowohl von der betrieblichen Weiterbildung, die den Strukturwandel teilweise auffangen sollte, als auch von der Erwachsenenbildung rezipiert, diskutiert und in Ansätzen umgesetzt.

Begründet mit dem gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturwandel, zugespitzt in den Diskussionen um Folgen der Globalisierung und Modernisierung und den daraus erwachsenden Ansprüchen an die Erwerbstätigen, bedienten sich die meisten Vertreter der betrieblichen Weiterbildung und der Personalentwicklung wie bei der Schlüsselqualifikationsdebatte bildungsökonomischer Argumentationsmuster.

„Kompetenzen“, wie sie seit den 1990er Jahren diskutiert werden, beziehen sich primär auf Fähigkeiten, die beruflich verwertbar sind und auch instrumentalisiert werden können. Neben Fach- und Methodenkompetenzen werden vor allem soziale Kompetenzen als unerlässlich für den modernen Arbeitnehmer angesehen. Unter Sozialkompetenzen werden verstanden Teamfähigkeit, Integrationsfähigkeit und -willen, Ausdauer, Zuverlässigkeit, Genauigkeit usw. – In dieser inhaltlichen Zuordnung werden soziale Kompetenzen aber nicht, im Sinne personaler Entwicklung mit dem Ziel von Emanzipation und Mündigkeit verstanden, sondern als eine Fähigkeit, Anpassungsleistungen als Reaktion auf sich verändernde ökonomische und gesellschaftliche Strukturen zu erbringen und die bestehenden liberal-kapitalistischen Verhältnisse zu akzeptieren und die weitere Demokratisierung nicht einzufordern.

1.3.2 Dänemark

In Dänemark entwickelte sich in den 1980er Jahren die Diskussion um Kompetenzen zunächst in der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Sie blieb nicht ohne Widerspruch, da Qualifikation eine doppelte Bedeutung zugeschrieben wurde: zum einen als instrumenteller Begriff, zum anderen im Sinn von „allgemeiner Qualifikation“.

In einem Forschungsprojekt, das die Universität Roskilde mit erwachsenen Arbeitern durchführte, ging es um die Erarbeitung und Definition eines Begriffs von „allgemeiner Qualifikation“, der umfassender ist als der Begriff Kompetenz. Unter dem Begriff wurden verschiedene Aspekte verstanden: Einerseits subjektiv zu definierende Anteile an technischen Fähigkeiten und Fertigkeiten, die für die Arbeit gebraucht werden. Andererseits Kompetenzen und Fähigkeiten, die sowohl im Arbeitsbereich als auch in anderen Lebensbereichen zur Anwendung kommen. Die Teilnehmer des Projektes arbeiteten heraus, dass Fertigkeiten und Fähigkeiten, die man sich durch Erfahrungen als Hausfrau oder genereller im Laufe der weiblichen Sozialisation aneignet, subjektiv zunächst nicht als berufs- oder arbeitsbezogene Qualifikationen wahrgenommen wurden. Ähnliches zeigte sich bei neuen Anforderungen an intellektuelle und soziale Fähigkeiten von Facharbeitern, die zwar häufig vorhanden waren, aber nicht als solche erkannt wurden. Die Entwicklung dieser Fähigkeiten hängen zum einen von persönlichen Einstellungen und Verhalten ab. Zum anderen wird deutlich, dass sie nicht nur über kognitive Lernprozesse vermittelt werden können, sondern im

engen Zusammenhang mit der Identitätsfindung des Einzelnen stehen.

Es wurde deutlich, dass beide Bereiche der allgemeinen Qualifikationen, sowohl die eher technischen und methodischen Fähigkeiten, als auch die sozialen und intellektuellen, für die Ausführung qualifizierter Arbeit notwendig sind. Dies zog die Kritik nach, dass entsprechende Qualifikationen dann doch wieder instrumentalisiert würden. Ein Fazit des Projekts war, dass die Diskussion allgemeiner Qualifikationen durchaus zeigen kann, in welchem Spannungsfeld sie stehen können. Instrumentell eingesetzt, bedeuten sie eine optimierte Anpassung der Arbeiter in den Arbeitsprozess. Sie können aber auch zu ihrer Autonomie und Emanzipation beitragen.

Später hat sich der Begriff Kompetenzen in Diskussionen um lebenslange Lernprozesse der Menschen in die allgemeine Bildungs- und Lernpolitik verlagert. Seit Mitte der 1990er Jahre findet die vorherrschende Diskussion um Qualifikationen und Kompetenzen zunehmend unter dem Einfluss neo-liberaler Politik im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung statt.

Dazu werden zunächst in der beruflichen Ausbildung neue Schwerpunkte gesetzt: Lernen wird wichtiger als Lehren; Kompetenzen werden gegenüber Qualifikationen hervorgehoben; Unterrichtsformen orientieren sich stärker als bisher an individuellen Bedürfnissen; der Zugang zu Bildungsmöglichkeiten wird verbreitert und die Bildungsangebote werden stärker modularisiert. Hinzu kommt das Bemühen, Kompetenzen, die Erwachsene im Laufe ihres (Berufs-)lebens über formale Bildungswege, aber auch informell

erworben haben, zu zertifizieren (Cort 2002, S. 37).

Um dieses zu erreichen, wird das dänische Erwachsenenbildungssystem seit 2001 mit dem Ziel reformiert, parallel zu Berufsbildungsangeboten für Jugendliche ein Berufsbildungsangebot für Erwachsene zu schaffen. In diesem Zusammenhang spielt die Kompetenzentwicklung eine wichtige Rolle, wobei ein Schwerpunkt auf ihrer Messung und Validierung liegt (Cort 2002, S. 42).

Im Mittelpunkt der Kompetenzentwicklung steht die Unterstützung der „employability“, also der „Beschäftigungsfähigkeit“ Erwachsener.⁶ Kompetenzen werden in diesem Zusammenhang verstanden als „menschliches und soziales Potential auf anthropologischer Grundlage, [...] wobei das gängige Verständnis bei Handlungskompetenzen liegt“ (Franz 2001, S. 263.)

Die Kompetenzen werden in drei Kategorien unterteilt:

- Technische Berufskompetenzen/Qualifikationen
- Arbeitsbereitschaft (Unterstützung der „Beschäftigungsfähigkeit“)
- Allgemeine und persönliche Kompetenzen (Franz 2001, S. 265).

Dabei handelt es sich bei den technischen Berufskompetenzen um Kompetenzen, die sich auf bereichsspezifische bzw. fachspezifische Kompetenzen beziehen. Unter Arbeitsbereitschaft wer-

⁶ Die folgenden Ausführungen orientieren sich an dem Aufsatz von Hans-Werner Franz. „Berufsbildungsreform für lebenslanges Lernen in Spanien, Frankreich und Dänemark.“ In: Dobischat, Rolf; Seifert, Hartmut (Hg.). *Lernzeiten neu organisieren. Lebenslanges Lernen durch Integration von Bildung und Arbeit*. Berlin: edition sigma, 2001. S. 245-271.

den Fähigkeiten verstanden, die im unmittelbaren Arbeitszusammenhang unabdingbar sind: Wahrnehmungsfähigkeit; Ressourcenbewusstsein, Kooperations- und Kommunikationsfähigkeit; Aufnahme und Verarbeitung von Informationen und ihre situationsgerechte Anwendbarkeit in Bezug auf den Umgang mit Menschen, Fragen der Arbeitsorganisation (Systemen) und Technik. Die Interpretation und Ausgestaltung dieser Kompetenzen erinnert in vielem an die von Mertens entwickelten Schlüsselqualifikationen, die ebenfalls eine Verbesserung der individuellen Arbeitsfähigkeit zum Ziel hatten (vgl. Kap. 3.1).

Die allgemeinen und persönlichen Kompetenzen entsprechen in ihrer Ausprägung dem, was in Deutschland in der beruflichen Weiterbildung und Erwachsenenbildung seit den 1990er Jahren diskutiert wird (vgl. Kap. 3.1.2). Sie werden unterteilt in

- Sprachliche, mathematische und räumliche Kompetenzen;
 - Soziale und personale Kompetenzen
 - Kognitive Kompetenzen
- (Franz 2001, S. 266).

Zu den sozialen und personalen Kompetenzen werden Kooperationsfähigkeit, Kreativität, Lernbereitschaft, Verantwortungsbereitschaft gerechnet. Kognitive Kompetenzen beziehen sich auf Problemlösefähigkeit, Diagnosefähigkeit, Lernfähigkeit.

In einem neoliberal geprägten Klima stehen also in Dänemark ähnlich wie bei der deutschen Diskussion um Kompetenzen instrumentelle Fähigkeiten und Fertigkeiten im Vordergrund; Fragen der personalen Entwicklung werden in diesem Bereich eher indirekt berücksichtigt:

Die Reform des dänischen beruflichen Aus- und Weiterbildungssystems, die insgesamt auf eine Verbesserung der lebenslangen Lernmöglichkeiten zielt, will diese nicht nur auf struktureller und organisatorischer Ebene durchsetzen, sondern auch den individuellen Zugang und die Bildungs- und Entwicklungschancen der Menschen optimieren (Franz 2001, S. 260). Dies ist letztlich nur über eine personale Entwicklung möglich.

Trotzdem hat es aber, auch unterstützt durch Forschungsprojekte wie das oben erwähnte, in Dänemark in den 1980er und 1990er Jahren Entwicklungen gegeben, in denen ein am emanzipatorischen Bildungsgedanken orientierter Qualifikationsbegriff nicht nur diskutiert, sondern auch z. B. in Bildungsprogrammen von Gewerkschaften aufgenommen wurde. Sie sind auch nicht völlig aufgegeben worden, denn es gibt bis heute bildungspolitische Auseinandersetzungen um die Frage, welchen Stellenwert und welchen Inhalt allgemeine Qualifikationen haben sollten, um Bildungs- und Entwicklungschancen des Einzelnen zu fördern. Zur Diskussion stehen Modelle individualisierter und modularisierter Qualifikationsangebote auf der einen und einheitliche und integrierte Bildungsangebote auf der anderen Seite, die auch Jugendlichen oder von Arbeitslosigkeit bedrohten Personen offen stehen.

Es geht also nicht nur um organisatorische, methodische und inhaltliche Fragen, sondern auch um Fragen des Verhältnisses von Arbeitsmarkt und Sozialpartnern und damit letztlich um die politische Frage, ob eine neoliberale oder eine sozialstaatliche Politik angestrebt

wird und welche Richtung sich durchsetzt.

1.3.3 Lettland

Den politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen nach der Demokratisierung zu Beginn der 1990er Jahre folgte in Lettland auch auf der Ebene des Bildungssystems die Rezeption (west-)europäischer Diskussionen. 2002 wurde von der lettischen Regierung ein zunächst auf vier Jahre angelegtes Bildungsentwicklungskonzept verabschiedet mit dem Ziel, die Demokratie Lettlands zu festigen, die Integration in Europa zu fördern und die ökonomische Entwicklung zu unterstützen.⁷ Das Bildungsentwicklungskonzept ist in zahlreiche weitere Initiativen der lettischen Regierung und der Europäischen Kommission eingebettet: Dem Plan zu langfristigen ökonomischen Strategien, dem nationalen Entwicklungsplan, dem nationalen Beschäftigungsplan; dem Memorandum für lebenslanges Lernen der europäischen Union.

“The common goal of the Concept of Education Development is ensure changes in the education system to promote the formation of a democratic and socially integrated society based on knowledge and the raising competitiveness of Latvian population and national economy, and simultaneously to preserve and develop cultural values typical of Latvia” (Latvia 2003, S. 1).

Der Entwicklungsplan zielt auf die Unterstützung und den Ausbau der Beschäftigungsfähigkeit der lettischen Bevölkerung, indem lebenslange Lernmöglichkeiten vor allem über die Schaffung einer Lerninfrastruktur gegeben werden:

- Entwicklung von flächendeckenden Erwachsenenbildungsprogrammen in Kooperation zwischen Arbeitgebern und dem Staat;
- Staatliche Unterstützung von Erwachsenenbildungseinrichtungen bei der Entwicklung von Erwachsenenbildungsprogrammen, mit besonderer Berücksichtigung von Angeboten für Erwerbslose;
- Entwicklung von Evaluationsrichtlinien;
- Entwicklung von Vorschlägen, wie sich die Arbeitgeber stärker an der Finanzierung von beruflicher Weiterbildung beteiligen könnten

(Latvia 2003, S. 2).

Die Aktivitäten stützen sich auf ein im Mai 1999 verabschiedetes nationales Erwachsenenbildungsgesetz. Dort wird neben dem Ausbau formaler Bildungsmöglichkeiten von Erwachsenen im beruflichen Bereich auch die Förderung informaler Bildungswege (also nicht zertifizierter) gefordert:

“Informal adult education programmes shall determine the contents of this education and its conformity with the interest of the state and employers and personality development; adults have the right to enrol in these programmes throughout their life regardless of their previous education” (Latvia 2003, S. 2).

Das Erwachsenenbildungsgesetz legt einen Schwerpunkt auf die Entwicklung und Unterstützung von beruflicher Aus- und Weiterbildung, wobei der Einbezug der Sozialpartner eine wichtige strategische Säule darstellt. Bildungsfreistellung

⁷ Die folgenden Ausführungen orientieren sich an dem Bericht der lettischen Regierung zur Umfrage der Europäischen Kommission: „Implementing Lifelong Learning Strategies in Europe: Progress Report on the Follow-Up to the 2002 Council Resolution.“ December 2003. (zitiert als „Latvia 2003“).

bei vollem Lohnausgleich in verschiedenen Varianten ist ebenfalls Bestandteil des Gesetzes.

Die Diskussion um Kompetenzen wird in Lettland in drei Richtungen geführt: erstens im Hinblick auf die Aneignung von Grundkompetenzen („basic skills“); zweitens im Sinn von „key competencies“ (Schlüsselkompetenzen), wie sie auch in Papieren der EU im Rahmen der Debatte um Lebenslanges Lernen gefordert werden; drittens als „civic competencies“, zu übersetzen etwa mit „bürgerlichen“ Kompetenzen.

Bei den Grundkompetenzen geht es zum einen um die Aneignung von Grundfertigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen für die erwachsene Bevölkerung. Allerdings ist der Begriff weiter gefasst als beispielsweise in Deutschland oder Österreich, wenn zu den „basic skills“ auch die Vermittlung von Fremdsprachenkenntnissen, Computerkenntnissen, sozialwissenschaftlichen Grundlagen und Psychologie gehören (Latvia 2003, S. 5).

Die „civic competencies“ werden von einer Gesellschaft Namens „Civitas International“ entwickelt. Hier geht es um die Aneignung von Kompetenzen, die im Rahmen der Demokratisierung des Landes als wichtig angesehen werden:

- Intellektuelle, kognitive Kompetenzen (intellectual, cognitive civic skills)
- Beteiligungskompetenzen (civic participation skills)
- politische Kompetenzen (civic features).

Die inhaltliche Beschreibung dieser Kompetenzen geht in die Richtung der Negt'schen Kompetenzen: Sie sollen vor allem die individuelle Handlungsfähigkeit

der Menschen in der Demokratie unterstützen. Dabei versteht man unter intellektuellen und kognitiven Kompetenzen Fähigkeiten in den Bereichen Problemanalyse und -lösung, Entscheidungsfindung und kreatives und konstruktives Denken. Sie bereiten die politische Handlungsfähigkeit (civic participation skills) vor, die unter Kooperationsfähigkeit, Organisationskenntnisse, Entscheidungsfähigkeit und Kenntnisse von Beteiligungsmöglichkeiten zu fassen sind. Die politischen Kompetenzen beziehen sich auf der kognitiven Ebene auf das Wissen um politische Zusammenhänge und damit auf eine Einschätzung von Handlungsoptionen und Eingreifmöglichkeiten; auf der Handlungsebene auf die individuelle Verantwortungsbereitschaft, lokal, national und global politisch zu handeln.

1.3.4 Österreich

Als vor dreißig Jahren Dieter Mertens seine „Thesen zur Schulung für eine moderne Gesellschaft“ (1974) erstmals veröffentlichte, erlebte das Thema der Schlüsselqualifikationen auch in Österreich einen unaufhaltsamen Aufstieg. Etwas zeitverzögert zur deutschen Diskussion erfuhr die Auseinandersetzung ihren Höhepunkt Anfang bis Mitte der 1990er Jahre. Den Hintergrund bildete zum einen die Zunahme der Arbeitslosigkeit und die sich daraus ergebenden verstärkten Weiterbildungs- und Umschulungsbemühungen. Dies stellte Österreich, das bis in die achtziger Jahre nur eine geringe Arbeitslosenrate aufwies, vor neue Herausforderungen. Es mussten Konzepte und Curricula für Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen entwickelt werden, um dem

konstatierten permanenten Wandel in der Arbeitswelt besser gerecht zu werden und um Arbeitslosen den Zugang zum Arbeitsmarkt wieder zu erschließen. Seither steht die schon von Mertens geforderte „Anpassungsflexibilität“ – nun in modernisierter Form als neoliberales Konstrukt des flexiblen Menschen gewendet – im Mittelpunkt bildungspolitischer Überlegungen.

Zum anderen fällt in diese Zeit eine Auseinandersetzung über die Modernisierung von Bildungsinhalten und deren Vermittlung, die ökonomisch motiviert war. Den Hintergrund bildete die Annahme einer hochgradigen „qualifikatorischen Unsicherheit“, d.h. eines schwer vorhersehbaren Qualifikationsbedarfes für die Zukunft, der nach Meinung von Arbeitsmarktexperten und Pädagogen durch allgemeinere, breitere und extrafunktionale Kompetenzen zu lösen sei. Im Zusammenhang mit dem konstatierten technologischen und arbeitsorganisatorischen Wandel wurden Qualifikationen eingefordert, die über die „bloße“ Facharbeit hinausreichen und soziale, personale und methodische Kompetenzen einschließen sollten. Durch sie sollte eine höhere, den aktuellen und künftigen Gegebenheiten entsprechende Form beruflicher Handlungsfähigkeit ausgebildet werden.

Die geschilderten Entwicklungen führten ähnlich wie in Deutschland dazu, dass das Konzept innerhalb eines Jahrzehnts alle Bildungsbereiche erfasste und dabei unterschiedliche Facetten ausbildete. Seinen Ausgangspunkt nahm es in der arbeitsmarktorientierten Weiterbildung und Umschulung, in der eine Vielzahl an Projekten zur Implementierung von Schlüsselqualifikationen durchgeführt

wurden. Heute sind die dabei entwickelten Module Bestandteil jeder Umschulungsmaßnahme. Angebote zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen gehören mittlerweile zum Standardrepertoire vieler Erwachsenenbildungsinstitutionen.

Im Unterschied zur wenig reglementierten Weiterbildung, die einen guten Boden für neue Vermittlungsformen und Projekte bot, fanden Überlegungen zu den Schlüsselqualifikationen im Bereich der hoch formalisierten beruflichen Erstausbildung (Lehrlingsausbildung im dualen System) nur zögerlich und in weit geringerem Ausmaß Eingang. Bekannt sind einige praxisorientierte Projekte in Unternehmen, die den Gedanken der Schlüsselqualifikationen in ihre praktische Ausbildung aufnahmen und versuchten, diesem über neue methodisch-didaktische Arrangements gerecht zu werden. Ein wichtiger Schritt zur Implementierung von Schlüsselqualifikationen erfolgte mit der Aufnahme des Konzeptes in die Verordnungen der seit Mitte der neunziger Jahre eingeführten neuen Lehrberufe.

Auch die Schulen übernahmen, ausgehend von Vorgaben der EU, wie sie beispielsweise im „Aktionsplan“ und im Weißbuch „Lehren und Lernen. Auf dem Weg zur kognitiven Gesellschaft“ gefordert wurden, Schlüsselqualifikationen als normative Lernzielvorgaben. Die Konzepte folgen kaum pädagogischen oder wissenschaftlichen Fragestellungen, vielmehr sollen sie ökonomischen Anforderungen genügen. „Implizit oder explizit wird (heute) von allen Schulformen gefordert, Schlüsselqualifikationen zu vermitteln, ohne jedoch einen klaren,

kohärenten Katalog zu haben“ (Svetcnik 2004, 4).

Im Bereich der politischen und allgemeinen Erwachsenenbildung wurden die gesellschaftlichen Kompetenzen von Oskar Negt rezipiert. Dazu fanden zu Beginn der neunziger Jahre im Bundesinstitut für Erwachsenenbildung in Strobl mehrere Symposien und Treffen statt, die zu einer vertieften Kooperation mit der Akademie für Arbeit und Politik in Bremen und zu dem hier vorgestellten Projekt führten. Es gab es immer wieder auch Stimmen, die sich kritisch zum Konzept und zur aktuellen Diskussion um die Schlüsselqualifikationen geäußert haben und vor allem den Verlust des anthropologisch-humanistischen und des emanzipatorischen Elementes beklagt haben (vgl. u.a. Gruber 1997, Ribolits 1995).

Letztlich hat sich mit den Schlüsselqualifikationen eine Art „pädagogischer Modebegriff“ herausgebildet, der beliebig interpretiert wird und der zum Ende der 1990er Jahre gewisse „Verschleißerscheinungen“ aufwies, was dazu führte, dass er langsam aber sicher vom Kompetenzbegriff abgelöst wurde. Auch hier deutet sich an, was bei der Schlüsselqualifikationsdebatte zu beobachten war: Eine substanziell inhaltliche Diskussion findet kaum statt, es überwiegen pragmatische und normative Zugänge, die sich auf das Vermittlungsproblem konzentrieren und die ganz im neoliberalen Sinne einer Totalverzweckung des Menschen die letzten persönlichen Ressourcen, inneren Dispositionen und Verfasstheiten des Subjekts als Arbeitsvermögen definieren und nutzen wollen. So entsteht der Eindruck eines „Etikettenwechsels“: Aus Qualifikationen

werden Kompetenzen, aus Qualifizierung Kompetenzentwicklung. Was bleibt ist der Verzicht auf anthropologisch-humanistische und bildungstheoretisch-emanzipatorische Anteile, die jedoch dringender denn je benötigt würden.

1.3.5 Polen

In ähnlicher Weise wie in Lettland wurde Bildung und der Zugang zu Bildung in Polen nach der Gründung der Republik Polen ein wichtiges politisches und gesellschaftliches Ziel, das die Demokratisierung des Landes und die Öffnung in Richtung Westen unterstützen sollte.⁸ Der organisatorische und strukturelle Ausbau einer Infrastruktur für Lebenslanges Lernen wird mit dem „National Development Plan 2004 - 2006“ der Regierung ebenso gefördert wie in dem interministeriellen Papier „The Strategy for the Development of continuing education till the year 2010 in the Context of Lifelong Learning.“ (Poland 2003, 1).

Die Bildungspolitik der polnischen Regierung mit Bezug auf das lebenslange Lernen scheint sich, ebenso wie in den anderen europäischen Staaten – zumindest zeigt sich dies bei den im Projekt vertretenen – mit einem eher instrumentellen Begriff des lebenslangen Lernens auf den Aspekt der Beschäftigungsfähigkeit zu beziehen. Der Bericht

⁸ Die folgenden Ausführungen orientieren sich an dem Bericht der polnischen Regierung zur Umfrage der Europäischen Kommission: „Implementing Lifelong Learning Strategies in Europe: Progress Report on the Follow-Up to the 2002 Council Resolution.“ December 2003. (zitiert als „Poland 2003“) und beziehen sich auf ein unveröffentlichtes Manuskript von Hanna Solarczyk (Universität Torn) zu „Kompetenzen in der polnischen Pädagogik“ vom 8.9.2004.

zur Implementierung von Strategien zum Lebenslangen Lernen zeigt deutliche Schwerpunkte: der Zugang zu schulischer Bildung und Ausbildung soll allen Kindern und Jugendlichen eröffnet werden, unabhängig von ihrer Herkunft. Jugendliche nach Abschluss der Schule sowie Erwachsene sollen über Weiterbildungsmöglichkeiten Partizipationschancen eröffnet werden. Gesetze zu Bildung und höherer Bildung sowie Arbeits- und Beschäftigungsgesetze regeln die institutionelle und organisatorische Reform des Bildungswesens. Danach sollen die verschiedensten Formen schulischer, nachschulischer, formeller und nicht-formaler Bildungswege ausgebaut und anerkannt werden, um das lebenslange Lernen aller zu unterstützen (Poland 2003, S. 2).

Mit Hilfe des europäischen Sozialfonds wird von 2004 bis 2006 ein landesweites Programm, „Development of Human Resources“, mit dem Ziel durchgeführt, erstens ein aktive Arbeitsmarktpolitik durchzusetzen und damit die soziale Integration von Zielgruppen zu fördern, die besonders von sozialer Exklusion bedroht oder betroffen sind. Zweitens unterstützt das Programm die Entwicklung Polens in eine „Wissensgesellschaft“ (Poland 2003, S. 12).

„Kompetenzen“ werden in der polnischen Pädagogik seit Ende der 1980er Jahre diskutiert. Ursprünglich wurde der Begriff unter Rückgriff auf Ansätze des amerikanischen Didaktikers R. Glaser lerntheoretisch adaptiert: Lernen wird in diesem Zusammenhang als „Kompetenzergreifen“ der Schüler verstanden. Das heißt, die pädagogische Diagnostik sollte zukünftig notwendige Kompetenzen von Schülern bestimmen; den Stand

ihrer Kompetenzen erfassen und den Stand des Lernprozesses evaluieren (Solarczyk 2004, S. 1).

Ab 1996 wurde der Begriff Kompetenz in der polnischen erziehungswissenschaftlichen Literatur rezipiert, im Kontext der tiefgreifenden strukturellen Bildungsreform im Jahr 1999 wurde die Frage der Kompetenzen intensiv diskutiert.

Es gibt viele Definitionen von Kompetenzen, der Begriff wird in folgenden Konstellationen betrachtet:

- Kompetenzen und Handlung
- Kompetenzen und Wissensergreifen
- Kompetenzen und Lehrziele
- Kompetenzen und Qualifikationen

Er steht zudem im Zusammenhang mit Begriffen wie Sozialisation, Erziehung, Subjektivität, Partnerschaft, Selbstverwirklichung und Selbsterziehung. Kompetenzen werden als Fähigkeit verstanden, Elemente von Wirklichkeit zu erkennen und Zusammenhänge zwischen diesen Elementen zu sehen und zu bewerten, um sie in Handlung zu überführen.

Gesellschaftliche Kompetenzen, die in Teilen inhaltlich mit den von Negt vorgelegten Kompetenzen übereinstimmen, wurden in der polnischen Pädagogik seit der Wende diskutiert. Sie wurden zum einen in einem engen Zusammenhang mit Sozialisation gesehen: Sozialisation hat das Ziel, Kompetenzen zu vermitteln, die zu einer aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen Leben befähigen. Dabei ist die Entwicklung von Handlungsfähigkeit im politischen und gesellschaftlichen Kontext die eine Seite; die andere unterstützt die Entwicklung der

personalen Identität. Die Erwachsenenbildung diskutierte Kompetenzen seit Beginn der 1990er Jahre unter dem Stichwort „Bildungskompetenzen“. Darunter werden vorrangig drei Perspektiven verstanden:

- Kompetenzen Erwachsener als statistische Messgröße als Grundlage für die Entwicklung bildungspolitischer Maßnahmen;
- Bildungskompetenzen als die Grundlage einer nationalen Bildungsdoktrin;
- Bildungskompetenzen als Instrument zur Anpassung an kulturelle und zivilisatorische Herausforderungen (Solarczyk 2004, S. 3).

Bildungskompetenz wird als subjektorientierte Kategorie verstanden, die sich vor allem auf die Entwicklungsmöglichkeiten des Individuums bezieht.

Im Gegensatz zu diesem bildungstheoretisch begründeten Verständnis von Kompetenzen werden in Polen sowohl für die Schule als auch für die berufliche Weiterbildung Konzepte instrumentell verwertbarer Schlüsselqualifikationen

diskutiert. Neben Schlüsselqualifikationen spricht man auch von Schlüsselfähigkeiten, Schlüsselkompetenzen, Grundfähigkeiten, universellen Fähigkeiten. Dabei scheint die inhaltliche Ausgestaltung des Begriffs Schlüsselqualifikation ebenso beliebig und unspezifisch zu sein wie in Deutschland oder in Österreich. In Bezug auf die Schule existieren Kompetenzzuschreibungen sowohl für Schüler als auch für Lehrer; letztlich lassen sie sich auf die bekannten Faktoren fachliche und methodische Kenntnisse sowie soziale und personale Kompetenzen reduzieren. In der beruflichen Weiterbildung werden einerseits fachliche Kenntnisse und Fertigkeiten als Schlüsselqualifikationen definiert, andererseits außerfachliche Kompetenzen beschrieben, die der Beschäftigungsfähigkeit dienen sollen: Mobilität, Flexibilität, Kreativität, Teamfähigkeit usw. (Solarczyk 2004, S. 4).

1.4 LITERATUR

- Arnold**, Rolf. „Was (v)erschließen die Schlüsselqualifikationen. Zu den bildungstheoretischen Defiziten eines neuen (?) Bildungskonzepts.“ *Literatur- und Forschungsreport Weiterbildung* 22. Dezember 1988. S. 85 - 88.
- Brock**, Adolf. „Soziologische Phantasie, exemplarisches Lernen. Arbeit – Kompetenzen – Perspektiven. Zu Oskar Negts Grundpositionen zur Arbeiterbildung und politischen Bildung.“ In: W. Lenk u.a. (Hg.). *Kritische Theorie und politischer Eingriff. Oskar Negt zum 65. Geburtstag*. Hannover: Offizin 1999. S. 461 – 473.
- Cort**, Pia. „Das Berufsbildungssystem in Dänemark.“ CEDEFOP. Luxemburg 2002.
- European Commission**. Implementing Lifelong Learning Strategies in Europe: Progress Report on the Follow-Up to the 2002 Council Resolution. December 2003 (Denmark, Latvia, Poland). [Stand: 12.9.2004]: URL:http://europa.eu.int/comm/education/policies/2010/III_en.html#national_reports
- Faulstich**, Peter. „Verteidigung von „Bildung“ gegen die Gebildeten unter ihren Verächtern.“ *Literatur- und Forschungsreport Weiterbildung* 49. Juni 2002. S. 15 – 25.
- Faulstich**, Peter und Christine **Zeuner**. *Erwachsenenbildung. Eine handlungsorientierte Einführung in Theorie, Didaktik und Adressaten*. Basistexte Erziehungswissenschaft. Weinheim: Juventa Verlag 1999.
- Franz**, Hans-Werner. „Berufsbildungsreform für lebenslanges Lernen in Spanien, Frankreich und Dänemark.“ In: Dobischat, Rolf; Seifert, Hartmut (Hg.). *Lernzeiten neu organisieren. Lebenslanges Lernen durch Integration von Bildung und Arbeit*. Berlin: edition sigma, 2001. S. 245-271.
- Freundlinger**, Alfred. *Schlüsselqualifikationen – Der Interaktionsorientierte Ansatz*. Wien: Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft 1992.
- Geißler**, Karlheinz A. und Frank Orthey. „Kompetenz: ein Begriff für das verwertbare Ungefähre.“ *Literatur- und Forschungsreport Weiterbildung* 49. Juni 2002. S. 69 – 79.
- Gonon**, Philip. (Hg.). *Schlüsselqualifikationen kontrovers*. Aarau: Verlag Sauerländer 1996.
- Gruber**, Elke. Bildung zur Brauchbarkeit? Berufliche Bildung zwischen Anpassung und Emanzipation. Eine sozialhistorische Studie. München ²1997.
- Gruber**, Elke. „Schlüsselqualifikationen: Nur ein schillernder Begriff oder mehr?“ *Grundlagen der Weiterbildung Zeitschrift* 7(1996/1). S. 32 – 36.
- Jank**, Werner und Hilbert Meyer. *Didaktische Modelle*. Berlin: Cornelsen 1994³
- Kaiser**, Armin. *Grundlagen der Weiterbildung: Schlüsselqualifikationen in der Arbeitnehmerweiterbildung*. Gutachten erstellt im Auftrag der Landesarbeitsgemeinschaft für katholische Erwachsenenbildung in NW e. V. Neuwied: Luchterhand 1992.
- Klafki**, Wolfgang. *Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik*. Weinheim: Beltz 1985.
- Lisop**, Ingrid. „Schlüsselqualifikationen – Zukunftsbewältigung ohne Sinn und Verstand.“ *Literatur- und Forschungsreport Weiterbildung* 26. Dezember 1990. S. 78 – 83.
- Mertens**, Dieter. „Schlüsselqualifikationen. Thesen zur Schulung für eine moderne Gesellschaft.“ *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 7 (1974). S. 36 – 43.
- Mertens**, Dieter. „Das Konzept der Schlüsselqualifikationen als Flexibilitätsinstrument.“ *Literatur- und Forschungsreport Weiterbildung* 26. Dezember 1990. S. 33 – 46.
- Negt**, Oskar. *Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen. Zur Theorie und Praxis der Arbeiterbildung*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt 1975⁶.
- Negt**, Oskar. „Marxismus und Arbeiterbildung - Kritische Anmerkungen zu meinen Kritikern.“ In: A. Brock, H. Müller und O. Negt (Hg.). *Arbeiterbildung. Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen in Theorie, Kritik und Praxis*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag 1978. S. 43 – 86.

- Negt**, Oskar. „Phantasie, Arbeit, Lernen und Erfahrung – Zur Differenzierung und Erweiterung der Konzeption ‚Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen‘.“ [1986] In: *Arbeit und Politik. Mitteilungsblätter der Akademie für Arbeit und Politik an der Universität Bremen*. 4/5 (1991/92 Nr. 8 - 10). S. 32 – 44. [Abschrift der Tonbandaufzeichnung eines Referats, das Oskar Negt auf dem internationalen Symposium „Arbeit und Bildung – Emanzipation durch Lernen und Phantasie“ im 1986 in Linz, Österreich, gehalten hat].
- Negt**, Oskar. „Überlegungen zur Kategorie „Zusammenhang“ als einer gesellschaftlichen Schlüsselqualifikation.“ *Literatur- und Forschungsreport Weiterbildung* 26. Dezember 1990. S. 11-19.
- Negt**, Oskar. „Wir brauchen eine zweite, gesamtdeutsche Bildungsreform.“ *Gewerkschaftliche Monatshefte* (1993/11), S. 657-668.
- Negt**, Oskar. „Lernen in einer Welt gesellschaftlicher Umbrüche.“ In: H. Dieckmann, B. Schachtsiek (Hg.). *Lernkonzepte im Wandel. Die Zukunft der Bildung*. Stuttgart: Klett-Cotta 1998. S. 21-44.
- Nielsen**, Birger. „Exemplarisches Lernen.“ In: W. Lenk u.a. (Hg.). *Kritische Theorie und politischer Eingriff. Oskar Negt zum 65. Geburtstag*. Hannover: Offizin 1999. S. 474-481.
- Paier**, Dietmar. „Zur Förderung von Schlüsselqualifikationen in der beruflichen Erwachsenenbildung.“ In: Schulungszentrum Fohnsdorf Bibiane Puhl (Hg.): *Ganzheitliche Kompetenzentwicklung – Lernen von Menschen und Systemen*. München 2001. S. 32-54.
- Ribolits**, Erich. *Die Arbeit hoch? Berufspädagogische Streitschrift wider die Totalverzweckung des Menschen im Post-Fordismus*. München 1995.
- Solarczyk**, Hanna. „Kompetenzen in der polnischen Pädagogik.“ Unveröffentlichtes Manuskript. Universität Torn. 8.9.2004.
- Svetcnik**, Erich. „Wie definiert man Schlüsselqualifikationen?“ In: *POLY Aktiv. Das Magazin zur Förderung der PTS*. Jänner 2004, S. 4-5.
- Wahse**, Anne-Katherina. „Das Problem der Schlüsselqualifikationen - Zur Konjunktur eines Begriffs.“ *Hessische Blätter für Volksbildung* 46 (1996/3), S. 217 - 224.
- Weinberg**, Johannes. „Kompetenzerwerb in der Erwachsenenbildung.“ *Hessische Blätter für Volksbildung* 46 (1996/3). S. 209-216.
- Zeuner**, Christine. „Entwicklung ‚zukunftsfähiger Kompetenzen‘.“ *Hessische Blätter für Volksbildung* 54 (2004/2). S. 154 - 163.

II ÖKONOMISCHE KOMPETENZ

2.1 ÖKONOMISCHE KOMPETENZ - SEHEN

2.1.1 “Ökonomische Kompetenz” – was könnte das sein?

Überlegen Sie zuerst einmal, was Sie für Vorstellungen mit dem Begriff „ökonomische Kompetenz“ verbinden und welche Erwartungen Sie haben, wenn Sie eine solche Kompetenz erwerben wollen. Was verstehen Sie darunter? Welchen Nutzen könnte diese Kenntnis für Sie haben?

Als Anregung für Ihre Überlegungen finden Sie hier einen Ausschnitt aus einem politischen Kommentar der Frankfurter Rundschau vom 4. August 2005.

Es ging uns bei der Auswahl dieses Textes weniger um den aktuellen politischen Bezug – der Wahlkampf für die Bundestagswahl im September 2005 hatte begonnen – und auch nicht um eine ausschließlich auf Deutschland bezogene Darstellung der Wirtschaft, selbst wenn dies auf den ersten Blick so scheint. Vielmehr wollen wir mit diesem Einstiegstext beispielhaft zeigen, wie vielfältig sich wirtschaftliche Entwicklungen darstellen lassen; dass sich „die Wirtschaft“ je nach politischer, sozialer oder ökonomischer Perspektive des Betrachters unterschiedlich darstellt. Dass Personen – Politiker, Wirtschaftsfachleute, aber auch „normale Menschen“ – die Wirtschaft und ihre Vor- und Nachteile, ihre Stärken und Schwächen, ihre Aufgaben und Möglichkeiten

häufig entsprechend ihren eigenen Interessen aus dem eigenem Blickwinkel interpretieren.

Dies hat zur Folge, dass wir, vermittelt über Medien (Fernsehen, Radio, Zeitungen und Zeitschriften, das Internet) ein sehr heterogenes, also uneinheitliches Bild der Wirtschaft, des wirtschaftlichen Zustandes unseres Landes, der wirtschaftlichen Zusammenhänge, der Zielsetzung der Wirtschaftspolitik und möglicher Problemlösungsansätze zur Überwindung wirtschaftlicher Schwierigkeiten gezeigt bekommen. Daraus ergeben sich für einen kritischen Geist mögliche Fragen:

Welche der öffentlich vermittelten Darstellungen ist richtig? Ist den vorgetragenen Meinungen und Einschätzungen zu trauen? Wie ist die Richtigkeit, der „Wahrheitsgehalt“ von Aussagen nachprüfbar? Wie können sich unsere Leserinnen und Leser eine eigene Meinung über die wirtschaftliche Entwicklung, die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge bilden und auf welchen Fakten kann diese beruhen?

Bevor wir uns diesen Fragen genauer zuwenden, hier zunächst ein Ausschnitt des Kommentars von Wolfgang Storz:

[...] Es gibt nur noch wenige, die Deutschlands Lage schönreden, die großen Probleme ignorieren: die Schulden des Staates, die alternde Gesellschaft, die teilweise starren Regeln des Arbeitsmarktes, die Insolvenzen. Aber es gibt viele, die Deutschlands Lage dramatisieren und skandalisieren. Die Wirtschaftseliten und ihre konservativen und medialen Gefolgschaften sind fast komplett dabei. Fahrlässig ist das zu nennen, weil sie systematisch nur einseitig Probleme (Staatsschulden) benennen, andere (mehr private Armut) bewusst verschweigen; weil sie bestimmte Probleme (Lohnhöhe) dramatisieren, andere (öffentliche Armut) verharmlosen; weil sie nur Probleme (Wettbewerbsfähigkeit) benennen, das Positive (sinkende Lohnstückkosten*)⁹ verschweigen oder kleinreden. So reden die Wirtschaftseliten Deutschlands und deren Politik bereits seit einigen Jahren herunter. Vermutlich, um anschließend alles noch billiger zu haben: noch geringere Löhne, noch weniger Steuern, noch mehr Subventionen für Investitionen, noch weniger Sozialstaat. Dieses Herunterreden ist verbunden mit einer ausgeprägten Anspruchshaltung: liefert mal, wir schauen dann, ob wir investieren. [...]

Die Schulden des Staates sind unverantwortlich hoch. Mit dieser wachsenden Armut des Staates ist jedoch der private Reichtum enorm gewachsen, auch weil er überdurchschnittlich die Wohlhabenden und die Wirtschaft entlastet hat. Das heißt, dieses Land ist unverändert reich.

Es ist richtig: Wir müssen uns anstrengen, wettbewerbsfähig zu bleiben und in Teilen zu werden. Zugleich gilt: Deutschland ist Exportweltmeister. Es ist richtig, dass die Steuern und Abgaben in diesem Land viel höher sind als in anderen. Dieser Staat bietet aber zugleich mehr als andere: qualifizierte Arbeitskräfte, Rechtssicherheit, eine sehr leistungsfähige Infrastruktur. Es ist richtig, es gibt noch zu starre Regeln auf dem Arbeitsmarkt. Es stimmt aber auch, dass viele Arbeitnehmer sehr flexibel arbeiten und leben müssen, dass die Lohnstückkosten ständig sinken, dass der Krankenstand auf einem historischen Tiefstand, dass Ostdeutschland praktisch eine tarifvertragsfreie Zone* ist.

Es ist richtig, dass vor allem viele Mittelständler nur geringe Gewinne machen, es stimmt auch, dass der Wert deutscher Aktien seit Jahresanfang enorm gestiegen ist und angelsächsische Investoren sich in Deutschland nicht satt kaufen können, so sind sie von der Profitabilität des Landes angetan.

Glaubwürdig und kompetent ist nur der, der beide Seiten sieht und abwägt. Nicht der, der jenen Teil der Wirklichkeit leugnet, der ihm unliebsam ist, der nur schwarz oder weiß sieht. ...

Quelle: Wolfgang Storz. „Die Panikmacher“. *Frankfurter Rundschau* Nr. 179, 4. August 2005. S.3

➤ **Lesen Sie den Text zunächst durch. (Anmerkung: Dazu können Sie auch im Kapitel „Lernen zu lernen“ den Abschnitt zur Arbeit mit Texten (4.6) ansehen).**

➤ **Markieren Sie im Text Aussagen über die wirtschaftliche Situation. Diskutieren Sie den Text in Lern- und Arbeitsgruppe und überlegen Sie, welche Widersprüche der Autor benennt. Welche verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen werden berücksichtigt? Über welche Bereiche des Wirtschaftssystems wird gesprochen?**

Vergleichen Sie, ob sich die folgenden Faktoren der ökonomischen Kompetenz in Ihren Diskussions- und Arbeitsergebnissen widerspiegeln und zur Fortführung der Diskussion und zur vertieften Auseinandersetzung anregen:

⁹ Die mit * gekennzeichneten Begriffe werden im Glossar in Kapitel VI erklärt.

Ökonomische Kompetenz

Ökonomische Kompetenz zielt auf das Verstehen der wirtschaftlichen Zusammenhänge, die Grundlagen und Formen der Wirtschaft, ihre Differenzierungen und Wirkungen.

Es geht **erstens** um Fragen des Kapitals, die Verfügung über die Produktionsmittel* und damit über die Arbeitsplätze, die Verteilung der erwirtschafteten Güter und die Partizipationsmöglichkeiten* der Arbeitnehmer/innen.

Zweitens um die Rolle der Märkte, des Produktivkapitals, des Finanzkapitals und der Arbeitsmärkte.

Drittens um internationale Wirtschaftsverflechtungen, Weltmarktkonkurrenz (Globalisierung) und die Rolle der Staaten und der internationalen Wirtschaftsorganisationen.

Viertens geht es um Fragen des Erkennens von subjektiven Interessen und Bedürfnissen und objektiven gesellschaftlichen Widersprüchen. Dem Benennen dieser Tatsachen und Widersprüche können Überlegungen folgen, wie diese durch demokratische Alternativen und Strategien aufgehoben oder überwunden werden können.

- **Vergleichen Sie nun unsere Definition mit Ihren eigenen Ergebnissen. Lesen Sie den Text noch einmal mit dem Ziel, Beispiele für die in der Definition genannten Faktoren zu benennen. Diskutieren Sie in einem weiteren Schritt, welche entsprechenden Beispiele Ihnen für Ihr eigenes Land einfallen.**
- **Zur Verdeutlichung Ihrer Gedanken könnten Sie auch ein Mindmap zur Wirtschaft erstellen, dass Sie im Laufe der Beschäftigung mit den folgenden Texten erweitern können. (Vgl. im Kapitel „Lernen zu lernen“ den Abschnitt zum „Mind-mapping“ 4.6.3.3).**

Als nächste Arbeitsaufgabe schlagen wir Ihnen vor, sich mit dem Handelsunternehmen „ALDI“ („Albrecht-Discount“, Schwerpunkt Lebensmittel des täglichen

Bedarfs) als exemplarischem Beispiel zu beschäftigen (vgl. zum Zweck und zur Auswahl exemplarischer Fallbeispiele unsere Erläuterung in der Einleitung unter Kap. 1.1.1). Dieses ergänzt den Aspekt „Sehen“ als eine weitere Grundlage für die Erarbeitung der ökonomischen Kompetenz.

➤ **Wenn die Gruppe Zeit zu Materialbeschaffung und zu eigenen Forschung hat kann auch ein anderes Beispiel/Thema gewählt werden: z. B. ein Autokonzern, ein Stahlunternehmen, ein Versicherungsunternehmen usw.**

2.1.2 Einstieg: Fallbeispiel ALDI

Als ökonomisches Exempel, das uns den Einstieg in die wirtschaftliche Zusammenhänge und wirtschaftliches Denken ermöglichen soll, haben wir den „Fall“ ALDI gewählt.

Wir gehen davon aus, dass der alltäglichen Erfahrung zunächst die Oberfläche des Wirtschaftsgeschehens zugänglich ist: Da wo wir Geld verdienen bzw. beziehen und es ausgeben bzw. sparen.

Dies ist nur ein Ausschnitt aus den zahllosen Märkten, die die Marktwirtschaft* bilden. Wir befinden uns auf dem Arbeitsmarkt (oder nicht), kaufen und konsumieren Güter und Dienstleistungen, die uns der Einzelhandel (einschließlich Tankstellen, Gasthäuser usw.) anbietet, gehen zum Bankschalter oder zum Geldautomaten. Anschauliche Märkte stehen uns auf dem Wochenmarkt oder einem Flohmarkt vor Augen.

Im Folgenden halten wir uns an einen „Supermarkt“. Wir schlagen vor, den

Einzelhandelskonzern ALDI genauer anzusehen. Warum ausgerechnet ALDI?

Wer von uns war noch nicht bei ALDI? Die Preise sind niedrig und die Qualität ist in der Regel überraschend gut. Dort sollen sogar annehmbare Löhne gezahlt werden. Das Betriebsklima ist wettbewerbig. Gewerkschaftlich Organisierte sollen dort extrem selten sein und selbst das auch nur kurzzeitig. Und das ganze Ding ist geheimnisvoll oder so geheim wie nur irgend möglich. Die Gebrüder Albrecht, Karl und Theo, sind mittlerweile unter den zehn Reichsten der Welt gelandet und dort mit der Wal-Mart-Familie aus der gleichen Branche und Bill Gates in guter Gesellschaft. Die Brüder sind nach wie vor grundsolide und sparsam geblieben. Den Lichtschalter bedienen die Herren noch gern selbst, zum Ausknipsen versteht sich. Das war schon immer so. 1971 wurde Theo entführt und gegen ein hohes Lösegeld wieder freigelassen. Böse Zungen behaupten, dass sich die Entführung so lange hingezogen habe, weil man eben lange über einen Nachlass des Lösegelds habe verhandeln müssen. – Doch Erfolg ist Erfolg. Das zählt doch letztendlich und nichts anderes!(?) Wie aber kommt der Erfolg zustande, der doch schließlich auch zum Teil an die Kundschaft weitergeleitet wurde?

Zur Organisation des Handelshauses ALDI

ALDI ist heute der größte Lebensmittel-discounter Deutschlands und Europas. Gegründet wurde der erste Laden im Jahre 1948 in Essen. Damals war die Ähnlichkeit zwischen den Konsumläden und ALDI noch unübersehbar. 1955 hatten die Brüder bereits hundert Nie-

derlassungen. 1960 wurde das Unternehmen zerlegt in ALDI Nord und ALDI Süd, die formal von je einem der Brüder geführt wurden. Die Geschäftsfelder unterscheiden sich nicht. In den siebziger Jahren wird die Grenze überschritten: 1976 wird in den USA die erste Niederlassung gegründet. 1990 öffnet die erste Niederlassung in Großbritannien, 2001 die erste in Australien. 2004 fragt die Business Week, European Edition, auf ihrer Titelseite, ob ALDI wohl der nächste Wal-Mart, der größte Discounter weltweit, werden könne.

Die „ALDI-Prinzipien“ sind in jedem Laden über den Kassen ausgehängt und im Internet nachzulesen. Wie schon erwähnt, wurde das Konzept 1953 von Karl Albrecht erstmals vorgetragen. Danach wurde es 1975 noch einmal veröffentlicht und seitdem hat sich daran – nach Aussage von Dieter Brandes – „fast nichts geändert“ (Brandes 2003, S.13).

Herr Brandes ist ein wichtiger Gewährsmann für Insider-Informationen über ALDI. Langjähriger Geschäftsführer und Mitglied des Verwaltungsrates bei ALDI hat er nach seinem Ausscheiden zwei Bücher veröffentlicht, deren Titel „alles“ sagen (bzw. versprechen): „Konsequent einfach - Die ALDI-Erfolgsstory“ (1. Auflage 1999). Nochmals konzentriert und aktualisiert erschienen seine Darlegungen 2003 unter dem Titel „Die 11 Geheimnisse des ALDI-Erfolgs“.

➤ **Zur Vertiefung können Sie die Kommentierung von Gerhard Leithäuser zu den „Aldi-Geheimnissen“ unter 3.1.2 lesen.**

ALDI ist ein „Familienbetrieb“, was für Unternehmen dieser Größe nicht typisch ist. Die Eigentums- und Machtverhältnisse sind hier vergleichsweise durchsichtig. Man kann sich am Beispiel dieser Firma verdeutlichen, wie die Struktur aller Unternehmen des Kaufmanns- und Industriekapitals ursprünglich einmal ausgesehen hat. Die Unternehmensgruppe hat die Form einer Familienstiftung. Dadurch ist das Interesse der Familienangehörigen gewahrt und eine mögliche Zerlegung des Unternehmens infolge von Familienstreitigkeiten und Erbschaftsauseinandersetzungen ausgeschlossen. ALDI bleibt ALDI.

„Die Gesellschaftsstruktur von ALDI ist keineswegs, wie vielfach behauptet wurde, undurchsichtig“, schreibt D. Brandes, „ALDI hat eine übersichtliche Gesellschaftsstruktur, die nur (!) durch die vielen Einzelgesellschaften kompliziert erscheint“ (Brandes 2001, S. 28ff; 2003, S.20).

Die einzelnen Filialen, jeweils 60 bis 80 Läden, gehören zu solchen regionalen „Einzelgesellschaften“ (ALDI Nord: 36, ALDI Süd: 30 Gesellschaften). Wird die Zahl der Läden vermehrt, wächst die Entfernung zu dem nächsten Lager und dessen Größe, wird eine neue Gesellschaft „abgespalten“, die wiederum über ein eigenes Rechnungswesen, Bilanzstellung usw. verfügt. Aufgrund der Firmenkonstruktion aus Einzelgesellschaften „mit völliger operativer Selbständigkeit“ (Brandes 2001, S.131) unterlag ALDI bis 2001 nicht der sogenannten „Publizitätspflicht“, das heißt: die Firmen mussten bis dahin (ebenso: C&A und IKEA) keine Bilanzen veröffentlichen.

Ist demnach ALDI so etwas wie eine Summe „selbstverwalteter“ Betriebe?

Keineswegs! Es gibt eine „Klammer“ aller dieser Einzelgesellschaften, nämlich der „Verwaltungsrat“, der „formal“ in einer jeden die oberste Entscheidungsinstanz darstellt und sich zusammensetzt aus – wiederum – „formal völlig unabhängigen freiberuflichen Managern, die zuvor erfolgreich als Geschäftsführer einer ALDI-Gesellschaft tätig waren“ (Brandes 2001, S. 171), wozu bei ALDI Nord auch die beiden Söhne von Theo Albrecht gehören. Der Verwaltungsrat fungiert als Aufsichtsrat bei jeder der einzelnen Gesellschaften, es gibt also keine eigentliche Dachgesellschaft, „die andere Gesellschaften beherrscht, und somit ein Konzern konstruiert werden könnte, mit allen Konsequenzen wie Mitbestimmung* und Veröffentlichungspflichten“ (Brandes 2001, S. 29).

Neben den Einzelhandelsbetrieben gehören zur ALDI-Unternehmensgruppe zwei Kaffeeröstereien, eine Immobilienverwaltung (GbR), eine Grundstücksvermietungs- und -verwaltungs-GmbH und eine Versicherungsvermittlungsgesellschaft.

Beschäftigte bei ALDI

Die Zahl der Beschäftigten bei ALDI ist in den letzten Jahren ständig gestiegen: von 100.000 in 2001, 115.000 in 2002 auf 130.000 in 2003. Ebenso stieg die Umsatzleistung pro Mitarbeiter in kurzer Zeit von 150.000 DM auf 100.000 Euro, während der Anteil der Personalkosten der Läden am Umsatz von 3,0% auf 2,8%, der Anteil der Personalkosten für Verwaltung, Logistik Management von 2,5% auf 1,8% zurückging (Brandes 2001, S. 32; 2003, S. 22).

➤ **Zur weiteren Information können unter 3.1.3 einen Text zum Verdienst der Aldi Mitarbeiter(innen) lesen.**

Hat der Erfolg von ALDI etwas damit zu tun, dass die Arbeitskräfte in den Läden wenig verdienen? Die Arbeitsbedingungen sind offen sichtbar: die „Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ der Brüder Albrecht haben komplexe Tätigkeiten zu verrichten: dieselben Personen, vorwiegend Frauen, entpacken die Waren, füllen die Regale, sprechen (kurz) mit der Kundschaft, sitzen an der Kasse.

ALDIs Sonderstellung

Das Kernsortiment von ALDI umfasst lediglich zwischen 500 und 700 Basisartikel (früher noch weniger) zum täglichen Gebrauch, ein Bruchteil dessen, was in anderen Supermärkten in den Regalen zu finden ist. Dazu kommen vierzehntägig wechselnde Angebote von jeweils etwa 20 Aktionsartikeln (der Non-Food-Bereich ist in den letzten Jahren stark ausgedehnt worden). Im Lebensmittelbereich vertreibt ALDI Eigenmarken aber auch Produkte von Markenherstellern. Die auf den Packungen ausgewiesenen Lieferanten firmieren meist unter Fantasienamen, sogenannten Handelsmarken. Viele Leute machen sich inzwischen ein Hobby daraus, die wirklichen Produzenten herauszufinden und publizieren ihre Ergebnisse im Internet. Ein Bestseller wurde das einschlägige Buch von Martina Schneider: „Welche Marke steckt dahinter? No-Name-Produkte und ihre namhaften Hersteller“. Mit solchen Produkten konkurrieren diese Firmen gewissermaßen mit ihren eigenen Markenartikeln!

ALDI verkauft Lebensmittel und Gebrauchsgüter. Auf diesem Markt gibt es etliche Konkurrenten, sogenannte „Mitbewerber“, von denen Sie sicher einige kennen. Es sind u.a. die Firmen Edeka, Kaiser's, Karstadt/Hertie, Kaufring, Lidl, Netto (Spar), Metro, Norma, Rewe (Penny), Schlecker, Tengelmann (Plus) und weitere.

Der Marktanteil von ALDI, schreibt Brandes, „wird mit 13% weit unterschätzt“. Er schätzt den Anteil am relevanten Lebensmittelmarkt auf 22%, an „wirklich vergleichbaren Warengruppen“ auf 33%. Zusammenfassend sagt er: „jede Dritte D-Mark, bezogen auf ein vergleichbares Sortiment, bringt der Lebensmittelkonsument zu ALDI“. Für den Marktanteil bei Fruchtsäften gibt er 51%, bei Personalcomputern 10% an (Brandes 2001, S. 39 ff; 2003, S. 25).

➤ **Zur Strategie des Wareneinkaufs bei Aldi finden Sie Informationen unter 3.1.1.**

250 Milliarden Euro werden jährlich im deutschen Lebensmitteldiscount-Geschäft ausgegeben, die sich auf über 12.000 Billigläden verteilen – etwa ein Drittel davon (4.100 Filialen) besitzt ALDI (die Zahl hat sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt); sein Umsatz betrug 2003 30,5 Milliarden Euro (Liedke 2004, S. 19f). Der jährliche Gewinn wird auf 3,8% des Umsatzes geschätzt – etwa 1 Milliarde Euro (vor Steuern) (Brandes 2003, S. 23). Kein Wunder, dass sich das geschätzte Vermögen der Albrecht Brüder innerhalb eines Jahrzehnts verfünffacht hat (STERN 49/ 2002, S. 43).

ALDI ist, gemessen am Umsatz, das viertgrößte deutsche Handelsunterneh-

men (nach der Metro-, Rewe und der Edeka-Gruppe), gefolgt von der Schwarz-Gruppe (Lidl, Kaufland).

➤ **Die neuesten „Rankings“ (Rangfolgen) mit genauen Angaben finden Sie auf der Homepage der „Lebensmittelzeitung“.**

Was die Beschäftigtenzahl betrifft, so liegt die Edeka-Gruppe (nach Zahlen von 2001) mit 200.000 Mitarbeiter(innen) an der Spitze. Während diese 32,8 Millionen Euro umsetzte, kam ALDI auf 27,3 Millionen – allerdings bei einer Beschäftigtenzahl von „nur“ 36.000 Personen (Deutschland in Zahlen 2003, S.53).

Das Erfolgsrezept von ALDI wurde inzwischen von einigen „Mitbewerbern“ übernommen. „Die Aldisierung der Gesellschaft wird sich fortsetzen“ meint Prof. Dr. Wolfgang Fritz vom Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte.

➤ **Genauer können Sie dies in den Arbeitsmaterialien unter 3.1.4 nachlesen: Ein Schreckensszenario – oder ein kommendes Paradies? Was meinen Sie dazu?**

Wodurch hat es ALDI erreicht, diese Bedeutung zu bekommen?

1. Der **Bekanntheitsgrad**: Ein Großteil der deutschen Verbraucher (85%) ist regelmäßig Kunde bei dieser inzwischen europa- und weltweit verbreiteten Firma. Fast jeder Teilnehmende an unserem Programm hat einschlägige „sinnliche“ Erfahrungen gemacht, weiß wovon die Rede ist, kann von vornherein mitreden, jederzeit neue Beobachtungen und Erkundungen in diesem „öffentlichen“ Betrieb anstellen.

2. Die **Anschaulichkeit**: Aldi macht mit seinem vergleichsweise überschaubaren Warenangebot einen „einfachen“ Eindruck. Jede(r) hat sich schon einmal darüber Gedanken gemacht, wie der Laden „funktioniert.“

3. Die **Rätselhaftigkeit**: Obwohl alle ALDI kennen, ist über ALDI nur wenig (allgemein) bekannt. Das macht neugierig – ein wichtiges Lernmotiv! Es regt zu Vermutungen und Spekulationen an. Trotz einer gewissen Geheimniskrämerei des Unternehmens - deren Gründe es herauszufinden gilt - sind die wichtigsten Informationen doch relativ leicht zugänglich.

4. Die **„Erfolgsstory“**: Der Aufstieg einer Firma vom kleinen Familienbetrieb der Nachkriegszeit zum Weltunternehmen ist nicht nur ökonomisch Aufsehen erregend. Er erfolgte parallel zur allgemeinen geschichtlichen Entwicklung des westdeutschen „Wirtschaftswunders“. Generationen von Menschen sind sozusagen „mit ALDI groß geworden“, verbinden damit lebensgeschichtliche Erinnerungen an die Alltagskultur früherer Jahre. Im Zusammenhang mit solchen Erfahrungen lassen sich historische (wirtschaftsgeschichtliche) Kompetenzen entwickeln.

5. Das **„Lehrstück“** ALDI: Das Managementkonzept, die Organisationsstruktur des Betriebes, kurz seine „Politik“ kann als vorbildlich gelten für eine konsequente betriebliche Rationalisierung bzw. Ökonomisierung, für „Wirtschaftlichkeit“ überhaupt. ALDI war und ist in dieser Hinsicht oftmals Vorreiter für Entwicklungen im Einzelhandel. Die Gesetzmäßigkeiten dieser Rationalisierung lassen sich also als Modell auf andere wirtschaftliche und soziale Bereiche übertragen bzw. dort wiedererkennen.

2.2 ÖKONOMISCHE KOMPETENZ – URTEILEN

2.2.1 Händler, Produzenten, Verbraucher

Der Händler ist in der Regel der Agent/Händler von Waren, Produkten Dienstleistungen, die für jeden Menschen, Haushalt, Verbraucher/ Konsumenten wichtig sind. Das Angebot reicht von Nahrungsmitteln über Gegenstände, Produkte des täglichen Lebens – Kleidung, Küchen- und Wohnungseinrichtungen, Elektro- und Elektronikgeräten bis zu individuellen Transportmitteln: Fahrrad, Personenkraftwagen, Motorrad. Händler/Agenten gibt es für alle Branchen der Volkswirtschaft, von der Landwirtschaft über die Grundstoffindustrie bis zur Fertigungsindustrie, von der Lebensmittelindustrie bis zu Banken und Versicherungen.

Händler produzieren in der Regel nicht selbst: Sie kaufen Produkte – manchmal lassen sie auch produzieren – und organisieren den Absatz. Es gibt Händler, die sich nur auf wenige oder ein Produkt oder eine Branche konzentrieren, wie in unserem Beispiel ALDI. Oder in Großwarenhäusern ein umfassendes Warensortiment vorhalten: von der Kleidung und Wäsche über Haushaltswaren, Elektroartikel bis zu Parfümeriewaren.

In der Ökonomie sind, ausgehend von der „Urproduktion“ – das, was dem Boden abgerungen wird – bis zur heutigen Maschinenbauindustrie, der Chipherstellung für Computer und Medizintechnik, der Computerherstellung, eine Vielzahl von Märkten entstanden, die über die politische Ökonomie des Kapitals organisiert werden.

Kapitalbesitzer, ob privat oder in Form juristischer Personen (Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung), produzieren in der Regel persönlich nicht selbst, sondern „organisieren“ die Produktion bzw. Produktionsprozesse unter Einbeziehung menschlicher Arbeitskraft* und menschlichen Arbeitsvermögens. Deshalb kann man auch von zwei Ökonomien sprechen: der politischen Ökonomie des Kapitals, der Kapitalbesitzer – und der politischen Ökonomie der Arbeit, der Arbeiter und Angestellten. Die beiden Hauptträger der politischen Ökonomie Kapital und Arbeit regeln ihre Beziehungen durch den freien Arbeitsvertrag, in dem die Bedingungen, Leistung und Lohn, festgelegt werden.

Ehe der Händler etwas vermitteln oder verkaufen kann, muss etwas produziert werden. Die Produkte kommen dann, wie wir gesehen haben, als Waren auf den Markt. Gleich, welches Marktsegment wir herausgreifen – in unserem Fall die Firma Aldi – bis etwas im Laden bei Aldi im Regal steht, hat es einen mehrstufigen Produktions- und Transportverlauf gegeben. Diesen Verlauf der Produktion, die Produktionsprozesse selbst, der anschließende Verkauf an die Konsumenten müssen wir mit bedenken, wenn wir weitere Zusammenhänge erkennen wollen als Grundlage zur Aneignung ökonomischer Kompetenz.

2.2.2 Ökonomische Zusammenhänge: Händler und Verbraucher

Warum kaufen wir?

Immer sind wir auf dem Weg zum Warenmarkt, weil wir bestimmte Bedürfnisse haben, die wir nur durch den Kauf von Waren und Dienstleistungen befriedigen können. Nur wenige – nicht unwichtige – Bedürfnisse kommen ohne diesen Gang zum Markt aus.

➤ **Überlegen Sie, was es für Sie „umsonst“ gibt, und ob dabei nicht indirekt Waren ins Spiel kommen, wie z.B. das Parfüm zur Liebe. Sicherlich, manches braucht man „eigentlich“ nicht – es ist überflüssig oder zu teuer. Aber alle diese Dinge und Dienste, die auf dem Markt zu haben sind, dienen der Bedürfnisbefriedigung von irgendjemand, sonst wären sie überhaupt nicht da!**

Unser Interesse, wenn sich ein Bedürfnis regt und uns zum Markt schickt, gilt dem Gebrauchswert, der Qualität, der Nützlichkeit der Waren. Wir verfügen nur über ein legales Mittel, um in den Besitz jener Dinge, unserer Lebensmittel (im weitesten Sinn des Wortes) zu kommen: unser Geld, unsere Kaufkraft. Als ideale Verbraucher sind wir nicht nur über die Qualität der Angebote, ihren unterschiedlichen Gebrauchswert, bestens informiert. Wir haben auch die Preislisten genauesten studiert, so dass wir Kosten und Nutzen kalkulieren und optimal haushalten, wirtschaften können.

Die Interessen von ALDI

Das Interesse eines Handelsunternehmens – das gilt es nun zu erkennen – ist unserem Verbraucherinteresse genau entgegengesetzt. Natürlich bietet der Händler uns Qualität an und lässt es sich einiges kosten, uns davon zu überzeugen. Aber der Gebrauchswert seiner Waren ist für ihn lediglich ein Mittel zu dem Zweck, unser Geld in seine Kasse zu lenken.

Sein Geschäft dient diesem Ziel, nur deswegen betreibt er es. Auch der Billiganbieter „hat nichts zu verschenken“ und will, ja muss auf seine Kosten kommen.

Zufriedene Kunden vergessen dieses anders gelagerte Interesse; geschickte Unternehmen stellen den Dienst am Kunden in den Vordergrund und lassen die Kasse nur leise klingeln.

Vorteile und Nachteile beim Kauf

Und in der Tat: beide Seiten können beim Abschluss eines Kaufs zufrieden sein, beide sind auf ihre Kosten gekommen. Der Käufer trägt mit dem Gebrauchswert der Ware deren Wert nach Hause, der Verkäufer hat den Gegenwert in Geldform eingenommen.

Der Käufer ist freilich in einer etwas anderen Lage als der Verkäufer. Wenn er Lebensmittel (im engeren Sinne) gekauft hat und sie konsumiert, so verlieren sie mit ihrem Gebrauchswert ihren Wert. Den Wertverlust seines „konsumierten“ Autos kann er in einschlägigen Tabellen nachsehen.

Beim Händler sieht die Sache etwas anders aus. Der „Gebrauchswert“, den er kassiert hat, das Geld, ist etwas relativ Beständiges, lange Zeit und zu allem zu gebrauchen. Das Geld taugt dazu,

alle möglichen anderen Gebrauchswerte in seinen Besitz zu bringen, sofern sie in nötiger Menge vorhanden sind. Er muss schließlich „auch von etwas leben“, sagt er und setzt unser Lebensmittel (das Geld) um.

Würde er alle seine Einnahmen für den eigenen Konsum verbrauchen, hätte er bald nichts mehr zu verkaufen und sein Leben als Geschäftsmann wäre am Ende. Zum Glück verbraucht er nur einen Teil seiner Einnahmen, einen Teil seines Überschusses, wie er sagt, den Rest steckt er wieder in sein Geschäft, ersetzt die Waren, die er uns verkauft hat und kauft noch etwas dazu, von dem er denkt, dass es neue Käufer in seinen Laden lockt.

Wir jedenfalls sind schon wieder auf dem Weg zu ihm, denn der Gebrauchswert, den wir gekauft haben, ist definitiv konsumiert.

Nun geht die Geschichte wieder von vorne los – und ebenso hat auch die Geschichte der Brüder Albrecht angefangen.

Wie man durch Verkaufen reich wird – das ist die Frage! Das Prinzip eines Kaufmanns ist ganz einfach, wird gesagt: Er kauft billig ein und verkauft teurer. Die Differenz ist sein Gewinn.

Betrügt er seine Kunden, wenn er teurer verkauft? Es kann sein, dass uns eine Ware überteuert erscheint, aber wenn sie einen betuchten Käufer findet, so haben wir wieder den zufriedenen Kunden, der überzeugt ist, dass die Ware „ihr Geld wert“ ist, dass er nicht mehr „Wert“ beim Kauf verausgabt hat, als er hinterher mit der Ware besitzt. Es hat also ein gerechter Tausch stattgefunden, bei dem gleiche Werte (Äquivalen-

te) von einer Hand in die andere gingen und bei dem auch kein Zwang stattfand. Vielmehr kam ein freier Kaufvertrag zwischen zwei Rechtspersonen zustande. Dieser Tauschvorgang von gleichen Werten bildet die Grundlage des gesamten Systems der Marktwirtschaft und fand seinen Ausdruck im entsprechenden Rechtssystem des bürgerlichen Rechts.

Ware – Geld – Ware

Der ökonomische Zusammenhang von Kauf und Verkauf lässt sich mit folgender Formel ausdrücken:

Der Verkäufer vollzieht einen Tauschakt:
Ware gegen Geld; abgekürzt:
 W (Gebrauchswert/Wert) – G
Der Käufer vollzieht den umgekehrten Akt:
Geld gegen Ware; abgekürzt:
 G – W (Gebrauchswert/Wert)

Würde der Käufer die erworbene Ware zu ihrem Wert weiterverkaufen, hätte er sein ursprüngliches G wieder zur Verfügung, wie der Verkäufer im obigen Beispiel mittels G die verkaufte Ware ersetzt, um sie erneut zu verkaufen. Auf diese Weise lässt sich eine lange Kette von Käufen und Verkäufen bilden, in welcher stets der gleiche Wert den Besitzer wechselt, umläuft, „zirkuliert“.

Wie kam der Händler in den Besitz seiner/unserer Ware? Er benutzte das Geld aus früheren Verkäufen wie unser Geld, um Waren einzukaufen, die er dann wieder verkauft.

Sein Prinzip ist also $G - W - G...$ und so fort. Er benutzt sein Geld, um wieder an Geld zu gelangen. Allerdings sähe er keinen Sinn darin, durch sein Geschäft die ausgegebene Geldmenge lediglich wieder zu erhalten. Er muss durch den

Verkauf einen Gewinn erzielen, – zumindest um davon leben zu können (der kleine Krauter), besser noch: um sein Geschäft weiter auszudehnen.

Er kauft ein, um teurer zu verkaufen, so dass aus dem G ein G+g wird. Sein Lieferant denkt nicht anders. Auch er hat nicht Geld investiert, um da wieder anzugelangen, wo er angefangen hat.

Der letzte Lieferant ist ein Produzent, ein Unternehmer, der die Ware hergestellt hat und ebenfalls mit Gewinn verkaufen muss. Bei ihm beginnt der Waren-Geldkreislauf, die Zirkulation. Über den Handel wird die Ware umgeschlagen, umgesetzt und landet schließlich beim Konsumenten, der sie verbraucht, ihren Gebrauchswert vernutzt und sie entwertet.

Aber merkwürdigerweise ist der Wert unserer Ware im Geld des Kaufmanns erhalten geblieben, so dass der Kreislauf von neuem beginnen, und, da sich das Geld vermehrt hat, in eine Spirale übergehen kann.

Der Kreislauf von Waren und die Geldspirale

Der Kreislauf von Waren und die Geldspirale kann man sich verkürzt denken. Beim Fabrikverkauf ist der Zwischenhandel ausgeschaltet, ähnlich bei einer Produktion auf Bestellung. In diesem Fall „realisiert“ der unmittelbare Produzent G (seine Investition) und g (seinen Gewinn) unmittelbar durch den Verkauf an den Endabnehmer und kann G (besser G+g) in Kürze wieder gewinnbringend investieren.

Dieses Verkaufen kann sich aber unter Umständen lange hinziehen. Während dieser Zeit liegt das Geld des Unternehmens im Warenlager fest, man

braucht Verkaufspersonal, hat Transportkosten. Hier tritt der Händler auf dem Plan, der das Geldkapital des Produzenten sofort ersetzt und die Kosten der Zirkulation trägt. Der Produzent verzichtet dafür auf einen Teil seines Gewinns, verkauft die Ware unter ihrem vollen Wert an den Kaufmann.

Die Höhe dieses Abschlags ist Verhandlungssache und das Verhandeln eine Frage der ökonomischen Macht. Der im Endpreis der Ware ausgedrückte Wert enthält die Gewinnanteile aller Glieder der Warenkette, darüber hinaus den Anteil des Staates (Steuern), den Anteil von Immobilienbesitzern (Mieten), die Zinsen für Bankkredite und den Gewinnanteil von Aktienbesitzern. Erst die Endverbraucher „realisieren“ mit ihrem Geld das Geldkapital, das in der Zirkulation steckt. Es fließt zu seinen ursprünglichen Besitzern zurück.

Geld des privaten Haushalts/der Käufer

Aber wie kommt unser Endverbraucher, vielmehr sein „Haushalt“, zu seinem Geld? Von der ALDI-Verkäuferin wissen wir es: es sind die Personalkosten, die das Unternehmen aufbringen muss, um seine Waren unter die Leute zu bringen, d.h. sie zu transportieren, zu lagern, in die Regale zu wuchten und die Kunden abzukassieren.

Diese Kosten sind selbstverständlich im Preis der Waren enthalten. Die Arbeitskräfte werden aus einem Teil des Umsatzes bezahlt.

Wenn sie ihre Gehälter – nehmen wir der Einfachheit halber an: zur Gänze – in Lebensmittel (im weitesten Sinne) umsetzen, fließt das Geld zum Einzelhandel, Großhandel, zum Industriekapi-

tal zurück. Ihr Einkommen dient ihrem Lebensunterhalt. Sie verbrauchen ihren Lebensunterhalt, um bei ALDI weiterarbeiten zu können, Kinder aufzuziehen, die vielleicht nicht bei ALDI arbeiten werden oder dort Filialleiter zu werden.

Der Arbeitnehmerhaushalt, der mit seinem Warenkorb das Einzelhandelsgeschäft verließ, G ausgegeben und W mitgenommen hatte, konsumiert W in den vier Wänden oder kauft am nächsten Tag die Ware „Urlaubsreise“, übermorgen ist die Dienstleistung eines Friseurs vonnöten, damit man beim Chef und den Kunden keinen schlechten Eindruck macht.

Immer setzt sich der Kauf G - W um in einen Beitrag zur Wiederherstellung des Arbeitsvermögens, der Arbeitskraft (Ak) um, ausgedrückt durch die Pünktchen, die den Reiz des Konsumierens anzeigen (kein Tausch, sondern ein natürlicher Vorgang): G - W...Ak

Wenn jetzt kein G mehr eintrifft, wäre das Haushaltsgeld endgültig weg. Zum Glück findet sich ein Arbeitgeber, der Ak braucht, so dass Ak - G zustande kommt, womit die Sache von vorne beginnen kann.

Wir nehmen an, dass der Lohn G den Wert der verbrauchten Lebensmittel, also den Bedarf voll ersetzt. Der Lebensstandard der Arbeitnehmer dadurch erhalten bleibt oder sich sogar verbessert. Dann ist auch dieser Tausch „gerecht“. Der Wert der Arbeitskraft wird, wie beim Warenkauf, durch sein wertmäßiges Äquivalent G bezahlt. Der zufriedene Kunde ist jetzt ein zufriedener Arbeitnehmer, der einen „gerechten“ Lohn erhält.

Kosten der Firma Aldi und die Zirkulation

Auch die Firma ALDI kann zufrieden sein. Für sie rechnet sich die Sache so (nach Brandes 2004, S. 22):

Umsatz	6.000.000 €
Pro Mitarbeiter(in)	1.200.000 €
Personalkosten pro Laden (2,8%)	168.000 €
Personalkosten für Verwaltung, Logistik, Management (1,8%)	108.000 €
Mietkosten (1,1%)	66.000 €
Gesamtkosten (9,5%)	570.000 €
Rohertrag (13,3%) (nach Abzug der Mehrwertsteuer)	798.000 €
Gewinn (3,8%)	128.000 €

(Die Angaben beziehen sich auf einen Laden pro Jahr im Durchschnitt.)

Eine Verkäuferin in einem der 4000 Läden setzt also monatlich Waren im Wert von durchschnittlich 100.000 Euro um und erhält dafür (davon) 2400 Euro.

Im Warenwert, der so umgesetzt wird, sind die Kosten und Gewinne der Lieferanten bzw. Produzenten erhalten, die ihnen von ALDI in Form von Geld erstattet wurden. Geld das wahrscheinlich bereits wieder in Warenkäufen umgesetzt wurde. Während das Geld das ALDI einnimmt, seinen Kreislauf von Neuem beginnt, wird es für zweierlei W ausgegeben:

Für Warenkapital und Betriebsmittel (wir nennen sie „Produktionsmittel“, Pm) und für Personal (Arbeitskräfte, Ak), um nach einem neuen Umschlag seines Geldkapitals wieder einen Überschuss zu erzielen:

$$G - W (+w) + W (P_m/A_k) - G + g$$

zur Vereinfachung schreiben wir:

$$G - W' + W < P_m/A_k - G'$$

Ein Teil des Gewinns g steckt bereits im Warenwert, den er geliefert bekam in Form von $W(+w)$. Sowohl im Lieferbetrieb wie beim Händler fand ja eine „Wertschöpfung“ statt. Nehmen wir beide zusammen und lassen weitere Zwischenhändler aus, so ergibt sich folgender Zirkulationsprozess (Zirkulation bedeutet, wie wir gesehen haben, dass, sobald das Kapital die Form G erreicht hat, der Zirkel, der „Zirkus“ des Kreislaufs, von Neuem beginnen kann):

$$G - W < P_m/A_k - W' - G' - W' + W$$

$$< P_m/A_k - G''$$

G' , das heißt die Kosten (für Produktionsmittel und Arbeitskräfte) und der Gewinn sind bereits zum Produzenten zurückgekehrt. Der entsprechende Wert lagert in Warenform beim Händler. Dieser setzt schließlich beim Verkauf an den Endverbraucher die Kosten seines Warenkapitals und seine eigenen Kosten, seinen eigenen erwarteten Gewinn und den von ihm vorgeschossenen Gewinn des Produzenten in Geld um.

Konkurrenz der Verkäufer

Mit der Gewinnerwartung, von der die beteiligten Unternehmen ausgehen, hat es allerdings eine besondere Bewandnis.

Wir haben angenommen, dass der Weg der Waren zum Endverbraucher und der „Rückfluss“ des Geldes zum Produzenten problemlos vonstatten geht.

Wir haben gesehen, dass zwischen dem Produzenten und dem Händler bereits ein Preiskampf stattfindet. Sie stehen

beide im Konkurrenzkampf mit anderen Anbietern und Nachfragern. Dieser Konkurrenzkampf setzt sich fort, bis er sich schließlich vor den Augen der „Endverbraucher“ als Preiskonkurrenz zwischen ALDI, Lidl usw. abspielt.

Auf diesem Markt werden Waren zu Preisen über oder unter ihrem Wert angeboten und die Anbieter versuchen, entsprechend ihre Einkaufspreise zu Ungunsten ihrer Lieferanten zu drücken. Diese wiederum versuchen, ihre Kosten zu senken, an Produktionsmitteln und Arbeitskräften zu sparen, was ja auch im Bereich des Handels ein probates Rezept ist.

Allerdings vermindern oder vermehren Preisänderungen nach oben oder unten nicht die Menge der vorhandenen Waren. Aber die Erwartung der künftigen Preisentwicklung beeinflusst die Entscheidung, bestimmte Waren zu produzieren.

Sind Waren unverkäuflich, nicht einmal unter Wert zu verkaufen, so ist das in ihrer Produktion angelegte Kapital und die von ihm in Bewegung gesetzte Arbeit nutzlos gewesen. Ihr Gebrauchswert lässt sich nur noch als Müll verwerten. – Immerhin: Auch dafür gibt es profitable Unternehmen.

Alle angebotenen Waren, die auf dem Markt (den Märkten) abgesetzt werden können, die also nachgefragt werden, erzielen einen „Gleichgewichtspreis“, der unter oder über ihrem Wert liegen kann. Allerdings gewinnt hier ein Anbieter, was ein anderer verliert. Es werden Werte umverteilt - ein Vorgang, den wir schon beim Verhandeln zwischen Käufern und Verkäufern beobachten konnten. Würden alle ihre Preise erhöhen und alle diese Preise bezahlen, so wür-

de „unter dem Schnitt“ keiner etwas gewinnen. Auf irgendeinen „Marktteilnehmer“ muss ein über den Wert gesteigener Preis abgewälzt werden.

Das Angebot, das heißt die Preisgestaltung der anbietenden Händler, ist abhängig von ihren Erwartungen, ihrer Einschätzung der Nachfrage. Die Nachfrage wiederum ist letztlich abhängig von der Zahlungsfähigkeit der Verbraucher. Die Verbraucher spalten sich in zwei Abteilungen. Auf den Gütermärkten werden zweierlei Warengattungen angeboten: Lebensmittel (d.h. wieder: „im weitesten Sinn“, also nicht nur Nahrungs- und Genussmittel, sondern alles, was Arbeitnehmer und Unternehmer, alle „Haushalte“ schlechthin konsumieren) und Produktionsmittel (ebenfalls „im weitesten Sinn“, also alles was nur in der Produktion verbraucht wird: Rohstoffe, Energie, Gebäude, Maschinen usw.).

Produktionsmittel werden nachgefragt, wenn sie der Erzeugung weiterer Produktionsmittel und diese schließlich zur Produktion von Konsumtionsmitteln dienen. Dieser letztliche „Konsum“ kann der größte Unfug sein, sei es privater oder – von Privatpersonen mitfinanzierter – öffentlicher Konsum, das spielt keine Rolle. Durch den Verbrauch werden der Gebrauchswert der Gegenstände entwertet und die Reste wieder dem Naturkreislauf zugeführt.

Nachfrage der privaten Haushalte und ihre Stellung am Markt

Die Nachfrage der privaten Haushalte ist, was die Arbeitnehmer betrifft, abhängig von ihrem Einkommen aus „abhängiger Arbeit“. Diese Einkommen sind (sieht man von Steuern und Sozialabgaben ab) identisch mit den „Kosten“,

welche die Unternehmen in ihr Personal investieren.

Senken sie diese Kosten, so vermindern sie letztlich die zahlungskräftige Nachfrage – natürlich in der Hoffnung, dass andere Unternehmungen (oder der Staat) neue bezahlte Arbeitsplätze schaffen und damit Geld unter die Leute bringen.

Die „Konsumflaute“, die sonst entsteht, führt zu Preissenkungen und verschärft die Konkurrenz. Sie vermindert die Gewinne in einzelnen Sektoren, so dass das Kapital in seinen Umläufen langsamer wächst oder unter seinem Wert von anderen Unternehmern aufgekauft wird.

Die Konkurrenz auf dem Markt, der den Verbrauchern sinkende Preise (und damit mehr Lebensmittel für weniger Geld) verspricht, führt also nicht ohne weiteres zu einem optimalen Wirtschaftskreislauf, in dem alle auf ihre Kosten kommen.

Jeder Austauschvorgang $G - W - G$ ist mit dem Risiko der Fehlkalkulation verbunden. So auch der Austauschprozess, den die Arbeitnehmer eingehen: $A_k - G$. Der Wert ihrer Arbeitskraft, die Summe der Lebensmittel, die sie zur Wiederherstellung derselben benötigen, ist nirgendwo festgelegt. Auch sie müssen feilschen, ihr Angebot und die Nachfrage zu einem „Gleichgewicht“ bringen. Wie die Unternehmen, die ihre Warenangebote konzentrieren, um einen höheren Preis zu erzielen, müssen sich die Arbeitnehmer zusammentun, um den Preis ihrer Ware Arbeitskraft zu erhalten und, wenn möglich, zu erhöhen. Damit verhalten sie sich exakt nach den Regeln des Marktes, der ihnen das Leben schwer macht. Gerade, wenn er ordnungsgemäß verläuft, wenn Umsätze erhöht, die Konkurrenz unterboten und

die Gewinne auf der erwarteten Höhe bleiben sollen.

Von welchem Wirtschaftssystem sprechen wir?

Wir haben bisher den „Verbraucher,“ den „Haushalt“ vor allem der Arbeitnehmer, und den Handel im Kreislauf der Zirkulation betrachtet. Der einzelne Käufer und Verkäufer, ihre Transaktionen auf dem Markt, zeigten sich als Elemente eines umfassenden Waren-Geldaustauschs, der die Marktwirtschaft charakterisiert. Die Vermehrung des Geldes, die Erweiterung der Kreislaufspirale – das Wirtschaftswachstum – zeigt sich als Motiv aller Beteiligten.

Der Vorgang $G - G'$ liegt dem Handeln aller Akteure zugrunde – sie alle sind daran beteiligt und davon abhängig, die Verkäuferin und Herr Albrecht.

In unserer Betrachtung tauchten auch andere Personen auf, industrielle Produzenten und Bankiers, Aktionäre, sowie der Staat mit seinem „öffentlichen Haushalt.“

Ohne geldförmige „Wertschöpfung“ wäre der gesamte „Stoffwechsel,“ also der materielle Lebensprozess dieser Gesellschaft, unmöglich. Er würde nicht nur stagnieren (also stehen bleiben), sondern schrumpfen und eingehen.

Betrachten wir, um zu unserem Ausgangspunkt zurück zu kehren, den ganzen Kreislauf als Naturvorgang, so passiert nichts anderes, als dass Gebrauchswerte, die letztlich sämtlich der Natur entnommen werden, als Lebensmittel der Arbeitskräfte und als Produktionsmittel dazu dienen, den weiteren und erweiterten Lebensprozess der Gesellschaft zu ermöglichen.

Dazu ist erforderlich, dass alle Gesellschaftsmitglieder sich an der Aneignung der Natur mit ihren geistigen und körperlichen Fähigkeiten beteiligen. Der Umsatz von Warenwerten in Geld (G'), der sich als zentraler Prozess – bei den Privathaushalten wie auf den Gütermärkten und auf dem Arbeitsmarkt – herausgestellt hat, ist dagegen nicht „natürlich“ und somit auch nicht unveränderlich. Vielmehr ist er Kennzeichen des Wirtschaftssystems, dessen Zweck Gewinnerzielung mittels Warenproduktion ist. Diese muss der Aneignung der außermenschlichen Natur wie die Nutzung menschlicher Fähigkeiten letztendlich dienen.

Wie soll man dieses Wirtschaftssystem benennen? Als es entstand, vor ca. 250 Jahren, nannte man es die „bürgerliche Gesellschaft.“

Bürger – das waren die Kaufleute, welche die Vermehrung ihres Reichtums durch Kaufen und Verkaufen „erfunden“ hatten. Dann sprach man von der „kapitalistischen Gesellschaft,“ weil es ersichtlich darum ging, in diesem Marktprozess das eingesetzte Kapital als Geld-, Produktions- und Warenkapital zu vermehren – auf Kosten der sich dagegen organisierenden arbeitenden Klassen.

Das Schlagwort „Marktwirtschaft“ erklärte diese inzwischen politisch emanzipierten Klassen zu Teilnehmern am Marktgeschehen wie alle anderen. Wie die Unternehmen ihr Kapital „arbeiten“ lassen, so „unternehmen“ die Arbeitenden etwas mit ihrem Arbeitsvermögen.

Diese klassische, liberale Sicht der Wirtschaft ist inzwischen wieder sehr modern geworden. Die „soziale Marktwirtschaft“ schließlich machte den

„Wohlfahrtsstaat“ zum Urheber aller Vergünstigungen, welche die Arbeitnehmer bei der Wiederherstellung ihrer Verwendbarkeit für den Arbeitsmarkt dank Umverteilung genießen konnten.

Der sogenannte „reale Sozialismus,“ der den Kapitalismus in der Konkurrenz besiegen wollte, versuchte als Staatskapitalismus den Kapitalismus auf ökonomischem Gebiet mit dessen Methoden der Warenproduktion und des Wohlfahrtsstaates zu überwinden.

Der kapitalistische Weltmarkt und die Machtmittel, die er hervorbrachte, und nicht zuletzt die Aussicht auf Gleichheit und Freiheit, die er erfolgreich verspricht, haben sich durchgesetzt.

Der dadurch weiter globalisierte Markt dient – das ist offenkundig – der Vermehrung des Reichtums einer Minderheit der Weltbevölkerung.

➤ **Soll man dieses System nicht weiterhin – oder wieder – als Kapitalismus bezeichnen? Was denken Sie darüber?**

Angebot und Nachfrage regeln den Preis

Wenn wir den globalen Wirtschaftsprozess, wie er sich heute darstellt – als weltweites Marktgeschehen – analysieren wollen, so bietet es sich an, den Waren-Geldkreislauf nunmehr auf einer höheren Ebene der Abstraktion weiter zu betrachten.

Aus der Sicht vieler Ökonomen stellt er sich so dar, wie ein Kaufmann ihn sieht, als ein allgemeines Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage, das sich im Gewimmel der Marktvorgänge immer wieder wie durch ein Wunder herstellt.

Marktteilnehmer sind menschliche Individuen, die, als vernunftbegabte Tiere, ihren individuellen Nutzen zu mehren versuchen. Das Rätsel ist, wie bei diesem Treiben, in dem jeder nur sein eigenes Interesse verfolgt, ein Zusammenhang des Ganzen entstehen soll, der es schließlich ermöglicht, dass die Gattung „Mensch“ recht und schlecht, oder sogar besser, überleben soll, ohne im Ergebnis die natürlichen Grundlagen ihrer Existenz – die körperliche und seelische Gesundheit, die zwischenmenschlichen Beziehungen, das Ökosystem – zu zerstören.

2.2.3 Ökonomische Zusammenhänge – Der Gesamtkreislauf der Wirtschaft

Natürliche Evolution und Wirtschaft

Am Anfang unseres Textes stand ein einzelwirtschaftliches Fallbeispiel „ALDI.“ Wir sind von einem recht konkreten Beispiel ausgegangen und dann zu abstrakteren Betrachtungen übergewechselt, die uns zu einem besseren Verständnis der Rolle eines Fallbeispiels in der Gesamtwirtschaft leiten sollten.

Ohne gesamtwirtschaftlichen und weitergehend ohne einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang wäre ein Unternehmen überhaupt nicht lebensfähig.

Jetzt stellt sich die Frage:

Wie wird in der Wirtschaftswissenschaft ein wirtschaftlicher bzw. gesellschaftlicher Gesamtzusammenhang dargestellt, von dem ausgehend ein die Gesamtwirtschaft umfassendes Modell erarbeitet werden kann?

Dafür ist die „Makroökonomik“ zuständig, die sich mit der Ökonomie im Großen (griechisch makros) befasst. Wir beginnen mit einem Beispiel aus der Biologie bzw. der evolutorischen Ökonomie (Evolution = Entwicklung, vor allem der Natur).

Wie entsteht aus der marktwirtschaftlichen Vielfalt einzelwirtschaftlicher Aktivitäten ein gesamtwirtschaftlicher und weitergehend ein gesamtgesellschaftlicher Zusammenhang, der dauerhaft funktionsfähig ist?

Funktionsfähig ist ein solcher Gesamtzusammenhang, wenn er vollständig „reproduziert“ wird, d.h. sich regelmäßig erneuert, und stabil ist.

Warum zerbricht ein solcher Zusammenhang nicht in inselähnliche Einzelteile, Teile eines Puzzles, die sich nicht wieder zusammenfügen lassen? Oftmals sieht es ja fast so aus! Ökonomen, die sich unter Berufung auf Charles Darwin, der die Gesetze der Evolution u.a. der Tierarten entdeckte, einer Evolutionsökonomie verschrieben haben, stellen das Problem gern anhand von Beispielen von Insektenstaaten dar. Eines ihrer Lieblingsbeispiele sind die Blattschneiderameisen, die in sehr großen Populationen vorkommen.

In Selektionsprozessen, die für menschliche Verhältnisse sehr lang sind, hat sich dieser Gesamtzusammenhang herausgebildet. Ökonomen vergleichen Selektionsprozess, in denen die beste Art des Überlebens auf natürlichem Wege ausgewählt (=selektiert) wird, gern mit der Konkurrenz auf Märkten.

Nur der Bestangepasste überlebt („survival of the fittest“ nannte das Darwin). Wer solche Vergleiche wagt, sollte nicht aus dem Auge verlieren, dass 99% aller Arten im Verlauf der Evolution ausgestorben sind!

Zeiträume von einer vergleichbaren Dauer stehen der Entwicklung menschlicher Wirtschaften und Gesellschaften allerdings nicht zur Verfügung. Der marktwirtschaftliche Kapitalismus ist höchstens 250 Jahre alt und bereits mit bedrohlichen, überwiegend selbst produzierten Problemen überlastet. Ein evolutionsgesteuerter Entwicklungsprozess liegt schon allein wegen des Zeithorizonts, den darwinistische Anpassungsprozesse brauchen, für menschliche Gesellschaften außerhalb der Reichweite.

Auch in der Wirtschaft weiß das einzelne Wirtschaftssubjekt meist wenig von dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhang.

In entwickelten Marktwirtschaften haben Wirtschaftssubjekte nur ein sehr ungenaues, oft ein falsches Bewusstsein ihrer Einbindung in Zusammenhänge. Ökonomen haben sich eine abstrakte Vorstellung vom Wirtschaftssubjekt gemacht – dem sogenannten „homo oeconomicus“ („Wirtschaftsmensch“). Sie benutzen gern Begriffe, die einen angeblichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Naturzustand bezeichnen sollen, wie z.B. die „natürliche Arbeitslosigkeit“ oder den „natürlichen Zins.“ Die Sehnsucht mancher Ökonomen nach einer biologischen Verankerung von Verhaltensweisen zielt auch auf dauerhaft stabile Verhaltensweisen und eine unveränderliche Ordnung der Dinge.

Ähnliches gilt für die Steuerung von wirtschaftlichen Entwicklungsprozessen über Selektionsprozesse. In der heutigen Diskussion steht im Vordergrund, dass der Zufall bei der Selektion eine große Rolle spielt und deshalb auch der Selektionsprozess nicht unbedingt zum Überleben des Fittesten führt. Dann kann auch nicht davon ausgegangen werden, dass die Unternehmen, die im Konkurrenzkampf überleben, im Nachhinein gesehen, die produktivsten, innovativsten und zukunftsfähigsten sind. Letztendlich überlebt, wer überlebt – und das ist alles!?

Allgemeines Gleichgewicht und Kapitalkreisläufe als Abbildungen von gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen

Adam Smith (1723 – 1790), der „Vater“ der akademischen politischen Ökonomie, hat das Problem des wirtschaftlichen Gesamtzusammenhangs in seinem 1776 erschienenen Werk über den Ursprung und die Natur des Reichtums der Nationen angesprochen.

Gegen die Verfolgung von Eigeninteressen hatte er, im Gegensatz zu den damals weit verbreiteten moralischen Bedenken gegen den „Egoismus“, nichts einzuwenden. Er hat die Wahrnehmung von Eigeninteressen vielmehr nachdrücklich befürwortet. Wie von einer „unsichtbaren Hand“ („invisible hand“) geleitet, fügen sich die Eigeninteressen dann in einem zweiten Schritt zu einem gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang, der den bestmöglichen Zustand der Wirtschaftsgesellschaft darstellt.

Dieser Optimalzustand wird über den Marktmechanismus hergestellt. Im Marktmechanismus werden die einzelwirtschaftlichen Pläne so lange korri-

giert, bis sie sich zu einem allgemeinen Gleichgewicht fügen.

Der Begriff der „unsichtbaren Hand“ gehört zu den am meisten gebrauchten Schlagwörtern der Wirtschaftswissenschaft. Adam Smith definiert ihn in seinem Hauptwerk, dem „Wohlstand der Nationen“, mit den folgenden Sätzen:

„Indem er die einheimische Erwerbstätigkeit der fremden vorzieht, hat er nur seine eigene Sicherheit im Auge und indem er diese Erwerbstätigkeit so leitet, dass ihr Produkt den größten Wert erhalte, verfolgt er lediglich seinen eigenen Gewinn und wird in diesem wie in vielen anderen Fällen von einer unsichtbaren Hand geleitet, einen Zweck zu fördern, den er in keiner Weise beabsichtigt hat. Auch ist es nicht eben ein Unglück für die Gesellschaft, dass dies nicht der Fall war. Verfolgt er sein eigenes Interesse, so fördert er das der Gesellschaft weit wirksamer, als wenn er dieses wirklich zu fördern beabsichtigt“ (Smith 2000, Bd. 2, S. 236).

Wichtig für uns ist die zweistufige Argumentation im Text. Die Verfolgung des einzelwirtschaftlichen Eigeninteresses ist moralisch nicht verwerflich, weil damit auf einer zweiten höheren Ebene das gesamtwirtschaftliche Allgemeinwohl maximiert, d.h. auf den höchsten Stand gebracht wird.

Dieses Argumentationsmuster zieht sich auch heute noch durch nahezu alle wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Debatten. Es wird vor allem gegen diejenigen gewendet, die auch heute noch immer glauben, der Verfolgung des einzelwirtschaftlichen Interesses – Gewinnmaximierung oder Kostenminimierung – Schranken setzen zu müssen. In der Sprache der Marktradikalen heißt das, dass jede auf der einzelwirtschaftlichen Ebene noch so wohl gemeinte Beschränkung der Marktkräfte auf der gesamtwirt-

schaftlichen Ebene zu einem suboptimalen, d.h. zu einem unterhalb der besten Möglichkeit liegenden Ergebnis führen muss. Das allgemeine Gleichgewicht, denn darum geht es hier, ist die beste aller möglichen wirtschaftlichen Welten.

Interessen und allgemeines Gleichgewicht

Die Verfolgung des Eigeninteresses hat jedoch eine Voraussetzung. Die Wirtschaftssubjekte müssen ihr Eigeninteresse erkennen und umsetzen können.

Machen sie dabei häufig oder meistens Fehler, dann bleibt das allgemeine Gleichgewicht unerreichbar. Wir haben gesehen, dass eine solche Voraussetzung für die Welt von Adam Smith vielleicht noch plausibel war.

Heute, in einer internationalisierten Wirtschaft mit „liberalisierten,“ d. h. freigegebenen Finanzmärkten kann man von dieser Voraussetzung sicher nicht mehr ausgehen. Damit aber ist die Konstruktion des allgemeinen Gleichgewichts infrage gestellt. Es ist widersinnig heute davon ausgehen zu wollen, dass alle am Wirtschaftsprozess Beteiligten über alle für ihre Entscheidungen erforderlichen Informationen verfügen. Das wären Informationen über die Vergangenheit, die Gegenwart und vor allem auch über die Zukunft! Das wird in der gegenwärtigen „Informations-Ökonomik“ diskutiert.

Die Gleichgewichtskonzepte der klassischen und der neoklassischen Theorie sind statischer Natur, d.h. sie haben keine Zeitachse, sondern beziehen sich ausschließlich auf einen Zeitpunkt.

Sie enthalten jedoch eine Optimierungsvorstellung. Im Rahmen der mathematischen Darstellung gilt es zu beweisen,

dass das allgemeine Gleichgewicht existiert, dass es einzig und stabil ist. Das allgemeine Gleichgewicht ist die beste aller wirtschaftlich möglichen Welten.

Doch auch in der Wirtschaftswissenschaft sind heute alternative Konzepte auf dem Vormarsch. Ein ähnliches und für unseren Zweck – die Konstitution eines wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs – nützlicheres Konzept kann aus der Marx'schen Analyse der Zirkulationssphäre entwickelt werden.

Deren Methode haben wir bei der Darstellung des Warenaustausches bereits ansatzweise angewandt. In einer politischen Ökonomie, die sich auf Marx bezieht, kann der wirtschaftliche und gesellschaftliche Gesamtzusammenhang über drei Kapitalkreisläufe, deren Zusammenführung in den Kreislauf des gesellschaftlichen Gesamtkapitalshergestellt werden.

Kapitalkreisläufe

Die drei Kapitalkreisläufe können in unserer Abbildung „Kapitalkreisläufe nach Marx“ nachvollzogen werden. Einige Zusammenhänge und die verwendeten abgekürzten Symbole kennen wir bereits.

Wir beginnen mit dem Geldkapitalkreislauf $G - G'$. Geld wird vorgeschossen, mit dem Ziel, mehr Geld zurückzuerhalten ($G' > G$).

Der Geldkapitalkreislauf legt das Ziel der Produktion in kapitalistischen Marktwirtschaften offen: Das Motiv, sich auf Geldgeschäfte einzulassen, ist Gewinnerzielung.

Von dem vorgeschossenen Geldbetrag werden Waren gekauft und eingesetzt, mit dem Ziel, Waren zurückzuerhalten, die höherwertig sind als die vorgeschossenen: $W - W'$ ($W' > W$).

Der Warenkapitalkreislauf zeigt stofflich veränderte Waren, also veränderte Gebrauchswerte. Das Ziel der stofflichen Veränderung ist nach wie vor die Gewinnerzielung. Bei diesen Waren handelt es sich um Produktionsmittel aller Art (Pm) und um Arbeitskraft (Ak).

Um höherwertige Waren erhalten zu können, müssen die vorgeschossenen Waren im unmittelbaren Produktionsprozess P mit Wert angereichert werden. Bei Marx ist diese Werterhöhung das Ergebnis des Ausbeutungsprozesses: Zur Reproduktion der Arbeitskraft wird weniger Wert (in Form von Konsumtionsmitteln) eingesetzt als der Wert darstellt, der vom Arbeiter dem Produkt zugesetzt wird.

Diese Theorie ist umstritten: Wird die Produktion mit dem Konzept der sogenannten „Produktionsfaktoren“ erklärt, dann leistet jeder Produktionsfaktor, z.B. sowohl Kapital als Arbeit, einen Beitrag zum Produkt und die von Marx behauptete Ausbeutung erscheint nicht mehr.

Dagegen ist dann auch das Kapital in allen seinen Formen produktiv, „Geld

arbeitet“ und vermehrt sich. Jeder kennt das von seinem Bankkonto und an der Börse weiß man das noch besser!

In unserem Zusammenhang sind die Kapitalkreisläufe zunächst einmal eine Anordnung von Verbindungen, die unabhängig von den Annahmen der Marxschen Werttheorie verwendet werden können. Die drei Kapitalkreisläufe erlauben es, theoretische Aussagen der Wirtschaftswissenschaft in einen gesamtwirtschaftlichen bzw. weitergehend in einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang zu stellen, der funktionsfähig ist.

Funktionsfähig bedeutet, dass dieser Zusammenhang reproduzierbar sein muss und dass Aussagen darüber möglich sind, ob er stabil oder instabil ist. Damit ist auch gesagt, dass es sich nicht um einen Optimalzustand handelt.

Das ist ein wesentlicher Unterschied zur allgemeinen Gleichgewichtstheorie, die einen Optimalzustand darstellt. Der Optimalzustand der allgemeinen Gleichgewichtstheorie ist statisch, d.h. auf einen Zeitpunkt fixiert. Den Kapitalkreisläufen kann dagegen eine Zeitachse und damit auch eine historische Dimension zugeordnet werden.

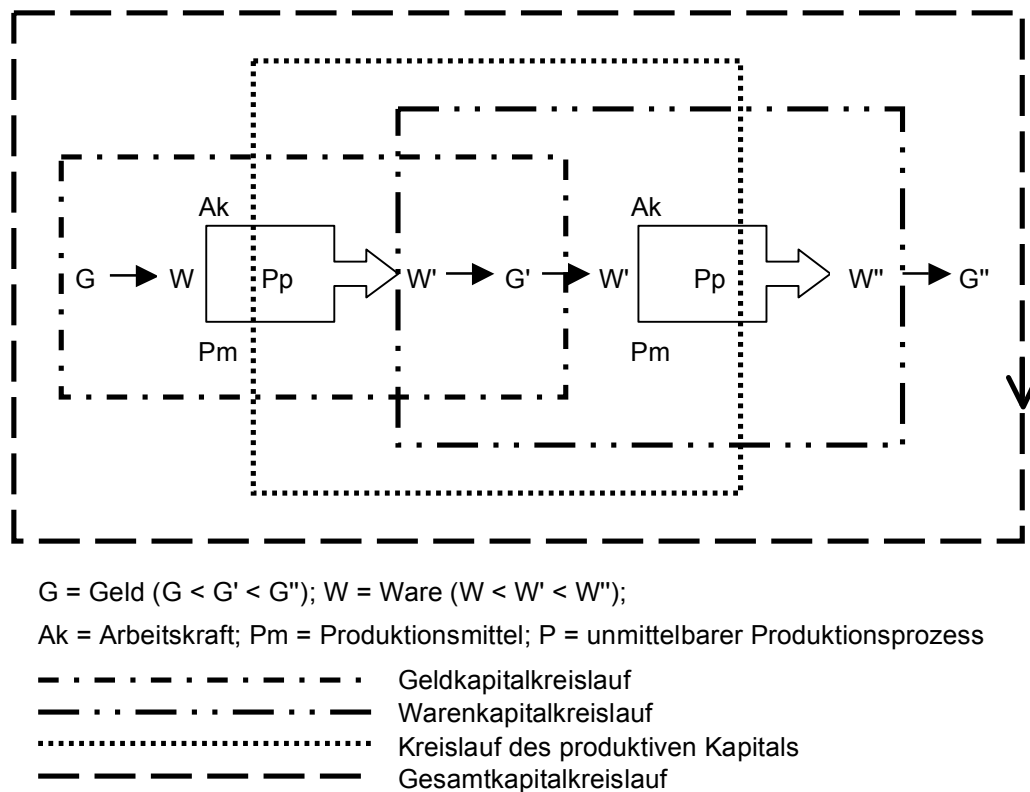


Abbildung 1: Kapitalkreisläufe nach Marx

Über den **Kreislauf des Warenkapitals** haben wir bereits einige Überlegungen angestellt. Die Warenförmigkeit von Arbeitsprodukten, ihre Produktion für den Austausch, für Verkauf und Kauf, war und ist Voraussetzung für die Existenz von Kapitalkreisläufen.

Immer mehr Waren werden im Verlauf der Geschichte in die Kreisläufe einbezogen. Seit Beginn der kapitalistischen Entwicklung dehnt sich ihr Bereich unaufhaltsam aus, so dass schließlich alles, was die Natur bietet (einschließlich der Menschennatur, sprich Ak) als Ware erscheint.

Geldkapitalkreisläufe, die historisch zuerst im Altertum und Mittelalter bereits ausgebildet wurden, haben stets neue meist geprägte Geldsorten einbezogen.

Geldkapitalisten wären die Geldwechsler und -verleiher. Spätmittelalterliche regionale Prägungen waren meist auch

nur regional als Geld anerkannt. Ihr Gold- oder Silbergehalt musste konstant sein, um in ein dauerhaft festes Tauschverhältnis zu einer überregionalen Währung treten zu können. Nur unter dieser Voraussetzung konnte Geld vorgeschossen werden und um die Zinserträge vermehrt zurückzufließen.

Was ist Geld?

In der konventionellen, akademischen Geldtheorie wird Geld über drei Funktionen definiert: Tauschmittel, Recheneinheit und Wertaufbewahrungsmittel. Geld ist eine Ware, die gegen alle sonstigen Waren getauscht werden kann. Insofern ist es Tauschmittel. Die Tauschmittelfunktion hat sich offenbar historisch spontan an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten herausgebildet und als zweckmäßig erwiesen.

In vielen Kulturkreisen haben Edelmetalle, vorzugsweise Gold die Tauschmittelfunktion erfüllt. Gold ist als Geld zweckmäßig wegen seines hohen spezifischen Gewichts, wegen seiner Teilbarkeit und weil es nicht oxidiert.

Geld ist Recheneinheit, denn es erlaubt der Menge einer Ware einen Preis zuzuordnen. Bei Metallgeld kann die Menge einer Ware auch dem Metallgewicht zugeordnet werden. Ein Meter Wolltuch kostet z.B. x Gramm Gold.

Schwieriger ist das Problem des Wertaufbewahrungsmittel, da der Wert des Geldes bekanntlich nicht konstant ist. Werden große Goldvorkommen entdeckt, dann sinkt der Preis des Goldes. Die Güterpreise steigen entsprechend und es kann eine inflationäre Tendenz entstehen. Besitzer von Geldvermögen versuchen dann in Sachwerte zu fliehen, wie z.B. Immobilien, weil sie davon ausgehen, dass sie als Hausbesitzer keine Wertverluste erleiden müssen.

Da Metallwährungen in größeren Beträgen nur mit Gefahren transportiert werden können, wurden Quittungen für Golddepots ausgestellt, die übertragbar waren. Da sie auf den Namen des Besitzers ausgestellt waren, konnten sie gefahrlos mitgeführt und am Bestimmungsort der Reise bei befreundeten Institutionen eingelöst werden.

Aus solchen und ähnlichen Zusammenhängen bildete sich Papiergeld heraus. Angesichts der problematischen Wertaufbewahrungsfunktion wird die Tauschmittelfunktion in vielen Ländern gesetzlich garantiert: Papiergeld wird gesetzliches Zahlungsmittel, das Gläubiger für die Rückzahlung von Schulden annehmen müssen.

Neuere Entwicklungen werfen besondere Probleme auf, z.B. „Plastikgeld“ oder „elektronisches Geld“ oder inoffizielles, nicht gesetzlich geschütztes Geld wie z.B. der „Roland“, der auf einer lokalen Arbeits-Tauschbörse zirkuliert.

Im Zuge seiner Verbreiterung wurde der Geldkapitalkreislauf in Teilkreisläufe zerlegt. Sie reichen von einfachen Banktransaktionen bis zu komplizierten Geldmarktpapieren, ganz zu schweigen von den riesigen Transaktionen auf Devisenmärkten.

Die Zahl der wirtschaftlichen Akteure und ihre Spezialisierung im Geldgeschäft nehmen zu, und das macht die Vertiefung der Kapitalkreisläufe aus. Sie reichen von Banken bis hin zu Geldmarktfonds bzw. „hedge funds“. Polanyi

spricht bei diesem Spezialisierungsprozess von einer „Entbettung“ – einem Herauslösen bzw. -brechen von Funktionseinheiten aus ihrem ursprünglichen sozialen Zusammenhang. Der Beitrag von entbetteten Unterbranchen zur Wertschöpfung ist oft nur schwer auszumachen. Sie stellen im Idealfall wichtige Informationen zur Verfügung, wirken aber wegen irrationaler spekulativer Aktivitäten auch oft destabilisierend (Film 2001).

In frühen historischen Erscheinungsformen waren die Kapitalkreisläufe regional eng begrenzt. Der Geldkapitalkreislauf ist wohl der erste gewesen, der sich aus den regionalen oder städtischen Begrenzungen herausgearbeitet hat. Spätestens im 16. Jahrhundert waren Geld- und Warenkapitalkreisläufe grenzüberschreitend aber schon weiträumig ausgebildet. Historisch folgte der Warenkapitalkreislauf dem Geldkreislauf.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den nördlichen Wirtschaftszentren machte schon früh die Einfuhr von Rohstoffen erforderlich.

Die geografische Lage der Fundorte von Rohstoffen (Gold, Kupfer etc. Gewürze usw.) und die klimatischen Voraussetzungen des Anbaus von landwirtschaftlichen Rohstoffen (Baumwolle, Zuckerrohr) machten die geographische Ausdehnung der Warenkapitalkreisläufe erforderlich.

Die Gestaltung und geographische Ausdehnung von Warenkapitalkreisläufen fand besonders in den Kolonialreichen Spaniens, Portugals, Großbritanniens oder Belgiens statt.

„Kolonialwaren“ spielten bei der Versorgung der Bevölkerung in den nordeuro-

päischen Wirtschaftszentren eine wichtige Rolle. Die geographische Ausdehnung der Warenkapitalkreisläufe führte bereits vor dem ersten Weltkrieg zu einer Bedeutung der „Globalisierung“, die mit der Gegenwart vergleichbar ist!

In der Entstehungsphase der kapitalistischen Marktwirtschaften wurden mineralische und landwirtschaftliche Rohstoffe in ihren Ursprungsländern noch im Rahmen von traditionellen Produktionsverfahren hergestellt und von Händlern aufgekauft, ehe sie in die Warenkapitalkreisläufe eingeschleust wurden. Die Ausbreitung marktwirtschaftlicher Formen führte bald zur Einführung erwerbswirtschaftlich organisierter Produktion, wie Plantagen und manchmal auch der Weiterverarbeitung von Rohstoffen, z.B. Zuckerrohr vor Ort zur Produktion von Zucker.

Im Kreislauf des produktiven Kapitals ist die Produktion von Waren und Dienstleistungen der Teil des Gesamtkapitalkreislaufs, der historisch und geographisch zuletzt geschaffen wurde.

Die Analyse der Kapitalkreisläufe, wie wir sie im Anschluss an das Marxsche Schema unternommen haben, hat den großen Vorzug, dynamisch zu sein. Das heißt, sie lässt eine Zeitachse zu, die sowohl logische als auch historische Analysen erlaubt.

Logische Zeit bedeutet in der Wirtschaftswissenschaft die Verkettung von auf einander folgenden Zeitabschnitten, die sich zu einem Kapitalkreislauf „logistisch“ zusammenfügen lassen. Also: der Geldkapitalkreislauf muss vorhanden sein, wenn der Warenkapitalkreislauf das Stadium des Naturaltauschs überwinden soll. Ein Warenkapitalkreislauf wiederum ist die logische Vorausset-

zung für Existenz des Kreislaufs des produktiven Kapitals.

Auf diesen logischen Zusammenhängen baut dann die **historische** Analyse auf, die auf der Grundlage der geschichtlichen Quellen, dem Wissen über die wirtschaftsgeschichtlichen Abläufe, den Nachweis zu erbringen hat, wie, wann und wo die einzelnen Kreisläufe entstanden sind und wie sie sich entwickelt haben.

Die logische Analyse kann uns auch erklären, wo und weshalb es mit hoher Wahrscheinlichkeit immer wieder zu „Friktionen“, Störungen und Unterbrechungen der Kreisläufe kommen kann, bei denen also das „allgemeine Gleichgewicht“ immer wieder aus den Fugen gerät.

Die Geschichte der kapitalistischen Wirtschaft wurde ja seit ihren Anfängen bis in die Gegenwart hinein immer wieder von Krisen erschüttert, in denen deren Reproduktion gefährdet erschien.

Wenn wir uns unser Kreislaufschema vergegenwärtigen, so können wir verstehen, dass mit allen Austauschprozessen, bei denen Waren gegen Geld umgesetzt wird, unvermeidliche Risiken verbunden sind: die erwarteten Preise, Löhne und Gewinne können erheblich von den tatsächlich realisierbaren Werten abweichen und im weiteren Kreislauf eine Kettenreaktion auslösen, die schließlich über eine Krise zu „Wertberichtigungen“ führt.

Der Geldkapitalkreislauf, der durch alle Kreisläufe hindurch geht, beruht auf dem Kredit, d.h. wörtlich auf dem Vertrauen, das sich die „Marktteilnehmer“ gegenseitig schenken.

Die Geldanleger vertrauen darauf, dass das verliehene Geld auf dem Umweg über den kapitalistischen Gesamtprozess vermehrt zu ihnen zurückfließt.

Die Entleiher vertrauen auf eine Vermehrung des geliehenen Geldes durch dessen produktiven Einsatz, die ihnen mindestens die Zinsen wieder erstattet.

Auch der Arbeitnehmer, der sich verschuldet, hofft auf Zeiten, in denen er seine Arbeitskraft besser verwerten kann, weil das produktive Kapital deren Bedarf und seine Reproduktion gesichert ist. Der Handel rechnet mit bestimmten Umsätzen, die aber abhängig sind von einer ungewissen Nachfrage, die wiederum von unkalkulierbaren Umständen abhängig ist.

Alle – wir alle – vertrauen darauf, dass die Kapitalmärkte ein allgemeines Gleichgewicht garantieren, dass der Gesamtkreislauf funktioniert. Was aber, wenn die Märkte versagen, wenn die „unsichtbare Hand“ sich vergreift?

Wachstum und Reproduktion der Wirtschaft

Dauerhaft stabile Kapitalkreisläufe sind eine wesentliche Voraussetzung für Wirtschaftswachstum.

Nur wenn das eingesetzte Geldkapital (G) „sich verwertet“, in den produzierten Waren eine „Wertschöpfung“ ihren Niederschlag fand (W') und diese mit Gewinn in der Zirkulation „realisiert“ werden konnte (G'), kann der Kreislauf von Neuem beginnen. Sollte sich herausstellen, dass – aus welchen Gründen auch immer – am Markt vorbei produziert wurde, so ist das Kapital entwertet: das (z.B. von Banken) vorgeschossene Geldkapital muss abgeschrieben werden, Produktionsmittel müssen unter

ihrem Wert verkauft werden. Arbeitskräfte und zwar Manager, Konstrukteure, Facharbeiter/innen, Hilfskräfte – die gesamte Belegschaft, erwiesen sich, obgleich sie Gebrauchswerte geschaffen haben, letztlich als unproduktiv oder jedenfalls zu wenig produktiv, da die von ihnen produzierten Waren auf dem Markt nicht die Kosten einbringen, die investiert worden sind.

Selbst wenn die Waren auf dem Markt abgesetzt werden können, ihr Gebrauchswert aber nur einen Preis erzielt, der die Kosten deckt, und vielleicht sogar einen Gewinn einschließt, ist diese Produktion unter dem Gesichtspunkt der Kapitalverwertung eventuell unrentabel. Das Kapital wandert in andere profitablere Bereiche aus.

Hohe Gewinne sind ja nicht nur ein Zeichen gelungener Produktion, sondern Voraussetzung einer weiter wachsenden Produktion und noch größerer Gewinne. Zweck ist nicht nur der Profit und die damit gegebenen Möglichkeiten eines entsprechenden Konsums, sondern die Vergrößerung des Kapitals überhaupt. Gewinne werden reinvestiert, Kapital dadurch „akkumuliert.“ Die Vergrößerung des Kapitals – d.h. nicht die Vermehrung von Gebrauchswerten, verkörpert in privaten und öffentlichen Gütern, Arbeitsvermögen usw., sondern die Vermehrung von Werten, die in Geld ausdrückbar sind, ist Maßstab des Wachstums.

Wirtschaftswachstum ist definiert als der prozentuale Zuwachs des BIP (Bruttoinlandsprodukts) oder des BIP pro Kopf. Die Messung des Wirtschaftswachstums stößt auf erhebliche Probleme. Sie entstehen zum Teil aus der

Tatsache, dass stets neue Produkte im BIP enthalten sind.

Zu Vergleichen muss das BIP preisbereinigt werden. Das stößt, wenn es sich über längere Zeitabschnitte handelt, aus ähnlichen Gründen auf mindesten ebenso große Schwierigkeiten.

Deshalb wird insbesondere bei internationalen Vergleichen vorzugsweise mit sogenannten „Kaufkraftparitäten“ gearbeitet, mit denen international unterschiedliche Konsumniveaus genauer dargestellt werden können.

Das Wirtschaftswachstum gilt noch immer als ein Allheilmittel für allerlei Wirtschaftsprobleme:

- Es soll Arbeitsplätze schaffen, warum eigentlich nicht gleich Vollbeschäftigung?
- Es soll den Wohlstand eines Landes erhöhen, wobei jede(r) an Lebensqualität denkt, also an einen Reichtum an Gebrauchswerten (privaten und öffentlichen Gütern und Dienstleistungen) für alle.

Natürlich ist auch dieser Reichtum der Gesellschaft gewachsen und es geht selbst den Armen besser als vor hundert Jahren. Aber die Produktion von Gebrauchswerten ist immer noch Mittel der Kapitalverwertung, nicht deren Zweck. Ihre ungerechte Verteilung ist notwendig, da die Produkte nur als Bestandteile des Kapitals ihren in Geld ausgedrückten Wert erhalten und erhöhen. Wachstum des Kapitals gilt daher als Grund von Wachstum schlechthin.

Menschheitsgeschichtlich ist Wirtschaftswachstum vergleichsweise neu. Über sehr lange Epochen haben Menschen als Jäger und Sammler gelebt.

Ihre Technologien waren mehr oder weniger konstant. Sie haben keinen Überschuss produziert, aus denen Kulturleistungen im heutigen Verständnis geschaffen werden konnten. Sie haben etwa sechs Stunden täglich für ihre Reproduktion im weiteren Sinn gearbeitet.

In Europa soll die Wirtschaftsleistung vom Ende des römischen Reiches bis etwa zum Jahr 1500 nicht gestiegen sein. Sogar während der industriellen Revolution scheinen die Wachstumsraten in Europa niedrig gewesen zu sein.

In den USA könnte die jährliche Wachstumsrate von 1820 bis 1950 jahresdurchschnittlich 1,5% betragen haben. Erst in den zwanziger Jahren und nach dem zweiten Weltkrieg hat das Wirtschaftswachstum erkennbar zugenommen.

Von 1950 bis 2000 hat sich das BIP pro Kopf in den USA um das 2,6-fache, in Deutschland um das 4,7-fache und in Japan sogar um das 11,4-fache erhöht. Die Wachstumsraten waren ungefähr bis zur Mitte der siebziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts vergleichsweise hoch. Danach hat sich das Wachstum abgeflacht.

In den 1990er Jahren haben die USA noch einmal einen Wachstumsschub erlebt. Im selben Zeitraum hat Japan und verlängert bis heute eine Phase hartnäckiger Stagnation* gekannt. Für eine Reihe von Ländern, vor allem in Asien, nicht aber in Afrika, haben Aufholprozesse stattgefunden.

China glänzt seit Beginn der achtziger Jahre mit sehr hohen Wachstumsraten zwischen 7% und 10%. Die entwickelten kapitalistischen Marktwirtschaften der

nördlichen Hemisphäre aber konnten bisher nicht eingeholt werden.

Wo sucht und findet die Wirtschaftstheorie die Quellen des Wachstums? Einmal in der Akkumulation von Kapital ($G' - W' < Ak/Pm$), von der schon die Rede war, vor allem aber im technischen Wandel im Bereich des Produktionsprozesses (...P...).

Dabei ist der technische Wandel* bei weitem die wichtigere Voraussetzung. Kapitalakkumulation allein ist nur wirksam in der kürzeren oder mittleren Frist. Nur wenn technischer Wandel mehr oder weniger kontinuierlich ist, wenn sich die Produktivität erhöht, kann Wachstum auch langfristig stattfinden. Dazu ist es erforderlich, dass Ökonomien in der Lage sind, die Arbeitskräfte entsprechend auszubilden und zu motivieren. – Diese Ergebnisse werden in der Wachstumstheorie ausgehend von einer Produktionsfunktion dargestellt, in der die Produktion vom Einsatz von Kapital und Arbeit bzw. vom technischen Wandel abhängt.

Wird von der Annahme eines kontinuierlichen technischen Wandels ausgegangen, wird ein Wirtschaftswissenschaftler kaum auf die Idee kommen, dass es Grenzen des Wachstums geben könne.

Die Berücksichtigung der **Langzeitperspektive** steht in modernen kapitalistischen Marktwirtschaften nicht im Vordergrund. Der Erzielung kurzfristiger Gewinne auf den Finanzmärkten ist heutzutage offenbar wichtiger als die Existenzgrundlagen der zukünftigen Generationen. Taucht die Frage nach den Grenzen des Wachstums tatsächlich einmal im Zusammenhang mit der Wachstumstheorie auf, dann sind Wachstumstheoretiker schnell bei der Hand, ihre

Funktionen so auszubauen, dass Wachstum zumindest in der Theorie „grenzenlos“ ist. Was in der weltweiten wirtschaftlichen Wirklichkeit vor sich geht, ist eine andere Geschichte, die den reinen Theoretiker beim Brüten über mathematischen Modellen am Ende doch noch stören könnte. Spätestens dann, wenn das kalte Wasser von den schmelzenden Polen im Studierzimmer seine Füße erreicht. Es zeigt sich, dass die Kapitalkreisläufe nicht unabhängig sind von unserem „Stoffwechsel“ mit der Natur. Dass die Warenkreisläufe „Gebrauchswerte für uns“ bieten, deren Kosten noch einen anderen „Preis“ haben, als den, den wir dem Handelskapital bezahlen. (Vgl. das Lern- und Arbeitsheft „Ökologische Kompetenz“).

Moderne kapitalistische Marktwirtschaften haben die Reproduktionsprobleme noch immer nicht befriedigend gelöst. Das gilt auch für den „Stoffwechsel mit der Natur.“ Die Probleme der Überfischung der Meere oder des Artensterbens weisen darauf hin. Auch die Reproduktion der Arbeitskraft, ihre Wiederherstellung zum Einsatz in der weiteren Produktion, ist offensichtlich zum Problem geworden. Wenn wir den Blick auf die weniger entwickelten Ländern der Peripherien werfen, zeigt sich, dass für verarmte Bevölkerungsschichten in weiten Teilen Afrikas südlich der Sahara das physische Existenzminimum nicht mehr gesichert ist. Auch die gesundheitliche Lage der Bevölkerung ist dort, vor allem für Kinder, katastrophal. Die Ware Arbeitskraft ist in ihrer Reproduktion abhängig von den profitablen Möglichkeiten ihres „Konsums“ durch das Kapital. Wo diese ausbleiben, ist ihr bloßes Überleben, ihre Reproduktion nicht gewährleistet.

2.3 ÖKONOMISCHE KOMPETENZ – HANDELN

Wir haben im zweiten Teil des Studienheftes ausgehend von den Strukturen des Handelshauses ALDI als Vorbereitung von „Urteilen“ und „Handeln“ in ökonomischen Zusammenhängen und zur Aneignung/Entfaltung von ökonomischer Kompetenz einige vorherrschende Erklärungen/Verallgemeinerungen (Abstraktionen/Modelle), mit denen Wirtschaftswissenschaftler arbeiten, beschrieben.

➤ **Als Vertiefung können Sie hierzu den Aufsatz von Gerhard Leithäuser in Kapitel 5.1.1 lesen.**

Diese Darstellungen gehen nicht bruchlos auf, denn die Akteure verschwinden in diesen Modellen. Werfen wir deshalb einen Blick auf einige reale Prozesse und Akteure der Volkswirtschaft.

2.3.1 Ökonomische Kompetenz

Bei der ökonomischen Kompetenz geht es um Handeln in ökonomischen Zusammenhängen, nicht nur um Warenaustausch – obwohl er eine der Grundbedingungen der Ökonomie ist –, sondern auch um unterschiedliche Interessen, die im Marktgeschehen aufeinander treffen.

Spitzen wir die Grundlagen des ökonomischen Handelns zu: Grundlage des Wirtschaftens – und das weltweit, von den lokalen Märkten über die Volkswirtschaften der Staaten und Staatengemeinschaften bis zur Weltwirtschaft (Internationalisierung/Globalisierung) – ist die kapitalistische Marktwirtschaft.

Der Kapitalismus ist die Bezeichnung für die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der das private Eigentum an Produktionsmitteln – Grundstücke, Fabrikhallen, Maschinenanlagen, Rohmaterialien, Halbfabrikate – unter Hinzukauf lebendiger Arbeitskraft Waren produziert nach dem Prinzip der Gewinnmaximierung. Die Steuerung der Wirtschaft erfolgt über den Markt, die Teilmärkte. Ziel der Wirtschaftsform ist nicht in erster Linie, die Lebensmöglichkeiten der Menschen zu sichern, sondern langfristig Profitraten zu erzielen.

Aus dem Kapitalbesitz, der die Voraussetzung über die Verfügungsgewalt der Produktionsmittel ist, entsteht das Weisungsrecht/Direktionsrecht über die Arbeitskraft der abhängig Beschäftigten.

➤ **Als Vertiefung können Sie hierzu den Aufsatz von Adolf Brock in Kapitel 5.1.2 lesen.**

Was immer als „Ersatzbezeichnung“ für kapitalistisches Wirtschaften – und seine Besitz- und Machtverhältnissen – in der politischen Debatte heute verwendet wird: Soziale Marktwirtschaft, Rheinischer Kapitalismus, neue soziale Marktwirtschaft, Wirtschaftsgesellschaft, globale Wirtschaft, liberale Wirtschaft – die Grundlage bzw. Zielsetzung der Gewinnmaximierung bleibt bestehen. Ihr haben alle Wirtschaftstätigkeiten auf den Teilmärkten – dem Kapitalmarkt, der Warenzirkulation, dem Arbeitsmarkt – sowie die Wirtschaftstätigkeiten der Staaten zu dienen. Aufgabe der Staaten ist in diesem Zusammenhang die Vor-

haltung von Infrastrukturleistungen in den Bereichen Verkehr, öffentliche Sicherheit militärischer Komplex, Bildungs- und Ausbildungssysteme, Forschung und Wissenschaft, Gesundheit, staatliche Finanz- und Geldpolitik. Zudem unterstützt der Staat zum Teil die Wirtschaftstätigkeit der privaten Haushalte.

Diese Aufgabenbereiche des Staates werden allerdings zunehmend privatisiert, so dass beispielsweise das Gesundheits- und Bildungssystem, aber auch die Verkehrsinfrastruktur teilweise privaten Investoren überlassen wurden, mit den entsprechenden Folgen für die Gesellschaft.

► **Überlegen Sie, ob diese Einschätzung auch für Ihr Land zutrifft. Für welche Bereiche? Was sind die ökonomischen Konsequenzen für Arbeitnehmer und ihre Familien?**

Wir können festhalten: Was sich in den Stationen der Wirtschaftskreisläufe abbildet, regelt nicht die berühmte „unsichtbare Hand“ oder, wie es heute in einer gängigen Metapher heißt, das „scheue Reh Kapital“, dem man nicht zu nahe kommen darf mit hohen Lohnforderungen oder Steuern. Dann läuft es davon und nimmt Arbeitsplätze mit. Es agieren Menschen, und wo die Kapitalbesitzer nicht selbst aktiv am Wirtschaftsleben teilnehmen, beauftragen sie Manager, für sich zu handeln. Alle Wirtschaftssubjekte treten sich im Wirtschaftsgeschehen formal gleich gegenüber: Unternehmer, Arbeiter und Angestellte, Käufer und Verkäufer, Händler und Agenten. In der Praxis des Marktgeschehens treffen aber in der Regel

materielle Ungleichheiten aufeinander, die unter kapitalistischen Wirtschaftsbedingungen nicht aufhebbar, sondern jeweils nur auf Zeit zu regulierbar sind.

Für Arbeitnehmer ist deshalb primär der Arbeitsmarkt wichtig. Wird hier doch darüber entschieden, ob er einen Arbeitsplatz erhält. Denn seine Arbeitskraft ist sein weitgehend einziger Besitz, den er zur Sicherung seiner Existenz nutzen kann.

Existenzielle Interessen der Abhängigen:

Lohn – Leistung – Reproduktionskosten –
Sicherung der Arbeitskraft – Sicherung des
Arbeitsvermögens.

Im nächsten Abschnitt unserer Ausführungen geht es um das Handeln der abhängig Beschäftigten und ihrer Familien unter kapitalistischen Machtverhältnissen, um die politische Ökonomie der Arbeit und der Arbeiter.

Wir haben es vornehmlich mit zwei Handlungsebenen zu tun, die rechtlich/gesellschaftlich getrennt sind, aber im Lebenszusammenhang einander bedingen:

1. Die Ebene der Familie, als Ort der Reproduktion der Ware Arbeitskraft. Ein besonderer Bedrohungszusammenhang besteht aber immer durch die mögliche Arbeitslosigkeit/Freisetzung aus dem Arbeitszusammenhang.
2. Der Ort, an dem die Ware Arbeitskraft genutzt wird. Dort kommen die Arbeitsverhältnisse als Vertragsverhältnis zustande.

Natürlich sind diese beiden Ebenen nicht die einzigen, auf denen ökonomisches Handeln stattfindet. Weitere sind:

- Ebene der **Interessenvertretungen** (z.B. Gewerkschaften; Standesvertretungen)
- Ebene der **Gemeinden und Kommunen, Städte und Länder**
- **Nationale** Ebene
- **Europäische** Ebene (Europäische Union)
- **Internationale** Ebene (OECD; WTO; G8-Länder).

2.3.2 Handeln: „Eine bessere Welt ist möglich“¹⁰

Nachdem wir im vorhergehenden Kapitel gezeigt haben, an welchen Schnittstellen die Ökonomie in unser privates Leben hereinragt und festgestellt haben, dass die aktuelle wirtschaftliche Situation in vielen Ländern Europas und der Welt zu einer Senkung des Lebensstandards führt, ist zu fragen, ob diese Entwicklung unausweichlich ist, oder ob wir Möglichkeiten des Eingreifens haben.

Unsere These ist, dass die wirtschaftliche Situation nicht unveränderbar ist, sondern teilweise politisch gemacht und auch gewollt ist. Mit dieser These stehen wir nicht allein, sondern sie wird in vielen Kommissionsberichten, die zum einen von verschiedenen Regierungen und den Vereinten Nationen seit 1980 eingesetzt wurden und zum anderen im Auftrag von Nicht-Regierungsorganisationen verfasst wurden, bestätigt.

Zu Berichten, die im Auftrag von Regierungen erstellt wurden, die sich kritisch mit der Nord-Süd-Entwicklung auseinandersetzten und die Verantwortung des reichen Nordens gegenüber den ärme-

ren Ländern des Südens hervorhoben, gehörten in besonderer Weise:

- Der „Bericht der Nord-Süd-Kommission“ (Brandt-Report), 1980¹¹
- Der „Brundtland-Report“, 1987 und die „Charta der Erde“.

Auf der EU-Ebene wie der Ebene der Vereinten Nationen ist mittlerweile anerkannt, dass soziale Ungleichheit und ein erhöhtes Armutsrisiko großer Bevölkerungsgruppen existiert. Es wurden entsprechende Berichte verfasst, die Vorschläge zur Verbesserung der sozialer Situation machen. Die jüngsten Berichte sind:

- „Gemeinsamer Bericht über die soziale Eingliederung 2004“
- „Die Soziale Lage in der Europäischen Union.“ Kurzfassung 2004
- Vereinte Nationen: „Report on the World Social Situation 2005.“

Nicht-Regierungsorganisationen, die sich mit Perspektiven von Wachstum und Beschäftigung in der Welt unter dem Aspekt gerechter Verteilung von Gütern unter dem Aspekt ökologischer Nachhaltigkeit¹² auseinandersetzen, haben seit 1972 zahlreiche Berichte veröffentlicht:

- Der erste Bericht des Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums“, 1972

¹⁰ Motto des „World Social Forums“

¹¹ Die genauen bibliographischen Angaben und die relevanten Internetadressen können Sie im Literaturverzeichnis unter 3.2.2 und im Materialteil unter 5.2 nachsehen.

¹² Eine genauere Darstellung der Debatte um Nachhaltigkeit finden Sie in unserem Studienheft „Ökologische Kompetenz“.

- Der zweite Bericht des Club of Rome, 1980
- Report der Konferenz von Rio de Janeiro 1992 und die „Agenda 21“
- Kyoto-Protokoll (1997 verabschiedet, 2005 in Kraft getreten)
- Johannesburg 2002: „Plan of Implementation of the World Summit on Sustainable Development“
- „Fair Future“. Ein Report des Wuppertal Instituts 2005.

Allen Berichten gemeinsam ist die Sorge um die Zerstörung der natürlichen Grundlagen der Erde und ihre Folgen für die Menschheit und das gesamte Leben auf der Erde. Verantwortlich für diese Entwicklung sind letztlich alle Menschen, besondere Aufmerksamkeit wird aber der Rolle der Wirtschaft, den internationalen Konzernen* und ihrem Profitstreben gewidmet.

Eine Zuspitzung erfuhr die Kritik an diesen Entwicklungen durch die Gründung der „World Trade Organization“ (WTO) 1995 und die absehbaren Folgen der durch die WTO forcierten Globalisierung. Als Gegenbewegung gründete sich 1998 die Nicht-Regierungsorganisation Attac. Organisationen wie das World Social Forum, Oxfam, Earthwatch, BUND, Greenpeace und viele andere entwickeln ebenfalls Strategien der Gegenmacht zur gerechteren Verteilung der Güter auf der Erde und bieten Unterstützung.¹³

Unsere Vorschläge zum Handeln im Rahmen ökonomischer Kompetenz sind teilweise von den Aktionen und Vorschlägen dieser Organisationen abgelei-

tet – die übrigens alle Möglichkeiten zur Mitarbeit und des Engagements bieten.

Wir bestreiten nicht, dass es Wirtschaftsbereiche gibt, die auch von der Politik kaum mehr steuerbar sind wie z.B. der Aktienmarkt, der sich weitgehend verselbständigt hat. Es gibt aber Bereiche, auf die durch individuelles und vor allem kollektives Handeln eingewirkt werden kann und wo unter Umständen die wirtschaftliche Situation verändert werden kann.

2.3.2.1 Handeln im Familienzusammenhang

Was wir aufgezeigt haben, im Wesentlichen in Bezug auf das Lohnarbeitsverhältnis, ist elementarer Bestandteil der Arbeiterexistenz und der Existenz seiner Familie. Aber es geht nicht nur um die individuelle Situation, sondern immer auch um überindividuelle Sachverhalte, an denen sich Familien orientieren und zu denen sie sich verhalten müssen. Die Entscheidungen, Dispositionen, die die Familie im Rahmen ihrer Haushaltsführung treffen muss, sind mitbestimmt von den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen.

In Deutschland sind z.B. seit Jahren stagnierende Löhne zu verzeichnen. Als Folge sinkt der Lebensstandard der abhängigen Bevölkerung. Ursache des Rückgangs der Nettolohnquote ist die lang andauernde Massenarbeitslosigkeit. Trotz eines Zwischenhochs im Konjunkturzyklus ist der Sockel der Massenarbeitslosigkeit gestiegen. Es entstand gleichzeitig ein Überangebot der Ware Arbeitskraft. Dieses wiederum führte zu sinkenden Preisen für die Ware Arbeitskraft. Aber auch der Staat hat seinen Anteil an den Lohnsenkungen, er hat sie geradezu beschleunigt

¹³ Die Internetadressen der hier erwähnten NGOs finden Sie im Literaturverzeichnis unter 3.2.2 und im Materialteil unter 5.2 nachsehen.

durch die Erhöhung der direkten und indirekten Steuern und erzwungenen Zuzahlungen im Gesundheitssektor: Zuzahlungen bei Krankenhausaufenthalt, Gebühr beim Arztbesuch, Rezeptgebühren usw. Alle diese Maßnahmen, in die auch Rentnerhaushalte einbezogen wurden, führten zu einer Senkung der Kaufkraft und damit langfristig zu einer Senkung des Lebensstandards.

➤ **Können Sie ähnliche Entwicklungen auch in ihrem eigenen Land finden? Wenn nein, was ist anders? Welche Rolle spielen Politik und Wirtschaft?**

Halten wir noch einmal fest: Löhne, und damit die Arbeiter selbst, sind für die Arbeitgeber ein Kostenfaktor, der nicht zu umgehen, aber möglichst rationell und effizient zu nutzen ist.

Was kann der einzelne Arbeiter und seine Familie tun, um der Senkung des Lebensstandards entgegen zu wirken?

Individuelles Handeln kann unterschieden werden in reaktives Handeln, also zu versuchen, auf erfahrene Missstände im Nachhinein zu reagieren und sie zu verändern:

Bezieht man dies auf unser Beispiel des drohenden Absinken des Lebensstandards, ist eine Möglichkeit, einen zweiten und dritten Job anzunehmen, um weiterhin gleich viel Geld zu Verfügung zu haben. Eine zweite Möglichkeit ist, die privaten Ausgaben zu reduzieren (z.B. bei Freizeitunternehmungen, bei der Nahrung, bei der Miete, beim Auto). Allerdings ist der Effekt begrenzt, auf manche unserer Ausgaben haben wir wenig Einfluss.

Wenn wir aber, wie Roth in seinem Text darlegt, davon ausgehen, dass wir zur aktiven Teilhabe an der Gesellschaft gewisse Grundbedürfnisse befriedigen können müssen, ist die Frage, was über individuelles Handeln hinaus noch möglich ist.

Eine andere Möglichkeit, individuell zu handeln möchten wir als „proaktiv“ bezeichnen, also vorausschauend. Dies bedeutet, nicht nur auf Veränderungen zu reagieren, sondern innerhalb der möglichen Strukturen aktiv mit zu gestalten. So ist, zumindest in Deutschland und Österreich, eine Mitwirkung in Gemeinden und Kommunen möglich: Es gibt heute bereits Gemeinden, in denen über die Ausgaben partizipativ mit den Bürgerinnen und Bürgern entschieden wird. Eine weitere Möglichkeit ist es, sich in „Agenda 21“-Foren einzubringen, die in vielen europäischen Kommunen und Städten versuchen, ihre Politik an den in Rio entwickelten Richtlinien zu orientieren und unter Bürgerbeteiligung umzusetzen.

2.3.2.2 Handeln auf dem Arbeitsmarkt

Handeln auf dem Arbeitsmarkt findet im engeren Sinne zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitsplatzinhabern auf Zeit statt. Härter formuliert: Zwischen dem Käufer der „Ware Arbeitskraft“ und dem Verkäufer seiner Arbeitskraft, dem Arbeiter oder Angestellten. Der Handlungsspielraum des Käufers der Ware Arbeitskraft ist je nach Konjunkturlage unterschiedlich. Bei schlechter Konjunkturlage kann der Arbeitgeber versuchen, den Preis der Ware Arbeitskraft zu drücken. Der Arbeiter ist auch bei schlechter Konjunkturlage und unter schlechten Bedingungen gezwungen, seine

Arbeitskraft zu verkaufen. Bei besserer Konjunkturlage, wenn der Arbeitsplatzbesitzer dringend Arbeitskräfte einstellen muss, kann leichter ein besserer Lohn ausgehandelt werden.

In entwickelten Volkswirtschaften, die im Rahmen sozialstaatlicher Grundlagen eine gewisse Regulierung des kapitalistischen Marktes durchsetzen konnten, verhandelt der Arbeiter in der Regel nicht direkt mit dem Kapitalvertreter, sondern seine Gewerkschaft führt Tarifverhandlungen.

Denn der Lohn, die damit verbundene Verausgabung der Arbeitskraft, hat für die Beteiligten eine unterschiedliche Wirkung. Für den Arbeitgeber sind Löhne, die er für die Ware Arbeitskraft zahlen muss, Kosten, die die Profitrate beeinflussen können. Für den Arbeiter ist der Lohn Grundlage seiner Existenz. Nicht nur für sich, sondern auch für seine Familie. Die Mehrheit der Arbeitnehmerhaushalte verfügt über kein Vermögen, aus dem sie ihren Lebensunterhalt bestreiten könnten.

In der Regel werden die Kapitalvertreter versuchen, die Löhne nach unten zu drücken, wenn möglich, bis an das Existenzminimum. Die Arbeiter und ihre Interessenvertretungen müssen versuchen, nicht nur das Existenzminimum der Arbeitnehmer und ihrer Familien zu sichern, sondern einen Lohn auszuhandeln, von dem aus auch gesellschaftliche Teilhabe möglich ist. Darüber hinaus muss Rücklagenbildung für unvorhergesehene Ereignisse möglich sein. – Dies ist aber nur bei guter Konjunkturlage möglich.

„Die wichtigste individuelle Möglichkeit, den tendenziellen Verfall der Löhne unter die Reproduktionskosten aufzuhalten, besteht darin, mehr zu arbeiten.

- Überstunden zu leisten
- Zweit- und Drittjobs anzunehmen
- Verkauf der Arbeitskraft durch Familienmitglieder.

Da der Verkauf der Ware Arbeitskraft, gemessen in Arbeitszeit, die Quelle der Reproduktion ist, muss er gesteigert werden, um den Fall der Löhne unter die Reproduktionskosten auszugleichen. Dies ist aber nicht immer möglich.

Was sind die notwendigen Reproduktionskosten? Um sich zu reproduzieren, muss der Mensch sich

- ernähren
- trinken
- kleiden
- schlafen.

Seine Arbeitskraft bzw. seine produktiven Fähigkeiten allgemein, können nur erhalten bzw. entwickelt werden, wenn er genügend Mittel für seine Reproduktion, seine tägliche „Wiederherstellung“ zur Verfügung hat. Zur Reproduktion gehört auch die psychische Reproduktion durch befriedigende soziale Beziehungen“.

Quelle: Rainer Roth: *Das Kartenhaus*. 1998, S.119

Reproduktionskosten für die Familie sind

- Kosten für Ernährung und Kleidung;
- Kosten für Wohnung und Heizung;
- Kosten für Kinder;
- Kosten für Kommunikation, Mobilität und Erholung.

Alle Reproduktionskosten sind abhängig vom Stand der Entwicklung der Produktivkräfte und den herrschenden Konsumgewohnheiten. Diese sind dynamisch und nicht statisch. Löhne und Sozialeinkommen spiegeln die objektiven Bedingungen für den Lebenszusammenhang der Mehrheit der Menschen. Unter dem Kapitalismus kann

dem nur begegnet werden durch konsequente Durchsetzung rechtsstaatlicher Regelungen. Solange sie in der parlamentarischen Demokratie aber nicht zu den unveränderbaren Grundrechten gehört, bleibt der Kampf der zwei Ökonomien.

Ausgehend von dem Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bezieht sich die zweite von uns vorgeschlagene Ebene des Handelns auf die kollektive Handlungsebene, die vor allem auf den Arbeitsplatz und die Veränderungen der Arbeitsbedingungen. Möglich ist das Engagement in Gewerkschaften und Betriebsräten. Dabei ist die Mitarbeit im eigenen Betrieb sinnvoll, man kann sich aber auch für die Einführung von Gesamt- Konzern und Europabetriebsräten einsetzen, um Solidarisierung über die nationale Grenzen hinaus zu erreichen, damit die Arbeitnehmer in verschiedenen Ländern nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Die Ebene der Politik ist sicherlich außer durch Wahlbeteiligung schwieriger zu beeinflussen, aber auch hier kann man sich in Parteien engagieren oder, wie bereits erwähnt, in Nicht-Regierungsorganisationen, die zumeist lokale Gruppen haben.

2.3.3 Zur Verbindung von Theorie und Praxis

Eine dritte Ebene, die wichtig ist, ist die der Verbindung von Theorie und Praxis. Wir haben versucht, Ihnen in diesem Studienheft einen Einstieg in ökonomisches Denken zu vermitteln mit dem Ziel, sich ökonomische Kompetenz anzueignen, die es Ihnen ermöglicht, ökonomische Entwicklungen zu verste-

hen und den Zusammenhang zwischen Politik und Ökonomie nachzuvollziehen. Dies kann aber sicherlich nur ein Einstieg sein, daher möchten wir die Beschäftigung mit weiterführenden Fragen vorschlagen.

Schwerpunktsetzungen zur Weiterarbeit ergeben sich aus Konflikten/Situationen in Betrieben/Unternehmen, Gemeinden oder aus Konflikten, die von überörtlichen Faktoren beeinflusst werden.

Das zurzeit aktuellste Beispiel (Anfang September 2005), an dem man sich weitere ökonomische Kompetenz aneignen kann, ist das Problem Rohstoffpreise und der Endpreise für Benzin, Diesel und Heizöl, also im weiteren Sinn des internationalen Energiekomplexes:

- Warum steigen die Benzinpreise in Europa zwei Tage nach der verheerenden Flutkatastrophe im Süden der USA?

Denn das Benzin, das in den Tankstellen eingelagert wurde, wurde bereits vor Wochen, wenn nicht Monaten raffiniert und bezahlt. Aus diesem Tatbestand ergeben sich Fragen nach dem Wirkungszusammenhang der gesamten Energieerzeugung und -versorgung:

- Ist es sinnvoll, Naturressourcen Erdöl, Gas, Mineralien auszubeuten, obwohl absehbar ist, dass diese Quellen bald versiegen werden?
- Wie hängt der Energiekomplex weltweit zusammen?
- Wer sind die Hauptakteure (internationale Konzerne, Staatskonzerne)?
- Sind die Staatsregierungen und Wirtschaftsgemeinschaften in diesem Zusammenhang noch selbständig und handlungsfähig?

- Welche Folgen ergeben sich aus der radikalen Ausnutzung des Marktes für die Weltkonjunktur/für den Lebensstandard des Einzelnen?
- Entspricht diese Krise der Energiekrise von 1973 oder hatte diese andere Ursachen?
- Was können Einzelne tun, wie können sich die Staaten wehren?
- Dürfen Grundressourcen, die das Leben auf der Erde überhaupt erst ermöglichen – Wasser, Luft, Solarenergie – in privatkapitalistischer Verfügung bleiben oder in sie überführt werden?
- Gehören diese Ressourcen nicht allen Menschen als Gemeinschaftsvermögen und deshalb in demokratischen Besitz bzw. in demokratische Verfügung?
- Wäre es als Alternative auch denkbar, ein internationales Kontrollgremium einzusetzen, etwa auf der E-

bene der UNO, das eine verbindliche Interventionsmöglichkeit bei der Preisgestaltung zugunsten der Verbraucher hat?

Das Beispiel Energiemarkt und seine Auswirkungen für den Endverbraucher sind nur ein Beispiel, wie man sich mit den Zusammenhängen und Folgen internationaler Wirtschaftsverflechtungen auseinandersetzen kann. Weitere Beispiele sind die Automobil- und die Textilindustrie, die den letzten Jahrzehnten erhebliche Veränderungen und Verlagerungen ihre Produktion erfahren haben. Ebenfalls interessant könnte eine Beschäftigung mit der Rüstungsindustrie sein, bei der die Frage von Profit und Bedrohung von Menschenleben besonders hervortritt.

III ARBEITSMATERIALIEN ZUM TEXT UND VERWENDETE LITERATUR

3.1 ARBEITSMATERIALIEN ZUM TEXT

3.1.1 Karl Albrecht: „Kalkulation und Preise bei ALDI“ (1953)

„Wenn ich über Preisgestaltung und Betriebsvereinfachung zu Ihnen rede, erzähle ich Ihnen meinen Betrieb, wie er abläuft, weil ich glaube, dass er einfach ist.

Wenn ich heute einen Rückblick auf unseren Betrieb mache, so stelle ich fest, dass wir zum Anfang unserer Entwicklung im Jahre 1948 und im Jahre 1949 zwangsläufig nur ein kleines Warensortiment führten. Wir hatten vor, weitere Filialen aufzumachen, und mussten uns aus geldlichen Mitteln heraus sehr sparsam verhalten. Wir glaubten, späterhin unser Verkaufsprogramm zu erweitern. Wir wollten unsere Filialen dann wie ein normales Einzelhandelsgeschäft mit einem breiten Lebensmittelsortiment eindecken.

Das taten wir dann allerdings nicht, denn wir erkannten, dass wir auch mit unserem kleinen Warensortiment ein gutes Geschäft machen konnten und dass unsere Unkosten verglichen mit den anderen Betrieben sehr niedrig blieben und zum größten Teil auf unser kleines Warensortiment zurückzuführen waren.

Inzwischen haben wir diese Erkenntnis zum Grundsatz unseres Betriebes gemacht. Heute arbeiten wir mit einem Unkosten-Satz von 11 Prozent.

Seit 1950 verfolgen wir neben dem Grundsatz des kleinen Warenangebotes den des niedrigen Preises. Auch dazu waren wir wiederum gezwungen. Wollten wir dem Kunden keine Auswahl bieten, so mussten wir ihm zumindest einen anderen Vorteil einräumen. Wir verkauften von der Zeit an unsere Ware entschieden billiger.

Ich bin überzeugt, dass diese beiden Grundsätze, der des kleinen Warenangebotes und der des kleinen Preises, voneinander nicht zu trennen sind. Heute haben wir die denkbar besten Erfahrungen damit gemacht. Im Jahre 1949 betrug unser Durchschnittsumsatz pro Verkaufsstelle im Monat DM 8200, 1951 12 800 und heute beträgt er 20000 bis 21 000.

Diese Umsatzsteigerung hat ihren Grund fast ausschließlich in meinen o.g. Grundsätzen, denn werbungsmäßig sind wir sehr sparsam. Der Prozentsatz für Werbungskosten beträgt noch nicht einmal 0,1 Prozent. Unsere ganze Werbung liegt im billigen Preis, und sie ist so wirksam, dass der Kunde es auf sich nimmt, Schlange zu stehen. Am Wochenende ist es fast immer so, dass er schon vor Öffnung des Geschäftes vor der Tür draußen wartet. Aber nicht nur das Wochenende, auch der Wochenanfang bringt schon gute Umsätze. Um Ihnen ein Beispiel unserer Umsätze zu geben, möchte ich sagen, dass wir in unserer besten Verkaufsstelle mit einer Thekenlänge von 5,5 m im vergangenen Monat einen Umsatz von DM 44 000 gemacht haben. In einer anderen Verkaufsstelle mit einer Thekenlänge von 4 m haben wir DM 28 000 gemacht.

Aus diesen Beispielen können Sie erkennen, dass es sich nicht um ein normales Bedienen handelt, sondern um Massenabfertigung. Um diese Leistung technisch zu erzielen, sind unsere Regale und Theken einfach konstruiert. Das gesamte Warensortiment ist auf den Theken und in den Regalen für den Kunden sichtbar angeordnet. Dekorationen im Laden werden nicht ausgeführt.

Zu unserem Warensortiment, möchte ich weiter ausführen, dass es ca. 250 bis 280 Artikel umfasst. Wir halten es bewusst klein und unter ständiger Kontrolle. Wir sind dabei bemüht, keine Parallelartikel nebeneinander zu führen. Bei der Auswahl der zum Verkauf bestimmten Artikel sind wir so weit gegangen, dass wir eine Reihe von Waren überhaupt nicht verkaufen. Der Grund für diese Ausschließung:

1. die Umsatzgeschwindigkeit, 2. die Verkaufsgeschwindigkeit. So führen wir z. B. wegen der Verkaufsgeschwindigkeit keine losen Konfitüren, kein Obst und Gemüse, keine Salzheringe und wegen der Umsatzgeschwindigkeit keine Obst- und Gemüsekonserven, ebenso keine Feinkostartikel wie Mayonnaisen, Rollmops, Heringssalat usw. Das Verkaufsprogramm umfasst lediglich schnell umschlagfähige Konsumartikel. Bei Hülsenfrüchten haben wir aber auch jeweils nur eine Sorte im Angebot, also nur eine Sorte Bohnen und eine Sorte Linsen und auch nur eine Sorte Reis. Verpackte Hülsenfrüchte führen wir auch nicht, da die Verpackungskosten uns die Ware zu sehr verteuern und nicht mehr mit diesen vollen Preisen in den Rahmen unserer niedrigen Preise passen. Wir haben festgestellt, dass, wenn wir Ware vorweg verpacken, dies oftmals wesentlich teurer ist, als unsere gesamten Personalkosten ausmachen. Wir packen also nichts vor. Es muss alles während des Verkaufs abgewogen werden.

Als weitere Beispiele unseres Sortimentes führe ich an: 1 Sorte Zucker, 4 verschiedene Konfitüren in Gläsern, 5 Sorten Nudeln, die wir alle immer zum gleichen Preis verkaufen, 5 verschiedene Stück Feinseife, 5 Stück Kernseife. Von Schuhputz führen wir nur Erdal, von Zahnpasta nur Blendax und von Bohnerwachs in Dosen nur Sigella, immer nur den Artikel, der von den Markenartikeln am besten geht. Auch bei den scharf kalkulierten Artikeln wie Öl, Schmalz, Plattenfett verkaufen wir nur eine Sorte. Auf weitere Sorten zur Hebung unserer Kalkulation verzichten wir.

Auch das Verkaufsmoment beim Anbieten eines Artikels, von dem wir nur eine Sorte anbieten können, ist für unsere Verkäuferinnen wesentlich einfacher und viel kürzer, und der Kunde kann viel schneller einen Entschluss fassen: entweder zu kaufen oder nicht zu kaufen.

In unserer Preisgestaltung haben wir bei vielen Artikeln feststehende Kalkulationssätze. Bei den scharf kalkulierenden Artikeln wenden wir folgende Aufschläge an: Tafelmargarine 5-7%, Schmalz 10%, Fetter Speck 10-12%, Plattenfett 10%, Mehl höchstens 10%. Öl verkaufen wir: kg Einstandspreis = ltr. Verkaufspreis. Da brauchen wir gar nicht mehr zu rechnen.

Beim Absinken der Einkaufspreise setzen wir unsere Verkaufspreise sofort niedriger, auch wenn wir noch nicht gekauft haben. Wir vertreten dabei den Standpunkt: Angriff ist besser als Verteidigung.

Man ist nur allzu leicht geneigt, einen Preis, auch wenn er im Einkauf gefallen ist, weiter laufen zu lassen. Das würde sich allerdings unangenehm rächen, denn das, was man erreichen muss, ist, dass der Kunde den Glauben gewinnt, nirgendwo billiger einkaufen zu können. Hat man das erst einmal erreicht - und ich glaube, dass das bei uns der Fall ist -, so nimmt der Kunde alles in Kauf. Er richtet sich sogar nach den besten Einkaufszeiten.

Wir selbst erreichen dadurch fast eine Vollbeschäftigung des Personals. Sie ist der wesentlichste Faktor bei niedrigen Personalkosten zwischen 3,1 und 3,7 Prozent.

In diesem Jahr haben wir diese Erkenntnisse noch konsequenter durchgeführt und dabei Erfolge erzielt wie noch nie bisher. Unsere Umsatzzahlen mögen ein Beispiel dafür sein. Im Januar betrug der Umsatz DM 250 000, Februar 300 000, März 340 000 und im April 394 000.

Abschließend möchte ich sagen, dass unser Betrieb fast ausschließlich dirigiert wird von niedrigen Verkaufspreisen. Alle anderen Maßnahmen zur Belegung des Geschäfts werden nicht angewandt und stehen schon lange nicht mehr zur Debatte. Wenn uns bei der Kalkulation etwas beschäftigt, dann nur, wie billig wir eine Ware verkaufen können und nicht, welchen höchsten Verkaufspreis wir erzielen können.“

Quelle: *Lebensmittelzeitung*. 04.09.1975: Fachvortrag von Karl Albrecht [1953], zitiert nach D. Brandes (2001). S.19-22

3.1.2 Gerhard Leithäuser “Geheimnisse des ALDI-Erfolgs“, kritisch kommentiert

ALDI ist heute der größte Lebensmitteldiscounter Deutschlands und Europas. Im Jahre 2004 fragte die Zeitschrift „Business Week (European Edition)“ auf ihrer Titelseite, ob ALDI wohl der nächste Wal-Mart, der größte Discounter weltweit werden könnte. Offensichtlicher Erfolg und kleinkarierte Geheimnistuerei: das passt nicht so recht zum heutigen Zeitgeist und erschwert die Beantwortung nach dem Wie und Warum. Es gibt nur einen Hofberichterstatter, ein ehemaliger Geschäftsführer, der nicht in Ungnade gefallen zu sein scheint und der vorgibt aus dem Nähkästchen zu plaudern.

Da gibt es nun nicht nur ein Geheimnis, das große Geheimnis, sondern gleich „Die 11 Geheimnisse des ALDI-Erfolgs“ (Brandes 2004). Leider werden die Geheimnisse mehr aufgezählt als ausgeplaudert. Das macht die Sache nicht leichter, vielleicht aber interessanter. Fünf oder sechs der Geheimnisse sollen jetzt skizziert werden. Sie geben Anlass zu Fragen. Mit der Unterstützung der später folgenden Texte wollen wir dann versuchen, die Fragen präziser zu stellen, Antworten zu finden, wie der Erfolg zustande kam. In diesem Spiel von Fragen und Antworten tauchen Begriffe und Behauptungen auf, die klärungsbedürftig sind. Die folgenden Abschnitte sollen uns helfen, die Begriffe zu verstehen und in den wirtschaftswissenschaftlichen Zusammenhang einzuordnen. Vielleicht kann uns ja auch das Internet weiterhelfen? Wir sollten es auf ein paar Versuche ankommen lassen!

Der ehemalige Geschäftsführer, der ausnahmsweise nicht in Ungnade gefallen zu sein scheint, zählt, wie bereits bemerkt, 11 Geheimnisse der Erfolgsstory von ALDI auf. Sieben davon sollen kurz behandelt werden:

Geheimnis 1: „Werden Sie fähig zur Einfachheit! (die goldene Regel des ALDI Erfolgs!).“

Einfachheit in einer komplexen Welt! Sie könnte entstehen durch „Reduktion von Komplexität“. Was heißt denn das? Reduktion = Verringerung. Nach Brandes ist ein System um so komplexer, (a) je mehr Elemente es aufweist, (b) je größer die Zahl der Beziehungen zwischen den Elementen ist, (c) je verschiedenartiger die Beziehungen zwischen den Elementen sind. – Hinter diesen Wortschablonen steht eine „einfache“ Tatsache. Das Sortiment von ALDI ist im Vergleich zu Konkurrenten mit rd. 600 bis 700 Artikeln sehr klein. Konkurrenten haben bis zu 20 000 Artikel, darunter allein 30 Sorten Röstkaffee. ALDI konkurriert über die Qualität und den Preis. Je kleiner das Sortiment um so größer sind tendenziell die Umsätze pro Artikel. Damit steigen die bestellten Mengen pro Artikel. Das kann in Preisenkungen für die Artikel umgemünzt werden. So einfach kann Komplexität sein...

Geheimnis 2: „Erarbeiten Sie das Vertrauen Ihrer Kunden!“

Es ist sicher mit einem kleinen Sortiment „einfacher“, Kunden zufrieden zu stellen und wirksame Qualitätskontrollen durchzuführen. Die Kundenzufriedenheit bei ALDI ist offenbar vergleichsweise groß. Die Brüder ALDI kaufen zuweilen in ihren eigenen Läden und fühlen sich deshalb gut informiert. Da bei ihnen der Kunde König ist, müssen sie sich dann wohl als Doppelmonarchen fühlen: einmal als Eigentümer und dann auch als Kunden den König mimen. Marktforschung soll bei ALDI keine Rolle spielen? Kundenzufriedenheit läuft überwiegend über Qualität und Preis und die müssen stimmen. Tun sie wohl auch...

Geheimnis 5: „Versuchen Sie nicht krampfhaft zu optimieren – Maximieren Sie einfach!“

Was heißt hier optimieren? Was maximieren? Offenbar sollen die Kunden so viel wie mögliche kaufen! – Mit dem „Geheimnis 1“, dem Gebot der Einfachheit, ist das nicht unbedingt vereinbar. Auch braucht man zum Optimieren und Maximieren zwar keinen „Zahlenfriedhof“ („Geheimnis 6“), bestimmt aber eine verlässliche Datenbank und entsprechende Modelle.

Geheimnis 6: „Suchen Sie Orientierung – Verzichten sie auf Budgets und Zahlenfriedhöfe“

Auf moderne computerunterstützte Buchhaltungssysteme verzichtet heute kein Unternehmen, ganz bestimmt kein transnationales. Jedes Unternehmen von der Größe ALDIs betreibt Zukunftsplanung, d.h. stellt Budgets auf. Ohne detaillierte Kostenrechnung und Controlling kommt heute kein Unternehmen mehr aus. In jedem größeren Unternehmen gibt es heute mindestens drei Buchführungen bzw. Bilanzen, d.h. die Handelsbilanz, die Steuerbilanz und die Bilanz, aus der ein kleiner Kreis von Eingeweihten sehen kann, was mit ihrem Unternehmen wirklich los ist. Dazu sind solide Kenntnisse der einzelwirtschaftlichen Rechnungslegung unverzichtbar.

Geheimnis 8: „Seien Sie zu den Lieferanten fair – Helfen Sie Ihnen, besser zu werden!“

Lieferanten haben es auch bei ALDI nicht leicht. Denen geht es ähnlich wie den Zulieferern der Autoindustrie. Niedrige Marktpreise werden auch und vor allem bei Handelsbetrieben von den Zulieferern erwirtschaftet. In vielen Großmärkten müssen die Lieferanten ihre Waren sogar schon selbst aufstellen. Auch ALDI hält die Lieferanten nicht unbedingt an der langen Leine, ist aber daran interessiert, dass verlässlich im weitesten Sinne des Wortes geliefert werden kann. Offensichtlich wird auch auf „zunehmende Skalenerträge“ gesetzt, d.h. die Lieferanten können bei zunehmender Produktion mit geringeren Steigerungen der Faktoreinsätze reagieren. Das führt zu Kostensenkungen. Die Qualitätskontrollen von ALDI sind streng (aber gerecht?). Auch hier erleichtert das kleine Sortiment einiges. ALDI zielt auf eine langfristige Zusammenarbeit mit den Lieferanten und verzichtet dabei auf Ausbeutungsstrategien, die bei kurzfristig angelegten Geschäftsbeziehungen oft zur Anwendung kommen. Das schließt sogar Unterstützungen von ALDI an Zulieferer, die sich unverschuldet in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinden, offenbar nicht aus.

Geheimnis 9: „Führen Sie nach den Prinzipien Vertrauen und Kontrolle!“

„Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ heißt es zuweilen. Doch wie wird „Vertrauen“ von der „Führung“ hergestellt. Durch ausgeklügelte Bonussysteme. Das senkt den Krankenstand, stabilisiert das Arbeitsverhalten und ist produktivitätsfördernd. Wenn „Vertrauen“ über ein Bonussystem hergestellt wird, kontrollieren die Mitarbeiter sich gegenseitig und auch sich selbst. „Jeder kontrolliert jeden“. Das ist nicht nur billiger sondern auch wirksamer. Das ganze System wird noch zusätzlich von der Geschäftsleitung kontrolliert. Von dem Ideal der Solidarität der Arbeiterbewegung bleibt fast nichts mehr übrig. Das Betriebsklima wird nicht unbedingt besser. Mobbing gedeiht gut auf einem solchen Nährboden. Das Reich der Freiheit kann dann nur noch in der Freizeit liegen.

Geheimnis 10: „Reden Sie verständlich!“

Wird gemacht Chef! Bedarf keiner weiteren Erklärung. Wir beherzigen dieses „Geheimnis“ und geloben unser Bestes zu tun! Das schwer Verständliche, das es ja trotzdem und weiterhin gibt, wird dann allerdings auch nicht unbedingt einfacher.

Unsere letzte Frage: was ist eigentlich Erfolg?

Und wenn schon ALDIs Erfolg für wen denn? Für die Gebrüder A. ganz sicher. Für die Kunden, die Lieferanten? Bei der Beantwortung dieser Fragen stößt man sicher auch auf das Problem der Einordnung in einen gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang.

3.1.3 Verdienste der ALDI-Mitarbeiter(innen) (2002)

„Aldi-Angestellte, die in ihren graublauen Kitteln nicht nur kassieren, sondern auch Kartons aufreißen und auspacken müssen, gelten als unterste Kaste des Einzelhandels. In Wahrheit sind sie die Königinnen: Eine Aldi-Vollzeitkraft verdient 2400 Euro im Monat - 4800 Mark! Das ist ein Spitzengehalt im Einzelhandel. Allerdings stellt Aldi wegen der unterschiedlichen Auslastung der Läden zu unterschiedlichen Tageszeiten überwiegend Teilzeitkräfte ein, die entsprechend weniger verdienen. Früher litten diese Frauen wegen schweren Hebens an Unterleibs- und Rückenerkrankungen. Auf Betreiben von Aldi sind deshalb rückenfreundliche Hubwagen konstruiert worden. Mit denen kann man Paletten nicht nur mühelos durch den Laden befördern; man kann sie auch beim Abpacken bis zu 70 Zentimeter hochfahren, also immer aufrecht stehend arbeiten: weniger Kosten durch weniger Krankheit und zügigeres Arbeiten.

Eine Filiale hat im Schnitt 3,3 Mitarbeiter/innen und einen Filialleiter. Der darf einen weißen Kittel tragen und verdient 3400 Euro. Die Gehälter einer Filiale setzen sich aus dem Tarifgehalt und einer Zulage, die in Promille vom Umsatz gezahlt wird. [...] Wer krank wird, erhält die übertarifliche Leistungszulage ungekürzt weiter - allerdings nur, wenn die Kollegen für ihn mitschuften. Sofern nicht, darf eine Ersatzkraft angefordert werden. Dann jedoch sinkt die Umsatzbeteiligung, weil sie - etwa bei einer Vier-Kräfte-Filiale - auf fünf umgelegt wird. Alle verdienen weniger. Erkrankte Aldi-Mitarbeiterinnen dürfen sich deshalb der Anteilnahme und Beobachtung ihrer Kolleginnen sicher sein. Dieses System sorgt für Krankenstände unter 0,5 Prozent (normal: drei Prozent).

Den Filialleitern vorgesetzt sind die Bezirksleiter: strebsame junge Herren - gelegentlich auch Damen - direkt von den Fachhochschulen. Sie kommen gern zu Aldi. Denn nach einer vier- bis sechsmonatigen Einarbeitungszeit als Kassierer und Packer winken ein Mittelklasse-Audi als Dienstwagen und ein Monatsgehalt von stolzen 6000 Euro. Der Bezirksleiter ist der Waldi von Aldi. Ihm unterstehen sechs bis acht Filialen. Er hat stets die Preise der umliegenden Lidl-, Penny und sonstigen Märkte im Auge [...]. Chef der Bezirksleiter ist der Verkaufsleiter, meist aus der Riege der Bezirksleiter aufgestiegen. Sein Monatsgehalt beträgt 10.000 Euro. Der Verkaufsleiter beaufsichtigt sechs bis acht Bezirksleiter. Er sitzt im Zentrallager.“

Quelle: *Stern* 49/2002, S. 50

3.1.4 Wolfgang Fritz “Die Aldisierung der Gesellschaft wird sich fortsetzen”

Bundesverband Deutscher Volkswirte und Betriebswirte e.V. 06.09.2004: das bdvb-Mitglied **Prof. Dr. Wolfgang Fritz**, TU Braunschweig, hält das hybride Käuferverhalten keineswegs für irrational:

„Discounter gehören zu den erfolgreichsten Geschäftsmodellen im deutschen Einzelhandel. Die Hälfte des Umsatzes entfällt auf Aldi. Die „Aldisierung“, so wird immer wieder behauptet, sei Ausdruck einer anhaltenden Rezession. Weil die Realeinkommen zurückgingen, nähme die Preissensibilität der Käufer zu. Davon profitierten die preisaggressiven Betriebstypen des Einzelhandels. Solche Erklärungen greifen nach Überzeugung von Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Fritz, Leiter der Abteilung Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Marketing an der Technischen Universität Braunschweig, zu kurz.

Die Gründe für den langfristigen Erfolg sieht Prof. Fritz insbesondere in dem positiven Image und der Angebotsqualität der meisten Discounter. Auch dies belegt Aldi spektakulär. Dessen eigene Marken in vergleichenden Warentests der Stiftung Warentest erzielen seit zwanzig Jahren regelmäßig gute oder sehr gute Beurteilungen. Darüber hinaus hat das Einkaufen bei Aldi für viele Verbraucher geradezu einen Kultstatus erlangt - geschickt unterstützt durch Aldi-Fanclubs und Buchreihen wie „aldidente“. Einen weiteren Grund sieht Fritz in dem sich wandelnden Konsumentenverhalten, das als „hybride“ bezeichnet wird. Dieses zwitterhafte Kaufverhalten drückt sich darin aus, dass ein und derselbe Konsument einmal teuer und ein andermal billig einkauft. Er leistet sich z. B. eine teure Schiffsreise in die Karibik und kauft zugleich seinen Rotwein für den Alltagsbedarf bei Aldi. Schlagworte wie „Aldi et Audi“ bringen diese Zwitterhaftigkeit des Kaufverhaltens sehr anschaulich zum Ausdruck.

Dieses hybride Kaufverhalten hält Prof. Fritz jedoch keineswegs für irrational, da der Konsument je nach Situation teuer oder billig einkauft. Er ist ein auf Preiswürdigkeit achtender Smart Shopper ebenso wie ein Käufer teurer Markenprodukte in einem - je nach Produktkategorie, Kaufbedeutung und Kaufsituation. Sonderaktionen und Preiskämpfe im Einzelhandel werden das Preisbewusstsein der Konsumenten auch weiterhin schärfen und aus Schnäppchenjägern vielleicht „Sonderangebotskrieger“ machen. Die „Aldisierung“ wird sich somit fortsetzen.

Der bedrohte Einzelhandel, so die Empfehlung des Wissenschaftlers, muss sich an den Defiziten des Angebots der Discounter orientieren. Er muss dem Kunden genau das bieten, was dieser will, aber beim Discounter nicht erhält. Dies sind vor allem Convenience (Bequemlichkeit) und Erlebnis. Beispiele dafür sind Convenience-Stores wie rund um die Uhr geöffnete Tankstellen-Shops, Bahnhofs-geschäfte, Pizza-Bringdienste, Abholservice bei Reparaturen, und Erlebnis-Center wie z. B. das Centro in Oberhausen oder ECE-Center in Innenstädten. Zwei Megatrends, die es neben der Discountorientierung eben auch gibt.

Quelle: *Informationsdienst Wissenschaft - idw* - Pressemitteilung bdvb - Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte e.V., 06.09.2004. Weitere Infos unter <http://www.bdvb.de>

3.2 LITERATUR

3.2.1 Verwendete Literatur

- Afheldt, Horst:** *Wirtschaft die arm macht. Vom Sozialstaat zur gespaltenen Gesellschaft.* München: Verlag Antje Kunstmann GmbH 2003.
- Bildungswerk der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) in Bayern (Hg.):** *Menschen handeln.* o.O., o.J. (München, 2004), Bestellung per email: sekretariat@ver.di-bw-bayern.de.
- Bofinger, Peter:** *Wir sind besser als wir glauben. Wohlstand für alle.* München: Pearson Studium 2005.
- Brandes, Dieter:** *Die 11 Geheimnisse des Aldi-Erfolgs.* Frankfurt a. Main: Campus Verlag 2003.
- Brandes, Dieter:** *Konsequent einfach. Die Aldi-Erfolgsstory.* München: Wilhelm Heyne Verlag 2001.
- Brennan, Teresa:** *Jenseits der Hybris. Bausteine einer neuen Ökonomie.* Frankfurt a. Main: S. Fischer Verlag 1997.
- Bröcking, Ulrich u.a. (Hg.):** *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen.* Frankfurt a. Main: Suhrkamp Verlag 2000.
- Chossudovsky, Michel:** *Global brutal. Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg.* Frankfurt a. Main: Zweitausendeins 2002.
- Commoner, Barry:** *Energieeinsatz und Wirtschaftskrise.* Reinbek: Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH 1977.
- Chomsky, Noam:** *Profit over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung.* Hamburg, Wien: Europa Verlag 2000.
- Die Gruppe von Lissabon:** *Grenzen des Wettbewerbs. Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit.* München: Luchterhand 2001.
- Dieren, Wouter van:** *Mit der Natur rechnen. Der neue Club-of-Rome-Bericht.* Basel: Birkhäuser Verlag 1995.
- Filc, Wolfgang:** *Gefahr für unseren Wohlstand. Wie Finanzmarktkrisen die Weltwirtschaft bedrohen.* Frankfurt am Main: Eichborn 2001
- Forrester, Vivian:** *Der Terror der Ökonomie.* Wien: Paul Zsolnay Verlag 1997.
- Giarini, Orio, Patrick M. Liedtke:** *Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome.* Hamburg: Hoffmann und Campe 1998.
- Glotz, Peter:** *Die beschleunigte Gesellschaft. Kulturkämpfe im digitalen Kapitalismus.* Reinbek: Rowohlt Taschenbuch Verlag 2001.
- Greif, Wolfgang, u. a. (Hg.):** *Alternativen zum Neoliberalismus. Kurswechsel: Sozial ins 21. Jahrhundert.* Wien: Verlag des ÖGB 1999.
- Heinrich, Michael:** *Kritik der politischen Ökonomie.* Stuttgart: Schmetterling Verlag 2004.
- Hengsbach, Friedhelm:** *Wirtschaftsethik. Aufbruch – Konflikte – Perspektiven.* Freiburg i. Breisgau: Herder Verlag 1991.
- Hickel, Rudolf, Frank Strickstroock (Hg.):** *Brauchen wir eine andere Wirtschaft?* Reinbek: Rowohlt Taschenbuch Verlag 2001.
- Keim, Helmut / Steffens, Heiko (Hg.):** *Wirtschaft Deutschland. Daten-Analysen-Fakten.* Köln: Wirtschaftsverlag Bachem 2000.
- Kennedy, Paul:** *Aufstieg und Fall der großen Mächte.* Frankfurt a. Main: Fischer Taschenbuch Verlag GmbH 1994.
- Kessler, Wolfgang:** *Wirtschaften im dritten Jahrtausend.* Oberursel: Publik-Forum 1996.
- Landes, David S.:** *Wohlstand und Armut der Nationen.* Berlin: Berliner Taschenbuch Verlag 2002.
- Lenk, Hand, Matthias Maring (Hg.):** *Wirtschaft und Ethik.* Stuttgart: Philipp Reclam jun. 2002.
- Liedtke, Rüdiger:** *Wem gehört die Republik? 2005. Die Konzerne und ihre Verflechtungen in der globalisierten Wirtschaft. Namen. Zahlen. Fakten.* Frankfurt a.M.: Eichborn Verlag 2004.

- Marx, Karl:** Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Zweiter Band, Buch II: Der Zirkulationsprozess des Kapitals. Berlin: Dietz 1972.
- Müller, Albrecht:** *Die Reformlüge*. München: Droemer 2004.
- Negt, Oskar:** *Arbeit und menschliche Würde*. Göttingen: Steidl 2001.
- Negt, Oskar:** „Machtpolitischer Kampfplatz zweier Ökonomien.“ In: *Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*. April 1995.
- Polany, Karl:** *The Great Transformation*. Frankfurt a. Main: Suhrkamp Taschenbuch Verlag 1978.
- Rathenau, Walther:** *Wirtschaft ist Schicksal*. Husum: Husum Druck- und Verlagsgesellschaft 1990.
- Roth, Rainer:** *Das Kartenhaus. Ökonomie und Staatsfinanzen in Deutschland*. Frankfurt am Main: DVS 1998.
- Schneider, Martina:** *Welche Marke steckt dahinter? No-Name-Produkte und ihre namhaften Hersteller*. Südwest Verlag 2005. Informationen: www.weltbild.de
- Schwarz, Friedhelm:** *Nestlé – Macht durch Nahrung*. Bergisch Gladbach: Lübbe GmbH 2000.
- Jürgen Seifert,** „Wir brauchen eine Ökonomie für das ganze Haus.“ In: *Vorgänge* 28 (1989) S. 25).
- Senett, Richard:** *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*. Berlin: Berlin Verlag 1998.
- Smith, Adam:** *Der Wohlstand der Nationen*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag, 2003.
- Womack, James P. u. a.:** *Die zweite Revolution in der Autoindustrie*. Frankfurt: Campus Verlag 1994.
- Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung:** „Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit. Drei Ziele – ein Weg.“ Bonn: Dietz Verlag 1998.

3.2.2 Weiterführende Literatur

Fachliteratur

- Altvater, Elmar, Birgit Mahnkopf:** *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2002.
- Bartling, Hartwig, Franz Luzius:** *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre*. München: Verlag Franz Vahlen 2004.
- Bofinger, Peter:** *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre. Eine Einführung in die Wissenschaft von Märkten*. München: Pearson Studium, 2003.
- Cavanagh, John and Jerry Mander (Hg.):** *Alternatives to Economic Globalization. A better World is possible*. San Francisco: Berret-Koehler Publ. Inc. 2004.
- Conert, Hansgeorg:** *Vom Handelskapital zur Globalisierung. Entwicklung und Kritik der kapitalistischen Ökonomie*. Münster: Westfälisches Dampfboot 1998.
- Fusfeld, Daniel R.:** *Geschichte und Aktualität ökonomischer Theorien. Vom Merkantilismus bis zur Gegenwart*. Vorwort des Herausgebers H. G. Nutzinger. (Erstausgabe 1972: *The Age of the Economist*). Frankfurt: Campus 1975.
- Heilbroner, Robert L.:** *Kapitalismus im 21. Jahrhundert*. München: Carl Hanser 1994. Originalausgabe 1993: *21st Century Capitalism*.
- Hofmann, Werner.** *Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft. Ein Leitfaden für Lehrende*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag 1969.
- Galbraith, John Kenneth:** *Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs. Vom Realitätsverlust der heutigen Wirtschaft*. Berlin: Siedler 2005
Originalausgabe 2004: *The Economics of innocent Fraud: Truth for Our Time*.
- Krugman, Paul:** *Schmalspur-Ökonomie. Die 27 populärsten Irrtümer über Wirtschaft*. München: EconTaschenbuch, 2002.
- Landes, David S.:** *Wohlstand und Armut der Nationen. Warum die einen reich und die anderen arm sind*. Berlin: Berliner Taschenbuch Verlag 2002.
- Leithäuser, Gerhard.** „Gesamtwirtschaftliche und einzelwirtschaftliche Grundmuster eines Programms zur Vermittlung ökonomischer Kompetenzen.“ Universität Bremen 2006.

Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftler: *Ökonomie ohne Arbeit – Arbeit ohne Ökonomie?* Hannover: Offizin Verlag 1997.

Rosenthal, Frank: *Die Luft- und Raumfahrtindustrie zwischen Wettbewerb und Industriepolitik.* Frankfurt a. Main: Peter Lang 1996.

Schäfers, Vernhard: *Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland.* Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag 1998.

Sinn, Hans-Werner: *Ist Deutschland noch zu retten?* München: Econ 2003.

Teepel, Gary. *Globalization and the Decline of Social Reform. Into the Twenty-First Century.* Aurora, Ont.: Garamound Press 2000.

Zinn, Karl Georg: *Jenseits der Markt-Mythen.* Wirtschaftskrisen: Ursachen und Auswege. Hamburg: VSA 1997.

Statistisches Material, Deutschland

Bundeszentrale für politische Bildung; Statistisches Bundesamt (Hg.): *Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland.* Bonn 2004.

Statistisches Bundesamt (Hg.): *Zahlenkompass 2004 Für die Bundesrepublik Deutschland.* Wiesbaden, 2004. Internet: www.destatis.de

Institut der deutschen Wirtschaft (Hg.): *Deutschland in Zahlen* Ausgabe 2003. Köln: Deutscher Instituts Verlag, 2003. Internet: www.divkoeln.de

Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (Hg.): *Statistisches Taschenbuch 2004. Arbeits- und Sozialstatistik.* Bonn 2004. Internet: www.bmgs.bund.de

Reporte/Berichte/Deklarationen

Agenda 21. 1992. (Erdgipfel in Rio de Janeiro 1992).

<http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/agenda21.pdf> [Deutsch/Stand: 9.9.2005]

http://www.sidsnet.org/docshare/other/Agenda21_UNCED.pdf [Englisch/Stand: 9.9.2005]

Earth-Charter (24.3.2000, Englisch). <http://www.earthcharter.org/files/charter/charter.pdf> [Stand: 5.9.2005]

Earth-Charter (24.3.2000, Deutsch). http://www.erdcharta.de/erdchart/ie/ie5/1024/ie_erdch.html [Stand: 5.9.2005]

Europäische Union: „Gemeinsamer Bericht über die soziale Eingliederung 2004“.

[http://www.europa.eu.int/comm/employment-](http://www.europa.eu.int/comm/employment_social/social_inclusion/docs/final_joint_inclusion_report_2003_de.pdf)

[ment_social/social_inclusion/docs/final_joint_inclusion_report_2003_de.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/employment_social/social_inclusion/docs/final_joint_inclusion_report_2003_de.pdf) [Stand: 5.9.2005]

Europäische Union: „Die Soziale Lage in der Europäischen Union.“ Kurzfassung 2004.

http://europa.eu.int/comm/employment_social/news/2004/oct/socsit_2004_de.pdf [Stand: 5.9.2005]

International Labour Office: „A Fair Globalization. The Role of ILO.“ Report of the Director-General on the World Commission on the Social Dimension of Globalization. Geneva 2004.

<http://www.ilo.org/public/english/standards/reim/ilc/ilc92/pdf/adhoc.pdf> [Stand: 5.9.2005].

Kok, Wim (Hg.). „Die Herausforderung annehmen. Die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung.“ Bericht der hochrangigen Sachverständigenkommission unter Vorsitz von Wim Kok. Brüssel, November 2004. <http://europa.eu.int/growthandjobs/pdf/2004-1866-DE-complet.pdf> [Stand: 6.9.2005].

Kuhn, Stefan, Gottfried Suchy und Monika Zimmermann (Hg.): *Lokale Agenda 21 – Deutschland. Kommunale Strategien für eine zukunftsfähige Entwicklung.* Internationaler Rat für Kommunale Umweltinitiativen. Berlin: Springer 1998.

Kyoto-Protokoll vom 11.12.1997. <http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/protodt.pdf> (Deutsch) <http://unfccc.int/resource/docs/convkp/kpeng.pdf> (Englisch)

Meadows, Dennis, Donella Meadows, Erich Zahn, Peter Milling: *The Limits of Growth.* New York: Universe Books 1972.

- Meadows, Dennis, Donella Meadows, Erich Zahn, Peter Milling:** *Die Grenzen des Wachstums. Bericht zur Lage der Menschheit an den Club of Rome.* Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag 1972.
- Meadows, Donella H., Jorgen Randers, Dennis L. Meadows:** *The Limits of Growth: The 30-Year Update.* Earthscan 2004.
- Nord-Süd Kommission:** *Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer.* Köln: Kiepenheuer & Witsch 1980.
- Weizsäcker, Ernst Ulrich von, Oran R. Young, Matthias Finger (Hg.):** *Limits to Privatization; How to Avoid too much of a Good Thing – A Report to the Club of Rome.* Stuttgart: Earthscan 2005.
- World Commission on Environment and Development [„Brundtland Commission“]:** *Our Common Future.* Oxford: Oxford University Press 1987.
- Weltkommission für Umwelt:** *Unsere gemeinsame Zukunft: Der Brundtland-Bericht.* Volker Hauff (Hg.). Greven: Eggenkamp 1987.
- Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie (Hg.):** *Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit.* München: C.H. Beck 2005.
- United Nations:** „Universal Declaration of Human Rights“. New York 1948.
<http://www.un.org/Overview/rights.html>
- United Nations:** „Plan of Implementation of the World Summit on Sustainable Development“. Johannesburg 2002 (Folgegipfel von Rio de Janeiro).
http://www.un.org/esa/sustdev/documents/WSSD_POI_PD/English/WSSD_PlanImpl.pdf [Stand: 6.9.2005]
- United Nations:** *Report on the World Social Situation 2005: The Inequality Predicament.* New York 2005.
<https://unp.un.org/details.aspx?entry=E05RWS&change=E>

Zeitschriften

- Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament.** Hg.: Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
http://www.bpb.de/publikationen/BKRM30.0.0.Aus_Politik_und_Zeitgeschichte.html
- Lebensmittel Zeitung** <http://www.lz-net.de/> [Stand: 6.9.2005]

Zeitungsartikel

- Storz, Wolfgang:** „Die Panikmacher“. *Frankfurter Rundschau* Nr. 179, 4. August 2005. S. 3

Lexika

- Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.):** *Das Lexikon der Wirtschaft. Grundlegendes Wissen von A bis Z.* Bonn Bundeszentrale für politische Bildung 2004.
- Dtv Jahrbuch 2005.** Zahlen – Daten – Analysen. Hamburg: Spiegel Verlag 2004.
- Günter, Horst:** *Betriebswirtschaft. Lexikon für Studium und Praxis.* Reinbek: Rowohlt Taschenbuch Verlag 2004.
- Mühlbradt, Frank.W.:** *Wirtschaftslexikon. Daten, Fakten und Zusammenhänge.* 7. Aufl., Berlin: Cornelsen Verlag Scriptor 2003.
- Weidenfeld, Werner (Hg.):** *Europa-Handbuch.* Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2002.

IV LERN- UND ANEIGNUNGSSTRATEGIEN – LERNEN ZU LERNEN

EINLEITUNG

Das folgende Kapitel soll die Leserinnen und Leser, die Lernenden und Lehrenden dabei unterstützen, ihre Lern-, Aneignungs- und Lehrkompetenzen wahrzunehmen und zu erweitern.

- Dabei geht es *erstens* darum zu klären, was **Lernen** ist.
- *Zweitens* fragen wir, **warum** Menschen überhaupt lernen, also welche Gründe sie für ihr Lernen haben bzw. welche Motivation.
- *Drittens* setzen wir uns damit auseinander, **was** Menschen lernen, also welche Inhalte sie sich aneignen.
- *Viertens* überlegen wir, **wie** Menschen lernen, also welche Wege sie einschlagen und welche Hilfsmittel sie dabei verwenden.
- Abschließend werden wir uns *fünftens* mit möglichen **Problemen** und Behinderungen beschäftigen, die beim Lernen auftreten können und fragen, wie sie überwunden werden können.

4.1 WAS IST LERNEN?

Im weitesten Sinn ist Lernen die Aneignung und Verarbeitung von Informationen. Die Aneignung und Verarbeitung von Informationen ist

- **erstens** eine aktive, individuell gesteuerte Tätigkeit (niemand kann einen anderen „zwingen“, etwas zu lernen), die zur Wissenserweiterung dient;
- Lernen beinhaltet **zweitens** auch immer die Möglichkeit der individuellen (oder kollektiven) Verhaltensänderung.

Lernen besteht aus den folgenden sechs Kategorien:

- Wissen vermehren;
- Auswendiglernen und Reproduzieren;
- Anwenden des neuen Wissens;
- Verstehen des Wissens;
- Gewinnung neuer Erkenntnisse;
- Verhaltensänderung.¹⁴

Lernen umfasst immer alle sechs Kategorien, die je nach Interessen und Lernstoff individuell unterschiedlich gewichtet werden. Bei den ersten drei Kategorien wird Wissen als etwas gesehen, das außerhalb der Person existiert. Eine

¹⁴ In Anlehnung an: Adi Winteler. *Professionell lehren und lernen. Ein Praxisbuch*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2004. S 19.

Person eignet sich Wissen an und reproduziert es später wieder, zum Beispiel mit dem Ziel, eine Prüfung zu bestehen. Die Kategorien vier bis sechs dagegen signalisieren ein vertieftes Verständnis von Lernen: Die Aneignung von Wissen zielt auf eine Erweiterung des vorhandenen Wissens mit dem Ziel, Handlungsmöglichkeiten auszudehnen. Für Menschen bedeutet diese Art von Lernen, dass sie sich im weitesten Sinne Kompetenzen aneignen, um sich selbst zu verändern und zu entwickeln und die Welt, in der sie leben, aktiv zu beeinflussen.

Die bisherigen Aussagen über das Lernen unterstellen, dass Lernen „funktionierte“, ohne dass bereits erklärt wurde, wie Lernprozesse (technisch) ablaufen.

Erklärungen hierfür finden wir zum Beispiel in den **Naturwissenschaften**. Vor allem die Biologie, Biochemie und Neurophysiologie haben sich mit den biochemischen und neurophysiologischen Voraussetzungen und Vorgängen des Lernens auseinandergesetzt.

Die **(Lern-)psychologie** erforscht den Prozess des Lernens auf der Schnittstelle zwischen Naturwissenschaften und Sozialwissenschaften. Sie nimmt die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse über das Lernen als Grundlage an und versucht herauszufinden, mit welchen Interessen und welchen Strategien Menschen lernen.

Die **Sozial- und Geisteswissenschaften** nehmen schließlich sowohl naturwissenschaftliche als auch lernpsychologische Erkenntnisse über das Lernen als gegeben an und setzen sich aus einer sozialen und gesellschaftsbezogenen Perspektive mit dem Lernen auseinander. Dabei wird gefragt, mit

welchen Zielen Menschen lernen (z.B. Veränderung der eigenen Person, der Gesellschaft); welche Voraussetzungen (individuell und gesellschaftlich) notwendig sind, um erfolgreich lernen zu können; welche Ziele eine Gesellschaft mit Lernen verknüpft (z. B. eher instrumentell oder eher emanzipatorisch orientierte); und wie die Chancen, erfolgreich zu lernen, in einer Gesellschaft verteilt sind.

4.2 WARUM LERNEN WIR?

Die Standardantwort auf diese Frage ist zunächst: „Menschen können nicht *nicht* lernen.“ D. h., Lernen gilt als eine Voraussetzung menschlichen Lebens. Es sichert das Überleben, unabhängig davon, in welcher Zeit und welcher Gesellschaft Menschen leben.

Dies bedeutet, dass Menschen zum einen aus individuellem Antrieb lernen. Zum anderen lernen sie aber auch, weil es gesellschaftlich erwartet wird. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die jeweiligen Lernformen sehr unterschiedlich sein können.

So findet Lernen nicht immer in organisierter Form statt (d. h. Schule, Berufsausbildung, Erwachsenenbildung), sondern häufig zufällig, informell und beiläufig. Die nachfolgende Abbildung veranschaulicht die Dimensionen von Lernformen:

(Quelle: Peter Faulstich und Christine Zeuner. *Erwachsenenbildung. Eine handlungsorientierte Einführung*. Weinheim: Juventa 1999. S. 28):

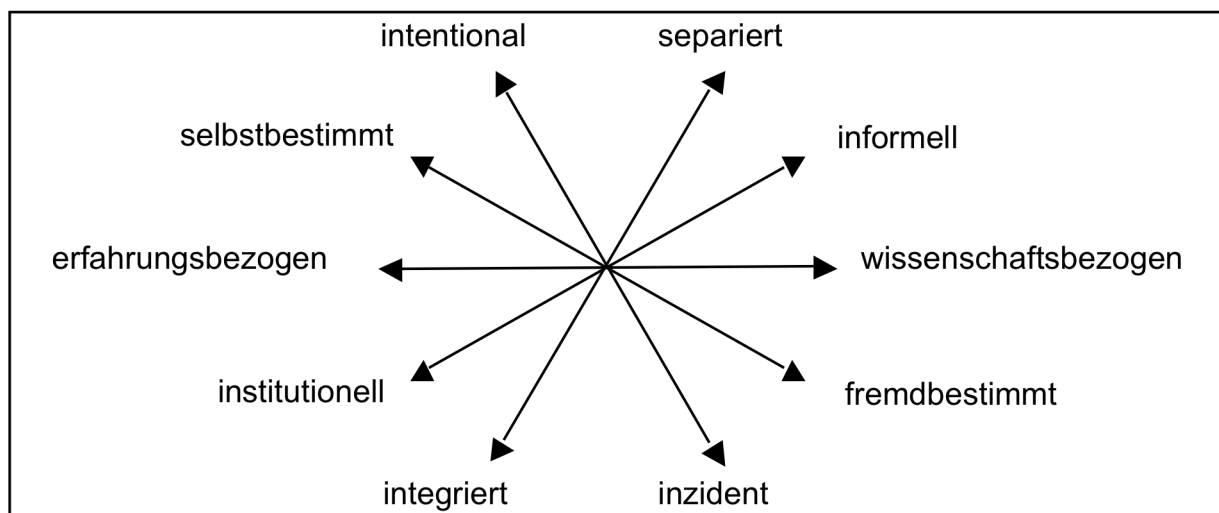


Abb. 1: Aspekte von Lernformen

Die Lernorte sind dabei ebenfalls sehr verschieden: Lernen kann in Institutionen stattfinden, deren Hauptaufgabe darin besteht, Menschen etwas zu vermitteln wie Schulen, Universitäten, Erwachsenenbildungseinrichtungen. Aber man lernt auch – organisiert oder eher beiläufig – in Betrieben, Museen, Ge-

werkschaften, Vereinen, Kirchen, bei kulturellen Veranstaltungen usw. Der jeweilige Lernort beantwortet häufig auch schon die Frage, warum Menschen lernen: aus beruflichen Gründen, aus politischen, aus religiösen, aus sozialen, aus kulturellen Gründen.

Lernen wird als die Aneignung von Wissen zum Zwecke der Verhaltensänderung und Handlungsfähigkeit des Einzelnen verstanden. Dies bedeutet, dass Lernen immer ein Ziel hat. Dieses Ziel kann instrumentellen Charakter haben, sich also beispielsweise auf die Verbesserung der ökonomischen Situation oder auf die Anpassung an gesellschaftliche

Entwicklungen richten. Darüber hinaus kann Lernen aber auch eine emanzipatorische Zielsetzung verfolgen, bei der es um die Entwicklung der eigenen Anlagen und Möglichkeiten geht, um sie im Sinne individueller und gesellschaftlicher Verbesserungen und Veränderungen einzusetzen.

4.3 WAS LERNEN WIR?

Mögliche Inhalte menschlichen Lernens sind natürlich ebenso unermesslich wie das existierende und das zukünftige Wissen. Trotzdem lassen sich Kategorien bilden, die Lerninhalte systematisie-

ren, wenn für eine solche Systematik von gesellschaftlichen und individuellen Interessen, die sich durchaus widersprechen können, ausgegangen wird.

Folgende Kategorien sind zu unterteilen:

- Inhalte, die die Tradition und Kultur einer Gesellschaft sichern und ihre Identität bestimmen (z.B. Religion; Geschichte; Kunst; Musik; Philosophie; Literatur; naturwissenschaftliche und technische Erkenntnisse).
- Inhalte, die das **Zusammenleben in einer Gesellschaft** ermöglichen (z.B. soziale Verhaltensweisen; Werte und Normen (darin eingeschlossen rechtliche Regelungen)).
- Inhalte, die im je **individuellem Interesse** begründet sind. (Sie können der individuellen Bereicherung, gesellschaftlichen oder beruflichen Zwecken dienen).

4.4 WIE LERNEN WIR?

Bei der Frage, wie man lernt, geht es im weitesten Sinne um **Lernstrategien**.

Unter Lernstrategien versteht man **erstens**, wie ein Lernender Informationen auswählt, erwirbt, organisiert, die neuen Erkenntnisse mit bereits vorhandenem Wissen verbindet und sie in sein Wissen integriert. Es geht also um Techniken, Methoden und Taktik des Lernens. Diese auf die aktive Aneignung und Verarbeitung von Wissen zielenden Verhaltensweisen werden auch **Lernstile** genannt, die individuell und je nach zu erlernendem Inhalt sehr unterschiedlich sein können. **Zweitens** beschäftigt sich vor allem die Lernpsychologie mit der Frage, welche **kognitiven Stile** beim Lernen nachweisbar sind. Es geht darum festzustellen, mit welchen Interessen Menschen lernen – z. B. weil sie ein Thema spannend finden und mehr darüber wissen möchten; weil sie bestimmte Dinge in ihrer Freizeit tun möchten; weil sie eine Prüfung bestehen möchten; oder weil sie bestimmte Dinge für ihren Beruf lernen müssen. Abhängig von den Lernintentionen und Zielen wird auf unterschiedliche Arten gelernt. Lernen – und damit auch die Lernstrategie – wird damit individuell unterschiedlich begründet.¹⁵

Im Folgenden geht es uns darum, die Lern- und Aneignungsstrategien unserer Leserinnen und Leser zu unterstützen. Wir beschäftigen uns dabei mit Fragen der Lernstrategien im Sinne von praktischen Lernstilen und nicht in Bezug auf kognitive Lernstile.

Wir werden Hinweise geben, wie man Informationen sammelt (Abschnitt 1), wie man mit Texten umgeht und seine Lesefähigkeit üben kann (Abschnitt 2), und welche Techniken es gibt, Gelesenes zu behalten (Abschnitt 3). In einem weiteren Abschnitt werden wir Anregungen geben, wie offene bzw. selbstgesteuerte Lernprozesse gestaltet werden können, die bei der Erarbeitung der Lern- und Arbeitsbücher eine wichtige Rolle spielen (Abschnitt 4).

Denn, wie bereits in der Einleitung gesagt, können diese Lern- und Arbeitsbücher sowohl in traditionellen Unterrichtsformen eingesetzt werden, als auch zur Eigenarbeit. Je nachdem, welche Lernform vorliegt, werden die Lernenden unterschiedliche Lernstrategien verfolgen.

¹⁵ Zu Lernstrategien und ihre Anwendung vgl. K.-P. Will. *Lernstrategien im Studium*. Münster: Waxmann 2000.

4.5 SAMMELN VON INFORMATIONEN

Ein Problem der heutigen Zeit besteht weniger darin, Informationen zu erhalten, als zu beurteilen, ob diese Informationen erstens für die eigene Fragestellung relevant sind und ob sie zweitens richtig sind. Viele Menschen konsultieren bei der Informationssuche zunächst das Internet. Hier sind die erwähnten Probleme besonders auffällig: Oft ist es

gar nicht so einfach, Informationen zur eigenen Fragestellung zu bekommen, und zudem ist es meist sehr schwierig, zu entscheiden, ob diese Informationen richtig und treffend sind. Ähnlich verhält es sich mit anderen Quellen wie Büchern, Enzyklopädien, Lexika, Fachbüchern, Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln usw.

4.5.1 Umgang mit dem Internet

Der Vorteil des Internets ist, dass man zu allen vorstellbaren Wissensgebieten Informationen finden kann. Die übliche Suchstrategie ist, über Suchmaschinen

wie Google, Yahoo, Altavista oder webster Suchbegriffe einzugeben und über die dort angegebenen Links weiterzusehen.

Hierbei kann es zu folgenden Problemen kommen:

- Der Suchbegriff ist zu ungenau oder zu speziell. Im ersten Fall erhält man zu viele Antworten, im zweiten treffen die Antworten nicht auf die Frage zu. Man muss also mit Suchbegriffen experimentieren.
- Die Suchmaschinen verwenden unterschiedliche Begriffe, weshalb man variieren muss.
- Die Suche kann sehr zeitaufwändig und unter Umständen auch frustrierend und damit wenig effektiv sein.
- Problematisch ist es weiterhin häufig, die Richtigkeit von Informationen nachzuprüfen, weil Primärquellen nicht angegeben werden.

4.5.2 Umgang mit Bibliotheken

Die „traditionelle“ Art und Weise, sich Informationen zu beschaffen, ist der Besuch von Bibliotheken und das Lesen schriftlicher Quellen. Zu unterscheiden ist zwischen Staats-, National- und Landesbibliotheken, allgemeinen öffentlichen Bibliotheken (städtisch oder kommunal) sowie wissenschaftlichen und Fachbibliotheken (häufig an Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen,

aber auch bei Behörden, Museen, Berufsverbänden usw.).

Bibliotheken verfügen über verschiedene Kataloge, in denen Informationen über die in der Bibliothek befindlichen Bücher abrufbar sind. Heute ist dies in den meisten Fällen ein elektronischer Katalog, in dem alle Medien gespeichert sind. Unterteilt werden die Kataloge – ob elektronisch oder traditionell – in alpha-

betische Kataloge, in denen man nach Autoren suchen kann oder nach Schlagworten. Im ersten Fall weiß man bereits, welches Buch oder welchen Autor man sucht, im zweiten möchte man herausfinden, welche Bücher zu einem bestimmten Thema in einer Bibliothek vorhanden sind. Zudem gibt es in größeren Bibliotheken meistens Zeitschriftenkataloge, Dissertationskataloge oder thematische Spezialkataloge.

Bibliotheken haben Personal, das bei der Suche nach Literatur berät und weiterhilft. Häufig werden Führungen angeboten, die auf die verschiedenen Möglichkeiten einer Bibliothek eingehen, die Systematik der Bücheraufstellung sowie der vorhandenen Kataloge erklären.

Auch ist die Vernetzung verschiedener Bibliotheken über Computer mittlerweile weit vorangeschritten, so dass man - zumindest in Deutschland - über sogenannte „Verbundkataloge“ den Bestand vieler Bibliotheken einer größeren Region abfragen kann. Sind Bücher nicht in der eigenen Bibliothek vorhanden, können sie in der Regel über die sogenannte „Fernleihe“ bestellt werden: Die eigene Bibliothek bestellt das Buch bei einer anderen und man kann das Buch in der eigenen Ausleihe abholen.¹⁶

¹⁶ Ausführlich mit der Frage von Suchstrategien in Bibliotheken und im Internet beschäftigen sich die folgenden Bücher:
Regula Schröder-Naef. *Rationeller Lernen lernen. Ratschläge und Übungen für alle Wissbegierigen*. Weinheim: Beltz Verlag ²¹2003. (Bes. Kapitel 4.2) sowie
Joachim Stary und Horst Kretschmer: *Umgang mit wissenschaftlicher Literatur. Eine Arbeitshilfe für das sozial- und geisteswissenschaftliche Studium*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1999.

4.6 UMGANG MIT TEXTEN UND LESEFÄHIGKEIT

Das Lesen von Texten ist sicherlich eine der häufigsten Tätigkeiten, um sich Wissen anzueignen. Empfehlungen zu Lesetechniken gibt es zahlreiche – ob es um Schnelllesen geht; um Techniken, sich das Gelesene dauerhaft anzueignen oder nach individuellen Gesichtspunkten zu ordnen usw.

Hier können und sollen die Anregungen entsprechender Bücher nicht wiederholt werden. Einige grundsätzliche Hinweise zum Umgang mit Texten werden allerdings aufgeführt, da die vorliegenden Lern- und Arbeitsbücher ebenfalls weitgehend Textarbeit erfordern. Weniger geübte Leser können ja zunächst die hier vorgeschlagenen Techniken bei der Erschließung von Texten anwenden, um dann eigene Vorgehensweisen zu entwickeln.

4.6.1 Lesen als Prozess

Das Lesen von Texten kann man sich als einen kreisförmigen Prozess vorstellen, dessen Ausgangspunkt die Vorkenntnisse sind, die jemand zu einem Thema mitbringt. Diese können gering sein oder auch bereits sehr breit.

Unabhängig davon, welchen Wissensstand eine Person hat, kann der nachfolgende Vorschlag für die Bearbeitung von Texten als systematischer Bearbeitungsprozess angewandt werden. Der

Vorschlag soll dazu anregen, unabhängig von der Kenntnis eines Gegenstandes zunächst darüber nachzudenken, was man bereits auf Grund seiner Alltagserfahrungen oder auch der Erfahrungen im beruflichen oder politischen Zusammenhang zu einem Thema weiß. Dann setzt man sich mit einem Text anhand von bestimmten Erwartungen hinsichtlich seiner Informationen auseinander. Die inhaltliche Aufmerksamkeit wird auf diese Weise zielgerichteter; es wird damit leichter, den Argumenten eines Autors zu folgen und sie mit dem eigenen Vorverständnis zu vergleichen.

Anfangs wurde darauf hingewiesen, dass Lesen als ein kreisförmiger Prozess verstanden werden muss: So ist es bei der Anwendung des nachfolgenden Schemas wahrscheinlich, dass beim ersten Lesen nicht alle Fragen vollständig beantwortet werden können. In diesem Fall sollte man entweder den ganzen Text oder bestimmte Ausschnitte noch einmal lesen und versuchen, mit dem nun erweiterten Vorverständnis – Ergebnis des ersten Durchgangs – weitere Erkenntnisse zu gewinnen. Diese Vorgehensweise erfordert zunächst Zeit – mit ein wenig Übung wird es aber leichter, den Inhalt von Texten zu erschließen und Methoden zu entwickeln, die dem eigenen Lernstil entsprechen.

4.6.2 Methodische Vorschläge zur Interpretation von Texten

A. Vorbereitende Überlegungen zur Lektüre

1. Formulierung der eigenen erkenntnisleitenden Interessen

- Aus welchem Grund wird der Text gelesen?
- Welche Erwartungen werden damit verknüpft?

2. Formulierung des eigenen Vorverständnisses vom Text

- Welche Begriffe sind bekannt/unbekannt?
- Was ist über den Autor/die Autorin bekannt?

3. Entstehungszusammenhang des Textes

- Wann und wo wurde der Text geschrieben?
- Aus welchem Anlass wurde er geschrieben?
- Wo und aus welchem Anlass wurde er veröffentlicht?
- Wer sind die Adressaten des Textes?

B. Fragen während der Lektüre des Textes

1. Formale Aspekte

- Gliederung/Aufbau des Textes
- Struktur der Abschnitte/Kapitel
- Gibt es Zusammenfassungen?
- Themen, die angesprochen werden

2. Inhaltliche Aspekte: innerer und struktureller Argumentationsverlauf

- Welche Thesen/Hypothesen vertritt der Autor?
- Wie werden die Thesen belegt/widerlegt?
- Gibt es inhaltliche Sprünge/Brüche?

3. Inhaltliche Aspekte: Begriffe

- Welche Begriffe sind wichtig?
- Wie werden die Begriffe erklärt?

4. Inhaltliche Aspekte: Quellen

- Welche Quellen werden benutzt?
- Dienen die Quellen zur Erläuterung/Erklärung/Widerlegung der Thesen?

C. Überlegungen nach der ersten Lektüre des Textes

- Hat der Text die erkenntnisleitenden Interessen beantworten können? (vgl. 1)
- Hat der Text zum besseren Verständnis der Materie beigetragen?
- Gibt es begründete inhaltliche/formale Kritik an dem Text?

4.6.3 Lesen als Aneignung von Wissen

Wenn man Texte nach dem gerade gezeigten Schema gelesen und interpretiert hat, ergibt sich (meistens gleichzeitig) das Problem, wie die neuen Informationen aufbereitet werden können, damit man sie behält und auch später wieder darauf zurückgreifen und damit weiter arbeiten kann.

Es gibt zahlreiche Methoden, Texte für sich selbst zu bearbeiten. Die einfachste ist, im Text wichtige Stellen zu markie-

ren und Bemerkungen an den Rand zu schreiben. Das Problem ist, dass man den Inhalt des Textes später nicht auf einen Blick zur Verfügung hat. Im Folgenden sollen drei Methoden kurz beschrieben werden, wobei zur ausführlichen Auseinandersetzung mit dem Thema wieder auf relevante Literatur verwiesen sei.

4.6.3.1 Exzerpieren

„Exzerpieren“ bedeutet soviel wie „herausziehen“. Das Ziel ist also, die wesentlichen Information eines Textes in eigenen Worten schriftlich niederzulegen. Dieses „Exzerpt“ kann kürzer oder

länger sein. Auf jeden Fall sollte es folgende Informationen enthalten, damit man später genau weiß, auf welchen Text es sich bezieht:

- **Name** des Autors;
- **Titel** des Textes und die Quelle, aus der der Text stammt (Buch, Zeitschrift, o.Ä.);
- **Ort**, an dem der Text gefunden wurde (eigenes Buch; Bibliothek; Internet); in den beiden letzten Fällen sollte immer die Fundstelle, d.h. die Signatur der Bibliothek oder die sog. „URL“ aus dem Internet (mit Datum) verzeichnet werden, damit man es wiederfinden kann. (Bei Internet-Quellen empfiehlt es sich, die Daten auf Diskette, CD oder die eigene Festplatte abzuspeichern, weil die Quellen später häufig nicht mehr in der Form wieder zu finden sind).
- Eventuell eine Liste mit wichtigen **Stichwörtern** und **Begriffen** erstellen, wodurch man später einen schnelleren Überblick über den Text bekommt.
- Bei Exzerpten kann man nur mit einzelnen Zitaten arbeiten oder auch mit sog. „Paraphrasierungen“, d.h. Zusammenfassungen des Textes mit eigenen Worten. In jedem Fall sollte immer deutlich unterschieden werden zwischen einem **wörtlichen Zitat**, einer Zusammenfassung der **Meinung des Autors** und der **eigenen Meinung** zum Text (im Sinne einer Anmerkung / eines Kommentars), damit dies auch später noch nachvollziehbar ist.
- Es empfiehlt sich, für jeden Text ein neues Exzerpt zu schreiben, so dass man sie unter Umständen auch neuen Texten, die thematisch unterschiedlich sind, zuordnen kann.

4.6.3.2 *Thesepapier zu einem Text*

Die hier vorgeschlagene Struktur für ein Thesepapier geht über ein Exzerpt hinaus, da man – in Anlehnung an die in 2.2 vorgeschlagene Methode zur Texterschließung – nicht nur den Inhalt

eines Textes wiedergibt, sondern auch Informationen zum Autor, zur Struktur des Textes und den Kernaussagen sowie die eigene Meinung bzw. Kritik am Text deutlich macht.

Konzept für ein Thesepapier

1. Verfasserin/Verfasser, Titel.
2. Ausgangspunkt: Ziel des Aufsatzes.
3. Voraussetzungen für die Argumentation: Welche bestehenden Werke/Materialien/Quellen werden herangezogen, um die Argumente zu stützen?
4. Struktur: Aufbau und Gliederung des Aufsatzes.
5. Methode/Vorgehensweise der Autorin/des Autors (Biographie, hermeneutische Interpretation, Textanalyse).
6. Thesen – Was will die Autorin/der Autor erwiesen haben?
7. Ergebnis/Ertrag: werden die Thesen belegt?
8. Eigene Kritik

4.6.3.3 *Mind-mapping*

Die Idee des „Mind-mapping“ versucht, die netzwerkartige Struktur des menschlichen Denkens abzubilden und auszunutzen, da wir normalerweise assoziativ, d. h. in Verknüpfungen denken. Es geht darum, die vielen Dimensionen und Abhängigkeiten von Begriffen oder Themengebieten deutlich zu machen, um sie sich auf diese Weise erstens leichter merken zu können und zweitens Verbindungen oder thematische Erweiterungen zu erkennen, die bis dahin vielleicht verborgen waren.¹⁷

Mind-Maps können im Voraus entwickelt werden, um sich zu verdeutlichen, was von einem Thema bereits bekannt ist. Sie können aber auch während des Lesens eines Textes, als Mitschrieb einer Vorlesung oder eines Vortrags erstellt werden. Vorteil von Mind-Maps ist, dass sie jederzeit erweiterbar sind und als Gedächtnis- und Erinnerungsstützen dienen.

Das folgende Beispiel für ein Mind-Map zum Thema „Lernen zu lernen“ orientiert sich an den im vorliegenden Text dargestellten Inhalte.

¹⁷ Die Literatur zu „Mind-mapping“ ist sehr vielfältig. Von den in unserem Literaturverzeichnis angegebenen Autoren beschäftigen sich vor allem Werner Metzger und Martin Schuster mit dem Aspekt (S. 132 - 163).

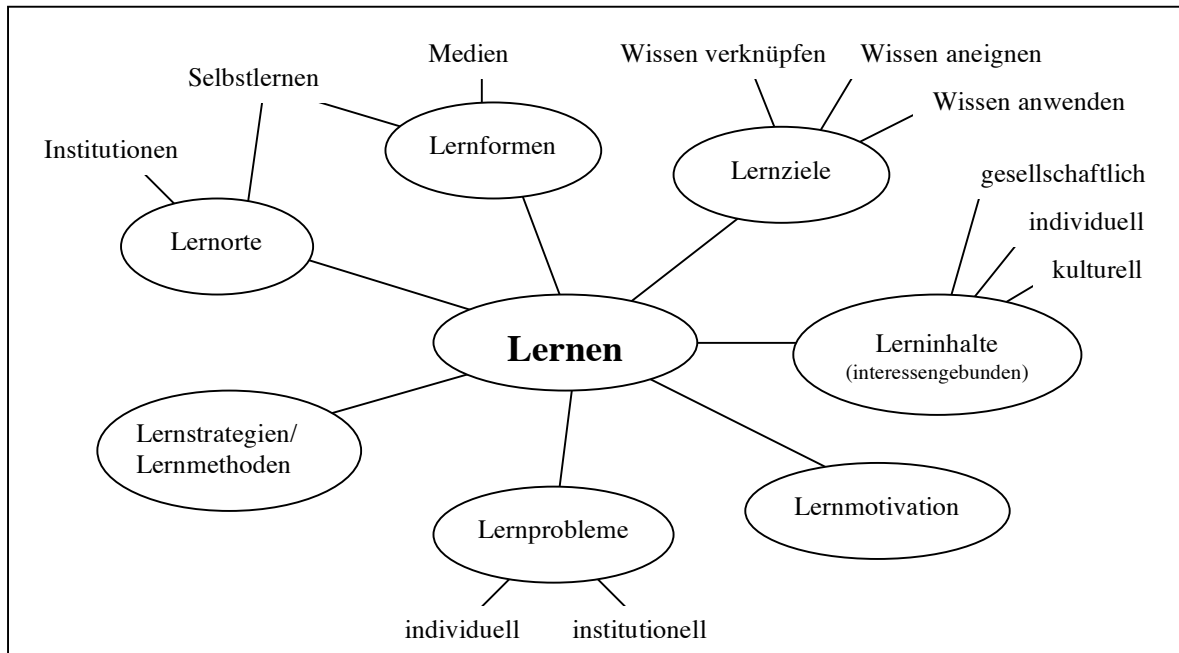


Abb. 2: Mindmap zum Thema „Lernen lernen“

4.7 GESTALTUNG OFFENER / SELBSTGESTEUERTER LERNPROZESSE

Die Gestaltung offener, selbstgesteuerter Lernprozesse hängt von den Lernenden selber, den Lehrenden und den eingesetzten Lern- und Aneignungsmethoden ab. Selbstgesteuertes Lernen im Sinne der individuellen Auswahl und Aneignung von neuen Inhalten ist in den letzten Jahren viel diskutiert worden. Wichtig ist, dass bestimmte Tätigkeiten, die in einem organisierten Lernprozess meistens von den Lehrenden übernommen werden, jetzt Teil der Selbststeue-

rung der Lernenden ist. Das Problem dabei ist, dass viele Lernende keine Erfahrung darin haben, ihren Lernprozess selbst zu steuern. Aufgaben, die für die Gestaltung eines Lernprozesses von Bedeutung sind, werden in organisierten Lernprozessen eher von den Lehrenden, in selbst gesteuerten Lernprozessen eher von den Lernenden übernommen:

- **Orientierung des Lerngeschehens:** bei selbstorganisierten Lernprozessen sind die Lernenden dafür weitgehend selbst verantwortlich.
- **Aktivitätsgrad:** Lernende müssen selbständig agieren.
- Entscheidung über **Lernziele** liegen beim Lernenden.
- Entscheidung über **Lerninhalte** liegen beim Lernenden.
- Überprüfung des **Lernerfolgs** durch Selbstkontrolle durch den Lernenden.
- **Medieneinsatz** nach eigener Entscheidung.
- **Zeitliche Flexibilität:** selbst gesetzte Lernzeiten.
- **Räumliche Flexibilität:** Bestimmung des Lernorts durch den Lernenden (nach Gnahs u.a. 2002, S. 17).

Diese Aufzählung zeigt, dass ein selbständig Lernender für viele Bereiche seines Lernvorgangs Verantwortung übernimmt, die in organisierten Lernformen von den Lehrenden wahrgenommen werden. Dies führt dazu, dass sich jeder Lernende überlegen sollte, in welchen Bereichen er sich bereits selbständiges Lernen zutraut, und in welchen er Hilfe in Anspruch nehmen möchte.

Sofern Sie sich dazu entschieden haben, die vorliegenden Lern- und Arbeitshefte selbständig durchzuarbeiten, müssen Sie also in Eigenregie Lernzeiten festlegen. Einen ungestörten Lern-

platz finden. Herausfinden, ob Ihnen die angebotenen Lernhilfen ausreichen oder ob Sie sich entweder mit Hilfe von Medien weitergehende Informationen beschaffen oder bei Personen Unterstützung suchen. In den Heften sind bereits zahlreiche Anregungen gegeben, wo weitere Informationen zu bestimmten Themen zu finden sind. Mit Hilfe der in den Texten ergänzten Fragen und Arbeitsaufgaben können Sie Ihren eigenen Lernfortschritt überprüfen.

4.8 WELCHE PROBLEME KÖNNEN BEIM LERNEN AUFTAUCHEN?

Probleme, die beim Lernen auftauchen können, können verschiedene Ursachen haben: wir stellen im Folgenden verschiedene Perspektiven dar, die sich erstens auf lernende Personen allge-

mein beziehen, und zweitens betrachten wir Lernprobleme aus der Perspektive der Lehrenden und Institutionen, in denen das Lernen stattfindet.

1. Mögliche Probleme Lernender:

- Geringe inhaltliche Vorkenntnisse
- Geringe methodische Kenntnisse (vgl. das Kapitel Lernstrategien)
- Geringes oder kein Interesse an den Inhalten
- Sehr unterschiedliches Interesse an den Resultaten des Lernprozesses (vor allem beim Lernen in Gruppen)
- Unterschiedliche Erwartungen an den „Lernerfolg“
- Zu hohe/zu geringe Lerngeschwindigkeit (vor allem beim Lernen in Gruppen)
- Schwierige Rahmenbedingungen (fehlende Zeit, Ruhe, Ressourcen)

2. Mögliche Probleme aus der Perspektive der Lehrenden/Institution:

- Uneinheitliche inhaltliche Vorkenntnisse bei der Gruppe
- Uneinheitliche Lernerfahrungen (in Bezug auf Methoden, aber auch Lernen allgemein)
- Geringes oder kein Interesse an den Inhalten
- Sehr unterschiedliche Verwertungsinteressen bei den Lernenden in Bezug auf die Inhalte
- Unterschiedliche Erwartungen an den „Lernerfolg“ (bei Lehrenden und Lernenden)
- Festsetzung der Lerngeschwindigkeit (vor allem beim Lernen in Gruppen)
- Schwierige Rahmenbedingungen (fehlende Zeit, Ruhe, Ressourcen)

Diese Listen ließen sich sicherlich noch fortführen. Sie zeigen aber sehr deutlich, dass die Ursachen von Lernschwierigkeiten sowohl in den individuellen Voraussetzungen der Lernenden liegen können, als auch in den Rahmenbedingungen, unter denen Lernen stattfindet. Wichtig ist, dass sich sowohl Lernende als auch Lehrende überlegen, welche Ursachen auftauchende Lernprobleme haben, um dann Strategien zu ihrer Bewältigung zu entwickeln. Individuelle Ursachen, die auf fehlende oder negative Lernerfahrungen zurückzuführen

sind, sind sicherlich nur langfristig zu überwinden. Fragen des inhaltlichen Interesses, der methodischen Herangehensweise, einer übergreifenden Zielsetzung, die den Interessen aller Teilnehmer gerecht wird, sollten allerdings direkt und einvernehmlich zwischen Lernenden und Lehrenden geklärt werden, um für alle möglichst günstige Lernvoraussetzungen zu schaffen.

4.9 LITERATUR

Allgemeine Literatur

Peter Faulstich und Christine **Zeuner**. *Erwachsenenbildung. Eine handlungsorientierte Einführung*. Weinheim: Juventa 1999.

Methoden des wissenschaftlichen Arbeitens:

Bünting, Karl-Dieter, Axel **Bitterlich** und Ulrike **Pospiech**: *Schreiben im Studium. Ein Trainingsprogramm*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1999.

Dietze, Lutz: *Mündlich: ausgezeichnet. Informationen, Tips und Übungen für ein optimales Examen*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2000.

Pabst-Weinschenk, Marita: *Reden im Studium. Ein Trainingsprogramm*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2000.

Poenike, Klaus: *Wie verfaßt man wissenschaftliche Arbeiten? Ein Leitfaden vom ersten Studiensemester bis zur Promotion*. Duden Taschenbücher Nr. 21. Mannheim: Dudenverlag 1988².

Stary, Joachim und Horst Kretschmer: *Umgang mit wissenschaftlicher Literatur. Eine Arbeitshilfe für das sozial- und geisteswissenschaftliche Studium*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1999.

Selbstgesteuertes Lernen/Lernstrategien

Decker, Franz. *Die neuen Methoden des Lernens. Spielerisch, kreativ, effektiv lehren und lernen*. Würzburg: Lexika-Verlag ²1999.

Diepold, Peter und Paul **Tiedemann**. *Internet für Pädagogen. Eine praxisorientierte Einführung*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1999.

Dietrich, Stephan und Elisabeth **Fuchs-Brüninghoff** u.a. (Hg.). *Selbstgesteuertes Lernen – auf dem Weg zu einer neuen Lernkultur*. DIE Materialien für die Erwachsenenbildung 18. Frankfurt a. M. 1999.

Gnahn, Dieter und Sabine **Seidel**. „Überblick über selbstbestimmtes Lernen in der Weiterbildung.“ In: Peter Faulstich u.a. (Hg.). *Praxishandbuch selbstbestimmtes Lernen. Konzepte, Perspektiven und Instrumente für die berufliche Aus- und Weiterbildung*. Weinheim: Juventa 2002. S. 13 - 24.

Metzig, Werner, Martin **Schuster**. *Lernen zu lernen. Lernstrategien wirkungsvoll einsetzen*. Berlin: Springer ⁵2000.

Pädagogischer Arbeitskreis Erwachsenenbildung. *Wirkungsvoller lernen und arbeiten*. Heidelberg: Quelle & Meyer ²1974.

Schröder-Naef, Regula. *Rationeller Lernen lernen. Ratschläge und Übungen für alle Wissbegierigen*. Weinheim: Beltz Verlag ²¹2003. (Bes. Kapitel 4.2) sowie

Will, Klaus-Peter. *Lernstrategien im Studium*. Pädagogische Psychologie und Entwicklungspsychologie Bd. 16. Münster: Waxmann 2000.

Lehren/Kursgestaltung

Knoll, Jörg. (Hg.). *Kurs- und Seminarmethoden. Ein Arbeitsbuch zur Gestaltung von Kursen und Seminaren, Arbeits- und Gesprächskreisen.* München: Max Hueber Verlag 1986.

Winteler, Adi. *Professionell lehren und lernen. Ein Praxisbuch.* Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2004.

Lerntheorien

Bernstein, Basil. *Studien zur sprachlichen Sozialisation.* Ullstein Materialien. Frankfurt a. M.: Ullstein 1981.

Edelmann, Walther. *Lernpsychologie. Eine Einführung.* Weinheim: Beltz Psychologie Verlags Union⁵1996.

Illeris, Knud. *The Three Dimensions of Learning. Contemporary learning theory in the tension field between the cognitive, the emotional and the social.* Frederiksberg: Roskilde University Press; Leicester: NIACE Publications²2004.

Vester, Frederick. *Denken, Lernen Vergessen.* München: Deutscher Taschenbuch-Verlag²²1998.

V WEITERE ARBEITS- UND INFORMATIONSHINWEISE

5.1 WEITERE ARBEITSMATERIALIEN

5.1.1 Gerhard Leithäuser „Ein kurzer Blick auf den gegenwärtigen Zustand der Wirtschaftswissenschaft“

In den frühen neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts wurde die Wirtschaftswissenschaft in den USA zuweilen als „schreckliche Wissenschaft“ (dismail science) bezeichnet, mit der man letztendlich gar nichts anfangen könne. Das hat einige und nicht wenige Ökonomen wachgerüttelt. Sie bemühen sich seitdem verstärkt, die **wissenschaftlichen** Anteile der Wirtschaftswissenschaft klarer zu fassen und empirisch abzusichern. Eine wissenschaftliche Wirtschaftswissenschaft muss eigentlich gar nicht schrecklich sein und man braucht sich davor auch nicht zu fürchten. Sie kann bei offenen Türen für alle sichtbar und nachvollziehbar betrieben werden.

Nicht so die **ideologische** Wirtschaftswissenschaft, die leider allzu oft erfolgreich versucht, wirtschaftswissenschaftliche Anteile mit Interessenpolitik zu vermischen. Hinter verschlossenen Türen formuliert die ideologische Wirtschaftswissenschaft an Rezepten, in denen die wissenschaftliche Wirtschaftswissenschaft zur Magd der Wirtschaftsinteressen degradiert wird. Wird nach diesen Rezepten gekocht, dann brodeln es in der ideologischen Hexenküche. Es entstehen Nebelwände, die nicht leicht zu durchschauen sind.

Die Dienste von ideologischen Wirtschaftswissenschaftlern werden gern herangezogen, wenn es darum geht, Interessen von Gruppen zu rechtfertigen. Beliebte ist, deren Eigeninteresse als Gemeinwohl darzustellen, gemäß dem alten Motto "Was gut ist für General Motors, ist gut für die USA!" Solche Einsichten werden zudem reich belohnt – in klingender Münze – wenn sie im Fachjargon abgefasst werden und sich den Anschein von Wissenschaftlichkeit geben können. Es ist gewiss nicht immer leicht, solche Aussagen kritisch zu durchleuchten. Ein Mindestmaß an ökonomischer Kompetenz ist dazu unverzichtbar. Ein großer Teil der Auseinandersetzung mit der Wirtschaftswissenschaft muss deshalb dazu verwendet werden, die ideologische Spreu vom wissenschaftlichen Weizen zu trennen.

Was heißt eigentlich Wissenschaft, oder genauer Wirtschaftswissenschaft? Wissenschaft bedeutet, allgemein gesprochen, „organisierte Form der Erforschung, Sammlung und Auswertung von Kenntnissen“. So oder so ähnlich findet man die Definition in Wörterbüchern. Wirtschaftswissenschaft wäre dann zunächst ganz einfach die organisierte Form der Erforschung, Sammlung und der Auswertung von Kenntnissen über wirtschaftliche Aktivitäten. Wirtschaftliche Aktivität bedeutet in einem verengten akademischen Verständnis Produktion und Verteilung von knappen Gütern. Werden menschliche Gesellschaften mit der allgegenwärtigen Knappheit konfrontiert, dann muss produziert und verteilt bzw. umverteilt werden. Knappheit ist allerdings ein historisch und

schichtenspezifisch zu relativierender Begriff. Verglichen mit einem Arbeiterhaushalt im letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts leben wir heute in einer Überflussgesellschaft. Ein Bezieher von Hartz IV aus der Gegenwart dürfte da freilich anderer Ansicht sein...

Die Organisation von Wissenschaft trägt noch immer ein wenig von der „Priesterverschwörung“ des Altertums mit sich, des geheimen Wissens, das nur den Eingeweihten zugänglich ist. „Wissenschaftler“ treten uns auf unseren Fernsehbildschirmen gern als eine solche verschworene Gemeinschaft gegenüber. Sie scheinen sich große Mühe zu geben, uns ihr großes Wissen in verständliche Alltagssprache zu übersetzen. Nicht selten artet das in Wichtigtuerei und Besserwisserei aus. Banalitäten werden mit dem Brustton der Überzeugung vorgetragen. Merke: nicht jeder Akademiker ist ein Wissenschaftler! Umgekehrt, nicht jeder, der keinen akademischen Abschluss hat, kann deshalb nicht wissenschaftlich denken!

Bösartiger wirken sich die sozialen Verengungen von Zugängen zur wissenschaftlichen Ausbildung aus. Wer kein Geld hat, sich keines beschaffen kann und deren (dessen) Eltern auch nicht auf Rosen gebettet sind, hat keine guten Karten. Viele andere Spieler gewinnen auch mit weniger guten Karten. Eine wissenschaftliche Ausbildung ist teuer und verlangt Einsatz und Fleiß. Eine durchschnittliche Intelligenz reicht meistens, wie man aus dem Auftreten von „Wissenschaftlern“ im Fernsehen schließen kann. Für uns gilt: Am wichtigsten ist das hartnäckige Interesse an der Sache: "Ich will 'rauskriegern, wie das funktioniert."

Wissenschaft ist keine Hexerei. Sie ist erlernbar, aber sie muss erst einmal zugänglich gemacht werden. Der Zugang zu wissenschaftlicher Erkenntnis ist heutzutage meist sorgfältig versperrt, nicht nur von sozialen Hürden, sondern auch mit dornigem Gestrüpp aus „Fachchinesisch“ oder einem unüberschaubaren Labyrinth aus Mindestvoraussetzungen an Wissen. Das kann die sogenannten „Laien“ abschrecken. Zuweilen soll das wohl so sein. Wissenschaft ist auch eine Verschwörung gegen die Laien. Exemplarisches Lernen verfolgt auch den Zweck, Schneisen in dieses Gestrüpp zu schlagen und einen Leitfaden für den Weg durch das Labyrinth an die Hand zu geben. Zusammenhänge können dann sichtbar gemacht werden, Neugierde geweckt, Fragen gestellt werden.

Die Wissenschaft soll nicht unzugängliches Privatgrundstück von etablierten Wissenschaftlern bleiben, die einerseits beklagen, dass niemand sich für ihre Sache interessiert und die andererseits ihr Wissen nur ungern rausrücken. Dazu aber sollte man sie gegebenenfalls auch zwingen. Ohne ökonomische Grundkompetenz lebt es sich wie in einem Labyrinth. Oft ohne es zu wissen aber hat auch der Laie ein Expertenwissen, das nämlich, das seiner persönlichen Erfahrung im Wirtschaftsleben entspringt. Um diesen Schatz an Expertenwissen zu heben und der Arbeitsgruppe zugänglich machen zu können, ist die Auseinandersetzung mit der Wirtschaftswissenschaft unerlässlich.

Die akademische Wirtschaftswissenschaft konzentriert sich auf die bestehende kapitalistische Marktwirtschaft, die sie erklären und rechtfertigen soll. Sie hat es niemals als ihre Aufgabe angesehen, die Instrumente zur Überwindung der kapitalistischen Markt-

wirtschaft bereitzustellen. Systemüberwindende Perspektiven wachsen nicht von selbst aus der Gemengelage der akademischen Wirtschaftswissenschaft heraus. Sie müssen aus ihr heraus entwickelt und politisch umgesetzt werden. Auch dazu ist eine orientierende ökonomische Kompetenz unverzichtbar.

Wirtschaftliche Problemlagen, Wirtschaftstheorien und wirtschaftspolitische Instrumente können von Fallbeispielen, die man auch „Mini-Projekte“ nennen könnte, ausgehend angesteuert werden. Auf diese Weise soll es Arbeitsgruppen ermöglicht werden, sich ökonomische Kompetenz anzueignen. Diese Kompetenz soll dazu beitragen, die wirtschaftliche Wirklichkeit Deutschlands und internationaler ökonomischer Zusammenhänge besser zu verstehen. Auf diesem Wege soll ein Prozess des exemplarischen Lernens eingeleitet werden, der es den Kursteilnehmern ermöglicht, ihre Alltagserfahrungen aus dem Wirtschaftsleben in einen wissenschaftlich offenen Zusammenhang einzubringen. Auf keinen Fall sollten Kursteilnehmer auf einen theoretischen Schienenstrang gesetzt werden, der sie eingleisig zu verengten einseitigen oder wissenschaftlich fragwürdigen Konzepten führt. Notwendige Vereinfachungen lassen leicht den Eindruck entstehen, dass man sich das Wissen und die Wahrheit über den Zustand der Wirtschaft und der Wirtschaftswissenschaft mit dem Anlernen von ein paar Begriffen an Land ziehen kann. Auf diesem Weg wird der Verbreitung ideologischer Wirtschaftswissenschaft Vorschub geleistet.

Andererseits sollten Komplexität und Unübersichtlichkeit, die die Wirtschaftswissenschaft wie kaum eine andere wissenschaftliche Disziplin auszeichnen, nicht den Eindruck erwecken, dass "eben mal alles Mögliche behauptet werden kann". Leider liefert die wirtschaftspolitische Diskussion im Sommer 2005 in einer Vorwahlzeit reihenweise Beispiele für eine ideologielastige Wirtschaftswissenschaft ab. Es werden allerlei merkwürdige und einander widersprechende Rezepte zur Verbesserung der deutschen wirtschaftlichen Lage feilgeboten. Sie reichen von Lohnsenkungen oder (warum eigentlich nicht!) Lohnerhöhungen, der Verkürzung oder (warum nicht) der Verlängerung der Arbeitszeit bis hin zur Senkung der Spitzensteuersätze der Einkommenssteuer, verbunden mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer usw. Jedem wird das geboten, was er mal eben so brauchen könnte. So werden die wirtschaftspolitischen Teile von Wahlprogrammen weitmaschig gestrickt. Im Hintergrund steht die Hoffnung, überzeugen zu können. So einfach aber ist es nicht, zu einem politisch konsensfähigen und wirtschaftspolitisch umsetzbaren Wahlprogramm zu kommen. Mit einer einigermaßen soliden ökonomischen Kompetenz lässt sich das sehr wohl zeigen.

5.1.2 Adolf Brock „Zum Kampf um die zweite Ökonomie“

Auszüge und Kommentare zu: Oskar Negt, „Die Krise der Arbeitsgesellschaft: Machtpolitischer Kampfplatz zweier ‘Ökonomien’“ In: *Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*. B 15/95, 7. April 1995, Bonn.

Die erste Ökonomie, die heute im Weltzusammenhang von neo-liberalen Faktoren und der Deregulierung bestimmt wird, hat sich in den hoch industrialisierten Ländern mit modernen Managementmethoden versehen, in deren Mittelpunkt angeblich die Arbeitenden stehen. D. h. diese Methoden sollen den Arbeitern und Angestellten weitgehende Gestaltungsfreiheit gewährleisten. Die Wirklichkeit in Betrieben, Verwaltungen und Dienstleistungszentren sieht aber anders aus. Die Arbeitskräfte will man als total disponible Subjekte, die rund um die Uhr verfügbar sind, um den Erfordernissen der Produktionsanlagen zu genügen, ohne Rücksicht auf personale, familiale und gesellschaftliche Bedürfnisse. Oskar Negt schreibt dazu:

„So sind wir, je deutlicher Wirtschaftswachstum und Effizienzkrisen der Produktion und des Managements vom öffentlichen Bewusstsein Besitz ergreifen, mit einem Selbstbildnis des Menschen konfrontiert, in dem sich alles aufzulösen beginnt, was an eigensinnigen Befestigungen in seinem Lebenszusammenhang erinnert: kollektive Ruhezeiten/Sonn- und Feiertage, heimatliche Verankerung am Ort, der Stadt, der Region, gewachsene Bindungen durch Beziehungsarbeit in Familien, Haushalten, Nachbarschaften“ (Negt 1995, S. 3).

Die Unternehmer und ihr Anhang und auch ein Teil der politischen Kräfte des Landes sehen die Probleme der Wirtschaft nicht in der kapitalistischen Wirtschaft begründet – Konkurrenz, Überproduktion, Verselbständigung des Finanzkapitals –, sondern vereint in betriebswirtschaftlichen Zusammenhängen und im Besonderen unter dem Stichwort der Flexibilität. Im weltweiten Kontext von Deregulierung klagen sie den angeblichen

„Modernisierungsrückstand der Arbeitskräfte‘ an, einschließlich ihrer sozialstaatlichen Sicherungsumklammerung und vielfältige, durch Gewöhnung an einen relativ hohen Lebensstandard zusätzlich verstärkte Barrieren der Anpassungsfähigkeit und der Anpassungsbereitschaft“ (Negt 1995, S. 3).

In diesem Argumentationszusammenhang findet ein spezifischer Diskurs statt, an dem Politiker und Wissenschaftler beteiligt sind.

„Die erkenntnisleitenden Interessen, die dabei im Spiele sind, ergeben sich aus einer machtpolitischen Vorentscheidung, die den Einzelschlüssen, so arbeitnehmerfreundlich sie auch erscheinen mögen, ihre sachliche Neutralität nimmt; denn alle Rationalitätskriterien, die diesem machtpolitischen Blick ‘von oben’ lenken, sind der Kapital- und Marktlogik entnommen, deren organisierendes Bewegungszentrum ist die betriebswirtschaftliche Kalkulation“ (Negt 1995, S. 4).

Bleiben in diesem Zusammenhang die Machtstrukturen der bestimmenden Ökonomie unangetastet und außerdem die falsche Auffassung bestehen, die Ökonomie der Gesamtgesellschaft bestehe lediglich aus der Summe ‚schlanker‘ gewordener Einzelbe-

triebe, dann scheitern selbst die vernünftigsten Lösungsvorschläge an der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Sie hat die Widersprüche der Arbeitsgesellschaft, chronische Massenarbeitslosigkeit, unterschiedliche regionale Entwicklungen, Spaltung der Gesellschaft im Wesentlichen mit verursacht.

Diese Formen der kapitalistischen Ökonomie sind in ihrem Kern jeder gesellschaftlichen Kontrolle entzogen und zementieren tagtäglich die die Misere verursachenden Verhältnisse (vgl. Negt 1995, S. 4).

Was soll nun Flexibilität, wie sie sich die Unternehmer vorstellen, bewirken:

„Betriebswirtschaftliches Haushalten, ‘lean production’, ‘lean management’, Kostenreduktion durch massenhafte Freisetzung lebendiger Arbeitskraft, schnelle Beweglichkeit im Wechsel der Industriestandorte, auch zum Ausland hin, ohne sich durch lokale oder regionale Bindungen verpflichtet zu fühlen“ (Negt 1995, S. 4).

Dieses sind alles konstituierende Elemente der Krise der Arbeitsgesellschaft, die durch Flexibilität überwunden werden soll. Die Unternehmerwelt wähnt sich heute eindeutig in der überlegeneren Position, in der sie meint, aller Gemeinwohl- und Sozialstaatsverpflichtung zum Trotz die Bedingungen am Arbeitsmarkt einseitig zu ihren Gunsten und zum Nachteil der Arbeitnehmer bestimmen bzw. verändern zu können. Die „Lebenswelt der Arbeitnehmer“ soll mit „entscheidenden Eingriffen in Gewohnheiten, Selbstwert einschätzungen, Lebensstandardniveaus und mit kulturellen Umorientierungen“ konfrontiert, bzw. geändert werden:

„Die großen Vorteile der Flexibilität, die in der Fragmentierung der Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse, in Teilzeit-, Gleitzeit-Arbeit oder in Spardepots von Sabbatzeiten liegen sollen, haben, wenn sie sich am Ende nicht ausschließlich zu Lasten der lebendigen Arbeitskräfte auswirken, ohne einen einzigen zusätzlichen zukunftsichernden Arbeitsplatz zu schaffen, zur unabdingbaren Voraussetzung eine grundlegende kulturelle und soziale Umorientierung der gesamten industriellen Zivilisation, des Verhältnisses von Arbeit und Muße, der Beziehungen des Privatinteresses zur Öffentlichkeit, der individuellen Bedürfnisse zum Gemeinwohl“ (Negt 1995, S. 4).

Die erste Ökonomie

Die „erste Ökonomie“ ist zu verstehen als der praktisch-theoretische Zusammenhang der Verfügung über Produktion, Arbeitsplätze und Arbeitsvermögen. Von ihr wird behauptet wird, sie verlaufe quasi nach naturgesetzlichen Abläufen bzw. Mechanismen, „die von keinem Menschen beeinflusst sind“.

„Die Hauptakteure dieser Ökonomie sind der Überzeugung, selbst lediglich Vollstrecker ‘objektiver Gesetze’ zu sein, ohne Entscheidungsspielraum. Die Kapital- und Marktlogik, Zentrum dieser Ökonomie, ist allen menschlichen Eingriffen entzogen, sie ist härtere Materie als Beton, der irgendwann doch der Erosion zum Opfer fällt“ (Negt 1995, S. 5).

Nach dieser Ideologie liegen die Veränderungspotentiale zur Erhaltung des Systems, das heißt dem Vorrang der Ökonomie des Kapitals über die Ökonomie der Arbeit bei der lebendigen Arbeitskraft, der Lebenswelt der abhängig Tätigen, also der Masse der Arbeitnehmer.

„Sie sind auf allen Ebenen entscheidende Manövriermasse im Interesse der Funktionserhaltung eines Systems der gesellschaftlichen Produktion von Gütern und Dienstleistungen, dessen Legitimationsgrundlage durchgängig von Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der Gemeinwohlorientierung abgespalten ist“ (Negt 1995, S. 5).

Massenarbeitslosigkeit wird von den Exponenten der ersten Ökonomie als hinnehmbar, wenn nicht gar als förderlich angesehen, da ohne den Druck von Arbeitslosigkeit die Volkswirtschaft in Stagnation verfallt. Die Arbeitslosigkeit dürfe zwar einen bestimmten Sockel nicht überschreiten, aber solange die Mehrheit der Bevölkerung der Arbeitslosigkeit mit Gelassenheit entgegentrete, gebe Arbeitslosigkeit keinen Anlass zur Beunruhigung. Arbeitslosigkeit ist demnach für die Betroffenen zwar hart, für den Arbeitsmarkt aber nützlich. Der Zwang zur Arbeit wird so aufrecht erhalten und durch die Aufrechterhaltung der „Reservearmee“ die übrige Arbeiterschaft diszipliniert.

Nach Oskar Negt ist diese Ökonomie eine der 'toten Arbeit' der Maschinensysteme, der Regelungskreise der Kapital- und Marktlogik. Aus deren strikt betriebswirtschaftlichen Zusammenhängen wird alles ausgeklammert, was für die individuelle Lebenswelt und die gedeihliche Gesamtstruktur einer Gesellschaft von Bedeutung ist: das Wohl und Wehe des Gemeinwesens, politische Kultur, ohne die ein innergesellschaftlicher Friedenszustand nicht existieren kann. Moral und Verantwortung, ausgleichende Gerechtigkeit, die seit Aristoteles als wesentliches Moment des gesellschaftlichen Zusammenhalts gilt. Alle diese und andere, die Würde der Menschen betreffenden Kategorien fallen durch die Raster einer Ökonomie, die den betriebswirtschaftlich rational regulierten Einzelbetrieb zur Sozialutopie der gesamtgesellschaftlichen Gesamtordnung erhebt (vgl. Negt 1995, S. 5).

Hinter all dem steht, dass die Folgekosten der privatwirtschaftlichen Produktion und Rationalisierung, das heißt, die entstehenden Kosten, auf die Gesamtgesellschaft abgewälzt werden. Dies ist in der Umkehrung ausgeschlossen: Die gesamtgesellschaftlichen Kosten können nicht auf die Einzelbetriebe abgewälzt werden, wohl aber auf die Masse der Steuerzahler.

„Die rationalisierten Einzelbetriebe plündern das Gemeinwesen, ihre eingesparten Kosten übernehmen, weil der demokratische und soziale Rechtsstaat Verfassungsprinzip ist, andere; es ist ein ausgeklügeltes, auf organisierter Verantwortungslosigkeit beruhendes System der Kostenverschiebungen, bei dem die öffentliche Armut in gleichem Maße wächst, wie sich der privatkapitalistisch angesammelte Reichtum wie ein Alp auf die Lebensverhältnisse der Menschen legt“ (Negt 1995, S. 5).

Diese erste Ökonomie, bestimmt von der privaten Anhäufung und Aneignung des Reichtums auf Kosten der Lohnarbeiter und der Gesamtgesellschaft, hat sich selbst von der bürgerlichen Tradition des ökonomischen Denkens, das von Adam Smith, David Ricardo über John Stuart Mill bis John Mainard Keynes und den Ordo-Liberalen reicht, gelöst.

Es ging den großen bürgerlichen Ökonomen nie nur um wirtschaftliche Einzelinteressen, sondern um Volkswohlstand, um die „Ökonomie des ganzen Hauses“. „Nur selten in der Geschichte des national-ökonomischen Denkens wurde das Wirtschaftswachstum und der Reichtum jener Klassen, welche über Produktion und Produktionsmittel verfügen, mit dem Gemeinwohl und dem Volkswohlstand gleichgesetzt. Dass eine solche Gleichsetzung heute so bruchlos geschehen kann, wie sich in den Äußerungen führender Wirtschaftspolitiker und der Sachverständigengremien zeigt, beruht darauf, dass die gesellschaftspolitische Auszehrung zum Standard europäischer Wirtschaftsbeurteilung geworden ist; dringend bedarf es einer ‘Gesamtbetrachtung’ über gesellschaftlichen Nutzen und gesellschaftliche Kosten, die man als eine ‘Ökonomie für das ganze Haus’ bezeichnen kann.“

Jürgen Seifert hat in der Kritik des Gutachtens des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung anlässlich dessen 25-jährigen Jubiläums über die Ausgrenzungs- und Unterschlagungsmentalität dieser Gutachter folgendes gesagt – und dies ist heute aktueller denn je:

„Die Bundesrepublik kann sich die Dominanz eines begrenzt-ökonomischen Ansatzes nicht mehr leisten. Sie braucht eine Ökonomie auch für das soziale Ganze und auch für den Haushalt der Natur. Es geht um eine Ökonomie, die nicht das Ökonomische verabsolutiert, sondern im ursprünglichen Sinn des Wortes ‘oikos’(Haus) für das ‘ganze Haus’ sorgt, also für die Arbeitslosen ebenso wie für die Umwelt, für die Alten ebenso wie für die Verteilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern... Es geht um eine Ökonomie, die das soziale Ganze im Blick hat“ (Jürgen Seifert, „Wir brauchen eine Ökonomie für das ganze Haus.“ In: Vorgänge 28 (1989/2) S. 25).

Jürgen Seifert fragt weiter zur unterschlagenen Wirklichkeit durch die Vertreter der herrschenden Meinung zur Ökonomie in Deutschland:

- Warum fehlt die Bilanz der sozialen Asymmetrie?
- Warum fehlt die Ökologie?
- Warum fehlt die Analyse der Veränderungen in der Arbeitswelt?
- Warum fehlt der epochale Wandel im Geschlechterverhältnis?
- Warum fehlt die soziale Wirklichkeit der Jugendlichen und der Alten?
- Warum fehlt die reale Situation der Kranken und der aus der Bahn Geworfenen?
- Warum fehlt das Problem der sozialen Verödung?“ (Seifert 1989, zitiert in Negt 1995, S. 6)

Im Verhalten der Unternehmer, ihrer Manager und auch eines Teils der konservativen Wissenschaftler drückt sich fragmentiertes Denken und ein Wahrnehmungsvermögen

nur innerhalb ihrer eingeeengten Interessen aus. Die erste Ökonomie ist Ausdruck von Macht- und Herrschaftspositionen. Es geht implizit immer auch um Verfügung über lebendige Arbeitskraft: Wenn die Arbeit ausgeht, „verlieren die Herren der Arbeitsgesellschaft das Fundament ihrer Macht“ (Dahrendorf). Aber auch die Verfügung über Arbeitslosigkeit ist ein wichtiges Herrschaftsmittel. Es kann nutzbar gemacht werden, um erworbene und erkämpfte Sozialrechte der Arbeitnehmer, das Lebensniveau und die kulturellen Schutzschichten, die Menschen um sich gebildet haben, durch Aufrechterhaltung eines existentiellen Angstklimas auf jene Punkte zu reduzieren, die von den Arbeitnehmern wenig mehr übriglassen, als den Dauerzustand von Betriebsfertigkeit und Einsatzbereitschaft (vgl. Negt 1995, S. 7).

Die zweite Ökonomie

Die zweite Ökonomie rückt den Lebenszusammenhang der Menschen, ihre reale Lebenswelt in den Mittelpunkt ihrer Analyse, um von da aus zu urteilen und zu entscheiden,

„welche Auswege aus der Krise der Arbeitsgesellschaft langfristig sinnvoll sind und wo lediglich technische Manipulationen an Symptomen erfolgen, die Probleme von einem Ressort auf das andere, von einem Aktionsfeld auf das andere verschieben. Da es sich jedoch um eine kulturelle Krise handelt, ist der Blick auf das gesellschaftliche Ganze unabdingbare Voraussetzung für eine Änderung des öffentlichen Bewusstseins“ (vgl. Negt 1995, S. 7).

Arbeitsgesellschaftliche Utopien sind nicht erschöpft, wie vielfach behauptet. Der übergroße Teil der Bevölkerung bezieht aus der Arbeit und insbesondere der Erwerbsarbeit gesellschaftliche Anerkennung und individuelle Identität und ihr Selbstwertgefühl. Wer ohne Arbeit ist, fühlt sich in der Regel als Mensch zweiter Klasse.

„Von der Masse der Menschen wird Arbeitslosigkeit nach wie vor als Gewaltakt empfunden, als ein Anschlag auf körperliche und seelisch-geistige Integrität. Sie gilt als Raub und Enteignung der Fähigkeiten und Eigenschaften, die innerhalb der Familie, der Schule, der Lehre in der Regel in einem mühsamen und aufwendigen Bildungsprozess erworben wurden und die jetzt, von ihren gesellschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten abgeschnitten, in Gefahr sind zu verrotten und dadurch schwere Persönlichkeitszerstörungen hervorrufen“ (vgl. Negt 1995, S. 7).

Arbeitslosigkeit und Armut sind der Grundskandal der Epoche. Die Industriegesellschaften ersticken fast an ihrem Reichtum und an ihren Überschussprodukten. Sie sind aber nicht imstande, allen Menschen die Lebensgrundlagen zu sichern, die Voraussetzung für die Menschenwürde sind.

Oskar Negt rückt „bewusst“ dieses moralische und kulturelle Problem der Arbeitslosigkeit in den Vordergrund seiner Ausgangsüberlegungen zur zweiten Ökonomie. Es ist die Frage der immer noch wesentlich durch Arbeit vermittelten menschlichen Würde.

„Denn ist dieser Orientierungspunkt verloren, sind der pragmatischen Phantasie bloß technischer Lösungen keine Grenzen mehr gesetzt. Will man sich nicht darauf einlassen, mit der kompletten Umsetzung von Flexibilisierung und Fragmentarisierung des Arbeitslebens am Ende einen allseitig verfügbaren und jederzeit manipulierbaren Menschen zu erzeugen, dann müssen eine Reihe von Bedingungen erfüllt sein:

Die auf die Gesamtgesellschaft ausgeübten Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die von der Produktion ausgehen, bedürfen einer grundlegenden Reform. Strukturprobleme dieser herkömmlichen, von Betriebswirtschaft und Kapitallogik geprägten Erwerbsgesellschaft werden nur lösbar sein, wenn der Verfassungsgrundsatz in Artikel 14, Absatz 2 'Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen' wieder Eingang findet und sich als eine Art Verantwortungsethik in den Köpfen der ökonomisch Mächtigen zur kulturellen Selbstverständlichkeit befestigt. Solange Wirtschaftsstandort und Lebensstandort verwechselt werden, ist der Erpressungsmacht mit Konkurrenzhinweisen Tür und Tor geöffnet. Die Vorherrschaft einer solchen regulativen Denkweise beschädigt und zerrüttet am Ende das Gemeinwesen“ (vgl. Negt 1995, S. 8).

Die Krisenlösungen können aus einem Kodex ethischer Verpflichtungen allein nicht hervorgehen. Denn die Manager in Deutschland und anderswo müssten ja nicht nur die neue Ethik übernehmen und danach handeln. Ohne gesellschaftlichen Druck auf die Besitzenden und Herrschenden wird sich nichts ändern.

„Ohne Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und der Reichtumsproduktion, ohne Infragestellung des Produktionsmythos und des Warenfetischismus kann eine Umverteilung von Arbeitsplätzen nicht gelingen. In diesem eingemauerten Kontext des Bestehenden könnte das Resultat nichts anderes sein, als es sich im betrügerischen Wettlauf zwischen Hase und Igel zeigt: ein Arbeitsplatz wird neu geschaffen, drei werden vernichtet. Die mikroelektronische Vernichtungsmaschinerie lebendiger Arbeitskraft ist immer schon am Ziel angekommen“ (vgl. Negt 1995, S. 8).

Neu an der Massenarbeitslosigkeit in der dritten Phase der industriellen Revolution ist, dass sie von den Weltbewegungen des Kapitals, von Konjunktur und Rezession abgekoppelt ist. Die chronische Arbeitslosigkeit wird nicht im begrenzten Horizont betriebswirtschaftlicher Kostenüberlegungen zu lösen sein.

„Eine ganz andere Ökonomie wäre erforderlich, um die allmählich ins Unermessliche wachsenden menschlichen und sozialen und politischen Kosten von Massenarbeitslosigkeit einzudämmen und am Ende überflüssig zu machen. Es ist ein Problem, das Wohl und Wehe der Gesamtgesellschaft betrifft; deshalb greifen hierarchisch-ökonomische Regelungen zu kurz. Wenn eine Ökonomie im Spiel ist, dann kann es nur eine „des ganzen Hauses“ sein. Die darin zur Sprache gebrachte öffentliche Vernunft hätte die gesamtgesellschaftlichen Kosten zum Ausgangspunkt, Gesellschaftsreform zum Ziel“ (vgl. Negt 1995, S. 8).

Die Arbeitsgesellschaft in der bisherigen Form aufrechtzuerhalten, geht zu Lasten der Gesellschaft.

„Nichts ist kostspieliger als Nichtreform. Es geht nicht um die Aufhebung der Arbeit, sondern der Kampf um ihre Vervielfältigung und Erweiterung muss geführt werden. Die Arbeit der Zukunft muss der Eigenproduktion und der Selbstverwirklichung dienen. In dieser Perspektive kann ein Umbau der Arbeitsgesellschaft nur gelingen, wenn er gleichzeitig beiträgt zur ökonomischen Krisenlösung und zur Erfüllung der Emanzipationswünsche der Menschen....

Es geht auch um die Freisetzung von erdrückender Erwerbsarbeit. Frei für freigesetzte Lebenszeit, eigenen autonomen Gestaltungsraum, frei für Orientierungszeit und Emanzipation. Nur so können die Menschen zum Bewusstsein kommen, dass sie nicht bloßer Verwertungsstoff sind. „Das setzt voraus, dass Kreativität, Eigeninitiative, Unbotmäßigkeit und Mußefähigkeit von der Kindheit an ein maßgebender Wert der Erziehung ist“ (vgl. Negt 1995, S. 8).

Die zweite Ökonomie kommt aber nicht von selbst, sie muss politisch erkämpft werden.

5.2 INFORMATIONEN ZU INTERNETADRESSEN UND VIDEO-/AUDIOMATERIAL

Videos / Filme

Bundesverband Jugend und Film e.V. Filmverleih BJJ-Clubfilmothek. URL:<http://www.bjfev.de>

Bundeszentrale für politische Bildung: Umfangreiche Auswahl. Angebotsüberblick und Bestellung bei
URL:<http://www.bpb.de>

KINOFENSTER. Informationen über aktuelle Kinofilme zu politischen Themen. (Service der BpB).
URL:<http://www.kinofenster.de>

Landesmedienzentren. Verleih und Verkauf. Z.B. Westfälisches Landesmedienzentrum:
URL:http://www.lwl.org/LWL/Kultur/Landesmedienzentrum/index2_html

Ökologie Global: <http://www.oekologieglobal.de/?site=filmbibliothek&menu=filmbibliothek>

Deutsche Internetadressen

Attac Deutschland: <http://www.attac.de>

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. URL:<http://www.bmi.de>

Bundeszentrale für politische Bildung. URL:<http://www.bpb.de>

Deutscher Gewerkschaftsbund. URL:<http://www.dgb.de>

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. URL:<http://www.diw.de>

Nachhaltiges Wirtschaften/Einkaufen: <http://www.eco-world.de>

Partizipative Bürgerhaushalte: <http://www.buergerhaushalt.nrw.de/hom/1.htm>

Weltsozialforum: <http://weltsozialforum.org>

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie: <http://www.wupperinst.org/>

Internationale Internetadressen

Attac International: <http://www.attac.org>

Club of Rome: <http://www.clubofrome.org>

Earth Council: <http://www.ecouncil.ac.cr/>

Earthcharta: <http://www.earthcharter.org/>

Friends of the Earth Europe: <http://www.foeeurope.org/>

Greenpeace: <http://www.greenpeace.org/international/>

International Forum on Globalisation: <http://www.ifg.org>

International Labor Office: <http://www.ilo.org>

Organization for Economic Co-operation and Development: <http://www.oecd.org>

Oxfam: <http://www.oxfam.org>

Public Citizen (USA): <http://www.citizen.org>

World Social Forum: <http://www.forumsocialmundial.org.br>

World Trade Organization: <http://www.wto.org>

United Nations. URL:<http://www.un.org/>

VI. GLOSSAR

Arbeit - Arbeitskraft

Arbeit ist die planmäßige menschliche Tätigkeit im Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur zur Sicherung seines Lebenserhalts.

In der modernen Volkswirtschaftstheorie ist Arbeit (Arbeitskraft) menschlicher Produktionsfaktor wie Kapital und Boden. Ohne menschliche Arbeitskraft unter den Bedingungen von Arbeitsteilung und differenzierter Kooperation zwischen ausführender (körperlicher) Arbeit und geistiger Arbeit (Planung/Leitung, Organisation) vereint im Arbeitsvermögen ist kapitalistische Produktion nicht möglich.

Die Ökonomie des Kapitals ist vorherrschend in den hoch entwickelten Gesellschaften und Staaten. Produziert wird vorrangig für den Markt mit dem Ziel der Gewinnmaximierung. Arbeitskraft wird unter dieser Zielsetzung eingesetzt.

Trotz aller sozialstaatlichen Entwicklungen und Regulierungen in den demokratischen Staaten - Arbeiterschutz, Tarifrecht, Anerkennung von Interessenvertretungen, Gewerkschaften, Betriebsvertretungen, gesetzlicher Mindestlöhne - ist der Grundgegensatz zwischen Kapital und Arbeit, der am deutlichsten in der Lohnarbeit zum Ausdruck kommt, nicht aufgehoben, sondern jeweils auf Zeit reguliert.

Löhne bleiben für das Kapital Kosten und für die Arbeiter und Angestellten **Existenzmittel**. Lohnvereinbarungen und Lohngestaltung richten sich nach der Marktlage und der Kampfstärke/Bewusstseinslage der Arbeitnehmer und ihrer Interessenvertretungen. (Vgl. Tarifvertrag - Reproduktion der Arbeitskraft - Mitbestimmung.)

Gerechter Lohn

Gerechter Lohn ist mehr eine ethische Forderung als Realität. Unter kapitalistischen Bedingungen kann es in der Regel keinen gerechten Lohn geben. Der Arbeiter bringt seine Arbeitskraft zum ausgemachten Lohn ein und hat keine weiteren Ansprüche an den Unternehmer, Kapitalbesitzer bzw. seine Beauftragten. Weder am Produkt noch am möglichen Gewinn, der für das Produkt erzielt wird.

Gerechter Lohn wird besonders in der katholischen Soziallehre gefordert. Betont bzw. angemahnt wird ein weit reichender inner-gesellschaftlicher Ausgleich. Lohngerechtigkeit erfordert, dass der Lohnanteil „dem Anteil der Arbeit bei der Erzielung der im Sozialzweck der Wirtschaft gelegenen sozialwirtschaftlichen Produktivität entspricht“.

Lohngerechtigkeit entspricht auch der Sicherung der Menschenwürde. Unter den Bedingungen der politischen Ökonomie des Kapitals müssen die Arbeitnehmer die politische Ökonomie der Arbeit setzen. Der Widerspruch bleibt solange bestehen, wie die kapitalistischen Macht- und Produktionsverhältnisse vorherrschend sind! Daraus folgt, dass der Konflikt um Lohn und Leistung solange bestehen bleibt, wie die kapitalistischen Marktverhältnisse die gesellschaftlichen Verhältnisse dominieren.

Internationale Konzerne / multinationale Konzerne

Multinationale Konzerne sind Ausdruck der übernationalen Konzentration des Kapitals, (heute auch Globalisierung genannt). Sie sind über Staaten und Kontinente hinweg organisiert. Ihre Hauptsitze befinden sich in den Metropolen der USA, Groß-

britanniens und zunehmend auch in Asien.

Es sind zum Teil „Branchen-Konzerne“, Ölmultis, Automobilbranchen, Lebensmittel: Nestle, Walmart, aber zunehmend auch Finanzdienstleistungskonzerne. Eine besondere Rolle im Geflecht der internationalen Konzerne spielen der Rüstungskomplex und das Finanzkapital in der Form des Shareholder-Kapitalismus. Die multinationalen Konzerne sind zunehmend durch die nationale Politik der Staaten nicht mehr zu kontrollieren. Es besteht immer die Gefahr, dass ökonomische Macht in politische Macht umschlägt, das heißt, dass die politische Macht der ökonomischen Macht dienstbar gemacht wird.

Lohnstückkosten

Lohnstückkosten bezeichnen den pro produziertem Stück oder Dienstleistungseinheit entfallenden Lohnkostenanteil. Sinkende Lohnstückkosten zeigen eine Erhöhung der Kapazitätsauslastung eines Betriebes (selbständigen Produktionsanteils) oder die Wirkung von Rationalisierungsmaßnahmen an.

Bei gleich bleibenden Kapitalkosten pro Stück und Verkaufspreisen steigt der Gewinn pro produziertem Stück oder erstellter Dienstleistung.

Mitbestimmung

Mitbestimmung im weitesten Sinne ist unmittelbarer Einfluss der Arbeiter und Angestellten auf die Gestaltung und Leitung der Wirtschaftsprozesse. Mitbestimmung ist Teil der Wirtschaftsdemokratie, die in Deutschland in der Verfassung der Weimarer Republik (1918-33) verankert war.

Wirtschaftsdemokratie, ihre Verwirklichung in vollem Umfange in allen demokratischen Ländern steht noch aus. Die Bezeichnungen, in den USA und Großbritannien, die dem Begriff 'Mitbestimmung' nahe kommen, sind: „Industrielle Demokratie“ (industrial democracy), in Frankreich „Wirtschaftsdemokratie“ (democratie economique).

Wirtschaftsdemokratie umfasst die überbetriebliche Wirtschaftsgestaltung auf allen Ebenen und Branchen eines Staates (Einrichtung eines nationalen Wirtschaftsrates).

Mitbestimmung im deutschen Verständnis zielt auf betriebliche und unternehmerische Mitbestimmung. Zur Zeit handelt es sich in: Deutschland und auch bei den EURO-Betriebsräten eher um abgestufte Informations- und Beteiligungsrechte in unterschiedlicher Ausprägung.

In den Betrieben hat der Betriebsrat Mitbestimmungsrechte in sozialen Angelegenheiten.

In den Großunternehmen und Konzernen besteht eine Mitwirkung in den Aufsichtsräten der Unternehmen.

Die Arbeitnehmer verfügen in der Regel über die Hälfte der Aufsichtsratssitze, aber ohne Vetorecht. Die Entscheidung liegt beim Aufsichtsratsvorsitzenden. Er verfügt über ein doppeltes Stimmrecht.

Die EURO-Betriebsräte verfügen über keine realen Mitbestimmungsrechte. Sie sind auf Anhörungs- und Informationsrechte beschränkt und auf Aushandlungsprozesse angewiesen.

Neue Technologien

Das, was heute als „neue Technologien“ bezeichnet wird, ist eine weitere Etappe im Prozess der technologischen Entwicklung und Ausdehnung in alle Arbeits- und Le-

bensbereiche: Von der Forschung und Entwicklung, in der Produktion, im Dienstleistungssektor bis in die privaten Haushalte. Es begann mit der Automatisierung in der Produktion, der Entwicklung von Großrechnern und ihrer Anwendung im militärischen- und Nachrichtenbereich.

Ein weiterer wichtiger Schritt war die Entwicklung der Digitaltechnik als Teil der Informationstechnik. Sichtbar wurde dieser Übergang mit der Entwicklung des Personalcomputers und seinen möglichen Vernetzungen. Die Digitalisierung ermöglicht das 'Zusammenwachsen' von Rechnern und Fernmeldeanlagen, d.h. die Zusammenführung unterschiedlicher informationstechnischer Systeme: Die Verbindung von Telekommunikation mit der Computer- und Satellitentechnik und der Unterhaltungselektronik.

Grundgerüst dieser Digitalisierung und Vernetzung ist das 'Internet' mit seinen Datenbahnen, Schaltstellen, Speichern und Vermittlungsstellen. Kennzeichen der neuen Technologien ist die mögliche weltweite Vernetzung und Kommunikation und gleichzeitig ihre kommerzielle, aber auch staatliche Nutzung vor allem im militärischen, aber öffentlichen, Sicherheitsbereich. Ihre Ausdehnung erfolgt zur Zeit vor allem im medizinischen, gentechnischen, molekularem Bereich.

Die neuen Technologien bewirken aber nicht nur fortschrittliche Entwicklungen, sondern bergen auch neue Gefahren und Gefährdungen, sowohl in ökologischen Systemen als auch im demokratischen Zusammenhang. Wie bei allem Fortschritt liegen 'Chance und Gefahr' dicht beieinander. Es wird auf die weitere Demokratisierung und Nutzung für eine nachhaltige menschenbezogene Entwicklung ankommen. Diese muss Vorrang bekommen vor aller kommerziellen privaten Gewinnoptimierung.

Produktionsmittel

Produktionsmittel bezeichnet in der politischen Ökonomie die Gesamtheit der Arbeitsmittel und Gegenstände. Arbeitsmittel sind die Produktionsinstrumente - Maschinen, Werkzeuge, Motoren, Ausrüstungen, Zwischenprodukte, Transportmittel, Gebäude, Nachrichtenwesen, Planungsinstrumente.

Arbeitsgegenstände sind Grundstoffe / Vorprodukte, die be- oder verarbeitet werden: Kohle, Erze, Erdöl und alle anderen Rohstoffe. In der modernen Warenwirtschaft, die nach wie vor einerseits auf Arbeitsteilung, andererseits in der Zusammenfügung der verschiedenen Stufen des Produktionszusammenhangs auf Kooperation beruht, erfolgt die Vermittlung durch Planung und Leitung unter Hinzufügung von lebendiger Arbeitskraft, von geistiger und körperlicher Tätigkeit.

Profit/Gewinn

Einkommen des/der Kapitaleigentümer. Aus den Profiten werden u.a. Investitionen getätigt, die ihrerseits für die wirtschaftliche Entwicklung unerlässlich sind.

Profit ist die Haupttriebkraft des Kapitalismus. Der Profit gilt als Entgelt für die Unternehmer, ihre geleistete Arbeit, als Risikoprämie und für den Ertrag des in Maschinen, Produktionsanlagen und Rohstoffen vorgeschossenen Kapitals (PPM) und Zwischenprodukten.

Es kann unter kapitalistischen Bedingungen aber nicht ohne den Kauf von lebendiger Arbeitskraft produziert werden. (Wenn auch heute unter den Bedingungen der Hochtechnologie zunehmend weniger lebendige Arbeitskraft erforderlich ist, sind ohne sie keine ausreichenden Profitraten zu erwirtschaften), das heißt, der Gewinn im Produktionszusammenhang wird nach wie vor über den unbezahlten Teil der Arbeitskraft erzielt.

Reproduktion der Arbeitskraft

Zur Reproduktion seiner Arbeitskraft benötigt der Arbeiter/ Angestellte ausreichenden Lohn, um seine Existenz und, ab einem bestimmten Alter, den seiner Familie zu sichern: Wohnen, Lebens-mittel, Transportkosten, Erholungspausen.

Gleichzeitig muss der Arbeiter / Angestellte aber darauf achten, dass er mit seiner Arbeitskraft haushält, denn da in der Regel die Arbeitsfähigkeit seine Haupteinnahmequelle ist, muss er sorgfältig mit ihr umgehen und darf sie nicht vorzeitig vernutzen.

Sozialstaat

Nach Hermann Heller, dem hervorragenden deutschen Staatsrechtslehrer, ist ein Sozialstaat ein sozialer Rechtsstaat, der soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit verwirklichen muss. Insofern ist das Ringen um die Durchsetzung sozialstaatlicher Grundsätze mit ihrer Verankerung in einer Staatsverfassung nicht abgeschlossen, sondern ein permanenter politischer Prozess um seine Verwirklichung.

Denn nach Heller ist die Demokratie im Zeitalter der Massengesellschaft als Volksherrschaft nicht gesichert, solange die Prinzipien des Sozialstaates nicht Verfassungswirklichkeit sind.

Es geht im Kern um soziale Gerechtigkeit:

- Jeder muss über ein ausreichendes Auskommen verfügen.
- Der permanente Kampf gegen materielle und geistige Ausbeutung ist zu führen.
- Der allgemeine Lebensstandard ist anzuheben.
- Großen Einkommens- und Vermögensunterschieden ist entgegenzuwirken.

Soziale Sicherheit ist auch für die Zukunft zu gewährleisten. Der soziale Staat hat die Schwachen in seinem Bereich zu schützen, gleich, welche Ursachen die Schwachheit hervorgerufen hat: Krankheit, Folge von Unfällen im Straßenverkehr, im Arbeitszusammenhang.

Es geht aber auch um die Demokratisierung der Wirtschaft, des Bildungswesens und der Wissenschaft; das erarbeitete Gemeinschaftsvermögen: Infrastruktur, Gesundheitsversorgung, Wasser- und Energieversorgung und der allgemeine Miet-Wohnungssektor gehören nicht in die Verfügung von privaten Eigentümern. Der Sozialstaat ist eine Absage an neoliberale Gesellschafts- und Staatstheorien und damit ein bleibender Verfassungsauftrag.

Stagnation / Deflation

Stagnation ist eine konjunkturelle Situation, die durch kein oder nur geringes Wirtschaftswachstum gekennzeichnet ist. Es sind lang anhaltende und kurzzeitige Stagnationsphasen zu unterscheiden. In beiden Phasen steigt die Arbeitslosigkeit. Die Investitionen sinken und die Massenkaufrkraft sinkt, was wiederum die Gesamtwirtschaft schwächt.

Deflation kann die Folge von Stagnationsphasen sein. Es entsteht ein Prozess ständiger stetiger Preissenkungen in der Volkswirtschaft. Waren und Dienstleistungen werden billiger. Ursachen sind: Der gesamten wirtschaftlichen Gütermenge steht eine zu geringe Geldmenge gegenüber, die Gesamtnachfrage ist geringer als das volkswirtschaftliche Angebot. Sie kann verstärkt werden durch die Geldmengenpolitik der Zentralbank, durch hohe Einfuhrüberschüsse und den Abfluss von Geldmitteln in das Ausland; aber auch durch Überproduktion.

Weitere Folgen sind geringere Gewinnerwartungen der Unternehmen, Nachlassen der Investitionsbereitschaft. Es folgt eine Senkung der Güterproduktion, Betriebseinschränkungen, Betriebsschließungen, weitere Arbeitslosigkeit und Rückgang der Masseneinkommen.

Deflation ist oft Folge einer großen Depression. Sie verlangt Gegenmaßnahmen zur Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage.

Tarifverträge

Tarifverträge werden abgeschlossen zwischen den Tarifparteien der Arbeitgeberverbände und der Arbeitnehmerverbände, den Gewerkschaften.

Tarifverträge werden auf Zeit abgeschlossen, sie sind Teil des permanenten Interessengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit und stellen „Waffenstillstandsabkommen“ dar.

Bei den Tarifverträgen wird unterschieden zwischen Lohntarifverträgen, Gehaltstarifverträgen bzw. Entgelttarifverträgen und Manteltarifverträgen. Im Lohn- und Gehaltstarifvertrag wird die Höhe des Lohnes/Gehalts vereinbart mit der Beschreibung von Tätigkeitsmerkmalen der einzelnen Tarifgruppen. Die vereinbarten Löhne/Gehälter dürfen in der Regel vom Arbeitgeber nicht unterschritten werden. Während der Laufzeit der Verträge besteht zwischen den Tarifparteien Friedenspflicht, d.h. es dürfen keine Kampfmaßnahmen gegeneinander geführt werden: Streiks oder Aussperrungen.

Der Manteltarifvertrag ist ein Rahmentarifvertrag über die Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit, Urlaub, Fortbildung, Kündigungsfristen, eventuell Abfindungen.

Die Regelungen der Tarifverträge hängen ab von der jeweiligen Konjunktur, aber auch von der Kampfbereitschaft der Betriebsbelegschaften und der Gewerkschaften.

Wirtschaftskrisen

Wirtschaftskrisen sind der kapitalistischen Wirtschaft immanent. Sie treten in Phasen auf, können auf- und absteigen und unterschiedliche Sektoren, Regionen, Staaten und die gesamte Weltwirtschaft treffen.

Krisen sind lang andauernde Störungen des Wirtschaftslebens oder Störungen mittlerer Reichweite. Sie haben nicht nur Auswirkungen auf die Kapitaleseite, sondern auch auf die Arbeit, die Arbeitskraft, den Staat und auf den gesamtgesellschaftlichen Lebenszusammenhang. Krisen „heilen“ sich in der Regel nicht von selbst, sondern in den demokratischen Staaten und Gesellschaften sind sozialstaatliche oder internationale Interventionen notwendig.

Projektteam

Koordinierende Einrichtung:

Universität Flensburg (DE)

Institut für Allgemeine Pädagogik und

Erwachsenenbildung/Weiterbildung

Ansprechpartnerin: Prof. Dr. Christine Zeuner

e-mail: zeuner@uni-flensburg.de

Homepage: <http://www.uni-flensburg.de/>

Projekthomepage: <http://www.uni-flensburg.de/allgpaed/grundtvigprojekt/>

Projektpartner:

Alpen Adria Universität Klagenfurt (AT)

Institut für Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung

Abteilung für Erwachsenen- und Berufsbildung

Ansprechpartnerin: Univ.-Prof. Dr. Elke Gruber

e-mail: Elke.Grubert@uni-klu.ac.at

Homepage: www.uni-klu.ac.at/ifeb/eb

Bildungshaus der Steiermark, Schloss Retzhof (AT)

Ansprechpartner: Dr. Joachim Gruber

e-mail: joachim.gruber@stmk.gv.at

Homepage: <http://www.retzhof.at/>

Universität Wien (AT)

Institut für Politikwissenschaft

Ansprechpartner: Dr. Johann Dvorak

e-mail: Johann.Dvorak@univie.ac.at

Homepage: <http://www.univie.ac.at/politikwissenschaft/startjs.html>

Akademie für Arbeit und Politik an der Universität Bremen (DE)

Ansprechpartner: Jochen Dressel, Christina Volkmer

e-mail: jdressel@aap.uni-bremen.de, cvolkmer@aap.uni-bremen.de

Homepage: <http://www.aap.uni-bremen.de>

Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins e.V. (DE)

Ansprechpartnerin: Petra Mundt

e-mail: mt@vhs-sh.de

Homepage: <http://www.vhs-sh.de>

Oswald-von-Nell-Breuning-Haus, Herzogenrath (DE)

Ansprechpartner: Wilfried Wienen

e-mail: wilfried-wienen@nell-breuning-haus.de

Homepage: www.nell-breuning-haus.de/

Universität Roskilde (DK)

Graduate School in Lifelong Learning

Ansprechpartner: Prof. Dr. Henning Salling Olesen

e-mail: hso@ruc.dk

Homepage: http://www.ruc.dk/inst10_en/phd/

Latvijas Pieaugušo izglītības apvienība (LV)

(Latvian Adult Education Association, LAEA),

Ansprechpartnerin: Ilze Gabrane

e-mail: ilze@laea.lv

Homepage: <http://www.laea.from.lv/>

Fundacja "Krzyżowa" dla Porozumienia Europejskiego (PL)

Ansprechpartnerin: Annemarie Franke

e-mail: franke@krzyzowa.org.pl

Homepage: <http://www.krzyzowa.org.pl>

